

### Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung: der Fall der "Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern" (KSPW)

Ziegler, Hansvolker

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ziegler, H. (2005). *Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung: der Fall der "Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern" (KSPW)*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2005-008). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-117424>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hansvolker Ziegler

**Sozialwissenschaften und Politik  
bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung**

Der Fall der „Kommission für die Erforschung des  
sozialen und politischen Wandels  
in den neuen Bundesländern“ (KSPW)

– Bericht eines engagierten Beobachters\* –

Best.-Nr. P 2005-008

**Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung (WZB)  
Social Science Research Center Berlin**

**Beim Präsidenten**

November 2005



## Inhaltsverzeichnis

I.	Die überraschten Sozialwissenschaften. Selbstfindung und Professionserfolg	5
II.	Empfehlungen des Wissenschaftsrats	9
III.	Probleme der Evaluation durch den Wissenschaftsrat	11
IV.	Ursprung und Entwicklung des Konzepts der KSPW	15
V.	Anfänge der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats	18
VI.	Mühen der Konzeptfindung für die Umsetzung	23
VII.	Erste Wirren von außen beim realen Aufbau der KSPW	27
VIII.	Der Start der Arbeit trotz innerer Wirren	30
IX.	Übertragung wissenschaftsinterner Kämpfe in die Politik (Affäre Scheuch u.a.)	35
X.	Vergangenheits- und Integritäts-Prüfung aller	38
XI.	Der Geldhahn wird im Parlament zugedreht / Vier Schlachten	40
XII.	Dominante Persönlichkeiten und/oder Theorien	47
XIII.	Die kurze eigentliche Arbeitsphase der KSPW	56
XIV.	Kritik und Folgerungen aus der KSPW	60
XV.	Was könnte „wissenschaftstragende Sozialberichterstattung“ sein?	64
	Literaturverzeichnis	68
	Personen- und Institutionen-Register	78



## I. Die überraschten Sozialwissenschaften. Selbstfindung und Professionserfolg

Die Sozialwissenschaften hatten nicht gesiegt mit der Implosion des „realen Sozialismus“, denn sie hatten nichts vorhergesagt und auch nichts vorbereitet, weder in West noch Ost. Wozu brauchte man sie überhaupt? Freilich hatte auch sonst niemand Lorbeeren verdient außer ganz zu Anfang „das Volk“. Die Sozialwissenschaften der alten Bundesrepublik stellten keine großen Ansprüche auf Mitwirkung bei den „Folgen einer unerhörten Begebenheit“ (Lepenies 1992); die politische Strategie drastischer Problemvereinfachung beim Vollzug des Beitritts fand kaum ihren Widerspruch. Sie waren genug mit sich selbst beschäftigt, wie der „Forschungstanker“ zur Begleitung des „sozialen Großversuchs“ (Kallscheuer S.134 in: Giesen/Leggewie 1991) umgesteuert werden sollte und dann schnell einig, „auf dem Gebiet der Ex-DDR erst einmal Grundlagenforschung jedweder Art zu betreiben“ (A. Schworck, Rezension von Giesen/Leggewie 1991 in: Süddeutsche Zeitung vom 19.6.1991).

Aber es fiel ihnen eine wichtige politische Rolle in den Schoß, nämlich die „Ettikettenschwindler der Marxismus-Leninismus-Lehrer zu konterkarieren, die sich gern als Sozialwissenschaftler drapieren“ (so Beyme S.131 betr. Nichtexistenz einer DDR-Politikwissenschaft, in: Giesen/Leggewie 1991). Die „Reeducation – Gelüste“ in der Politik brachten die an sich auch im Westen von Misstrauen nicht verschonten Sozialwissenschaften zu Ehren. Das setzten ihre Grunddisziplinen schließlich in einen geschickten Siegeszug ihrer westdeutschen Professionen im Beitrittsgebiet um, den unerwarteten Ausbau ihrer Fächer an den Hochschulen der neuen Länder<sup>1</sup>. Für die Sozialwissenschaften war das viel. „Viele westdeutsche

---

\* Der Autor war allerdings auch ein Handelnder, konnte also nicht neutral sein, wie es das Aron'sche Ideal verlangt (auch die beteiligten Groß-Wissenschaftler waren keine „Erasmier“ im Sinne Dahrendorfs, sondern als Evaluatoren mächtig Handelnde). Ich war von Juni 1991 bis April 2002 in verschiedenen Hierarchiestufen u.a. verantwortlich für die Förderung der Sozialwissenschaften im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), später BM für Bildung (Wissenschaft) und Forschung (BMBF). Der Bericht gibt meine persönliche Sicht und nicht eine offizielle des Ministeriums wieder, falls letztere überhaupt denkbar ist.

<sup>1</sup> Die an sich zu den Sozialwissenschaften zählenden *Wirtschaftswissenschaften* hatten es mit dieser „Karriere“ am einfachsten, denn in der Sache zählten sie sich zu den absoluten Siegern und hatten kein Problem damit, naiv tabula rasa zu machen – es konnte doch per definitionem keine relevanten Denktionen geben, wozu also danach suchen. Zudem waren Versuche an Eigenständigkeit der ökonomischen Wissenschaft in der DDR lange vorbei. Sie war in der Tat schwach (Günter Krause 1998 Fazit auf S.270), auch im Verhältnis zum übrigen sozialistischen Block, in dem die große Theorienschau, die Hans-Jürgen Wagener organisierte, viele westliche Beobachter durch erstaunliche Traditionen und Selbstbewusstsein in Erstaunen versetzte (Wagener 1998, 2002), wenn auch gegenüber den dominanten Rezepten aus dem Westen keine eigene Kraft entstand. Vgl. aber die hellsichtigen Analysen der Probleme z.B. Kollentai 1999; Lutz 1994b; Hübner 1994; Kl. Müller 1992. Die westdeutschen Ökonomen fühlten keine „zwiespältige Moderne“, eher „das Ende der Geschichte“. Ihr unreflektiertes Urvertrauen in den Markt vermittelten sie an die Politik („Papst“ Giersch in unnachahmlicher Attitüde, z.B. Wirtschaftswoche Nr.13 vom 23. 3.1990, S.38; von Beyme 1996 S.306

Universitäten können davon nur träumen“ (Kreckel 1994, S.9). War dieser überproportionale Zuwachs nicht eher ein Pyrrhus-Sieg, typisch für kurzfristigen institutionellen „Landgewinn“ (Lehmbruch 1995a S.84) in chaotischen Situationen? Konnte denn der dadurch erhobene Anspruch an Bedeutung von ihnen eingelöst werden?

Für wenige Jahre, wohl nur bis 1993/4 (Lutz S. 2 in: KSPW-Berichte 1996 Bd 1; Lutz 2003 S. 290f.), war „die Tagesordnung der sozialwissenschaftlichen Forschung und Reflexion umgekrempelt“, fasziniert vom „Glücksfall, der vor unseren Augen ein ‚natürliches Experiment‘ von Dimensionen ablaufen lässt, die unter ‚Laborbedingungen‘ auch nicht annähernd zu reproduzieren wären, ... der Aufprall der spezifisch westdeutschen Spielart eines demokratisch-kapitalistischen Institutionensystems auf“ die DDR-Gesellschaft (Offe S. 77 in: Giesen/Leggewie 1991)<sup>2</sup>.

---

nennt das treffend die „heroische und mythische Annahme“ und Priewe/Hickel 1991 bes. Kap.VII führten früh den „Rat der ratlosen Ökonomenzunft“ auf ihren realitätsfernen Modell-Ökonomismus zurück). Für den Neubau an den Hochschulen scherten sich ihre mächtigen Planungsbeauftragten nicht mal um den Wissenschaftsrat (siehe II und FN 23), voran Krelle an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB). Vielleicht waren sie gerade deshalb bisweilen bei der Beurteilung konkreter Politikschritte schneller, nüchterner und selbstbewusster als die anderen Sozialwissenschaften, wofür die Analysen der Bundesbank und sogar McKinsey (Priewe/Hickel 1991 S.198) Belege sind. Ernüchterndes Fazit: Von der inneren Konstitution der Wirtschaftswissenschaften her war schlicht nicht mehr zu erwarten. An dem unter IV ff. vorgestellten gemeinsamen Unternehmen der Sozialwissenschaften auf Vorschlag des Wissenschaftsrats, der KSPW, beteiligten sich nur die für den mainstream der Ökonomen eher untypischen Spezialisten der Verteilungs- und Sozialpolitik (Hauser, Kleinhenz) und Genosko bei der Regionalberichterstattung, allerdings teils geschuldet einer kämpferischen Dominanz der Soziologen und Politologen.

Bei den *Rechtswissenschaften* war der Personalaustausch angesichts der handwerklichen Rolle dieser Profession bei der vollen Übernahme des westlichen Rechtssystems auf der einen Seite nahe liegend, auf der anderen unverständlich, mit welcher Intoleranz Reste marxistischer Denkansätze verfolgt wurden, z.B. die Anhörung zur „Babelsberger Konferenz“ von 1958 mit dem geschichtslosen „Wossi“-Jungprofessor J. Eckert als Ankläger der „Zeitzeugen“ Mollnau und Klenner (39. Sitzung der Enquete-kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ am 28.5.1993); vgl. Markovits 1993, S. 259. zu Bönninger, oder das Schicksal von Gerhard Riege MdB.

Ob die *anderen Sozialwissenschaften*, also „der Kern“ *Soziologie und Politikwissenschaft*, sich deshalb mehr auf die Verhältnisse und Menschen einließen, was immer über Neugier hinaus eigene Betroffenheit und Änderungsbereitschaft einschließt, oder ein „bequemes Laissez-faire“ nur „die Kehrseite der Überheblichkeit“ war (Lepenies 1992, S.50), darum geht es in diesem Bericht.

Zu den Fakten des Fächerausbbaus an den Hochschulen s. FN 21 und zur Soziologie besonders die Berichte Lepsius 1990, 1991, 1993.

<sup>2</sup> Die Zitate von Beyme und Offe fielen auf der in Giesen/Leggewie Hrsg, Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, 1991 veröffentlichten Tagung in Gießen am 12. Okt.1990, der m.E. ehrlichsten, ‚nachholenden Reflexion‘ der westdeutschen Soziologie und Politikwissenschaft: Wie sie um sich selbst kreisten, deutlich z.B. in der Beschwörung von Grundlagenforschung oder an der Kontroverse darüber, ob es in der DDR politikwissenschaftliches Denken überhaupt geben könne oder am zweifelnden Bemühen um eine organisatorisch schwerfällige „Kurskorrektur des Forschungstankers“ (Kallscheuer ebd. S. 134). Ähnlich Lay 1990.

Die kurz darauf Anfang November 1990 folgende Tagung von Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und AdW-ITW war von mehr compassion getragen und ließ zuerst die DDR-

Etliche machten sich auf, der verstörten Wissenschaft der DDR zu helfen, oft anknüpfend an die Geschichte der eigenen Familien. Nicht zufällig waren es mehr die Älteren, die mit dem „Geschenk der Nation“ noch emotionale Verpflichtungen verbanden<sup>3</sup>.

In den Disziplinen im Westen bestand Streit, wie großzügig man bei der Aufnahme von Wissenschaftlern mit Lebensgeschichte in der DDR in die eigenen Reihen sein sollte. Beim Staat erlebte man deshalb oft Hilfe heischende, ängstliche informelle Anfragen aus der Wissenschaft, ob eine Person nicht doch „gegauckt“ oder sonst staatlich durchleuchtet werden könne, was aber schon aus Kapazitätsgründen nicht einmal für den engeren öffentlichen Bereich recht gelang. Es gehörte Mut dazu, seinem eigenen Gefühl für Menschen zu folgen und unvermeidbar auch Enttäuschung. Wie hätte ich mich verhalten? Müssten wir etwas anders machen als nach 1945? Manche, nicht genügend viele aus der Generation, die den Eltern nach 1945 zu Recht vorgeworfen hatte zu verdrängen, wurden darüber bescheidener<sup>4</sup>.

Jenseits des individuellen Engagements hatte man den Eindruck, dass die sozialwissenschaftlichen Disziplinen ratlos waren und eigentlich aktionistische Einigkeit erst darüber entstand, dass man den „Betroffenen“ nicht den Neuaufbau der Hochschulen und die wissenschaftliche = objektive, distanzierte Begleitung der

---

Disziplinen selbst zu Wort kommen (Zapf/Thurn 1990, dort z.B. S. 55 mit der treffenden Formulierung angesprochen, die wirkliche Situation „scheint den meisten Wissenschaftlern der alten Bundesrepublik und den Förderorganisationen nur schwer vorstellbar“). Zu letzterem passt, wie mein Berliner Kollege J. Stoehr, gewissermaßen von der Front, „Dienstreisen nach Bonn als Ausflüge in die Unwirklichkeit“ geißelte (BLK-Geschäftsstelle 26.3.1991).

<sup>3</sup> Für die frühe Phase bei der Soziologie gibt es keine unverdächtigere Zusammenstellung von Namen als die vom Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziologie in der DDR/Ostdeutschland Hansgünter Meyer auf dem letzten eigenständigen Soziologentag Ost im Mai 1991 mit dem Dank fürs Engagement an Zapf, Lepsius, Mayntz, Esser, Friedrichs, Joas, Neidhardt, Weiß, Schluchter, Oberreuter, Clausen, Lutz und dann wegen des Wissenschaftsrats an den formell zur Politikwissenschaft zählenden M. Kaase (in: Meyer, Hansgünter Hrsg. Soziologen-Tag Leipzig 1991, Berlin 1992, S.38). Damals noch verbunden mit der optimistischen Annahme, 2/3 des bisherigen wissenschaftlichen Potentials seien gesichert (ebd. S. 39). Für die Politikwissenschaften kenne ich keine solche Liste, aber den „politologischen Lepsius“ (so Brief Bolte vom 11.12.91 an den Autor), nämlich H. H. Hartwich und den historisch nachdenklichen Gerhard Lehmbruch muß man nennen. Vgl. auch die Liste zu den Struktur- und Gründungskommissionen der Hochschulen bei Kreckel 1994 Anm.11. Später übernahmen normalerweise die Neuberufenen in den neuen Ländern diese Rollen (Überblick bei Lepsius 1993).

<sup>4</sup> Welche Hoffnungen verbanden sich mit Lepsius' Aufruf, „die in der DDR entwickelte Sozialwissenschaft sichern und erhalten, nicht abbauen und ausgliedern. Man muß dabei keine anderen Maßstäbe moralischer Integrität anlegen, als wir sie 1946/48 gegenüber den Hochschullehrern der späteren Bundesrepublik angelegt haben“ (Lepsius S. 74 in: Giesen/Leggewie 1991). Ebenso mit Lepsius' persönlichem Einsatz für einzelne gegen gewendete Länderbürokraten wie Staatssekretär Freye in Sachsen-Anhalt. Beim Erinnern fällt einem auf, wie wenig offen damals darüber gesprochen wurde, obgleich es dabei um eine zentrale Verständigung der Generationen über die Maßstäbe der Integration ging.



Transformation überlassen könne<sup>5</sup>, an die sich vor allem die Jüngeren dort mit Eifer begaben. Noch im Oktober 1990 erklärt der Vorstand der (west)Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), „in die notwendige Selbstreinigung der DDR-Soziologie wollen wir uns nicht ungefragt einmischen; wohl aber werden wir deutlich Stellung nehmen, wenn wir gefragt werden“<sup>6</sup>. Wer war wohl der machtvoll Fragende? Mit solcher Selbsttäuschung war man identisch mit der Rolle, die die Politik den Sozialwissenschaften zugestand.

Die Nacherinnerung an diese Zeit wird häufiger als gut auf der Seite der Politik vom ideologisch selbstgerechten „Sanierungsdenken“, dem „Festival der Selbstbestätigung“ (Lepenes 1992, S.40 und 31) bei gleichzeitig ängstlicher Absicherung zu sprechen haben und auf der Seite der Wissenschaft vom nicht weniger traurigen „gekonnten Spiel“ mit der Politik durch einflussreiche, in Politik geübte, aber sie zugleich verachtende Wissenschaftler in den Sozialwissenschaften.

Aber es gab auch erfreulich „Handfestes“, für das alle erfolgreich eintraten: Die Ausdehnung der vom BMFT finanzierten größten repräsentativen Wiederholungsbefragung von Haushalten, des Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), auf das Beitrittsgebiet bereits im Juni 1990, so dass sofort eine wissenschaftsgetragene Mikro-Längsschnittbasis für das neue Deutschland entstand. Ebenso waren die Sicherungsarbeiten für die Datenbestände der DDR durch die sozialwissenschaftliche Infrastruktureinrichtung GESIS erfolgreich. Leider galt das nicht für die Längsschnittreihen der DDR zu Kindheit und Jugend.

---

<sup>5</sup> So Giesen/Leggewie 1991 S. 17, erstmals schon in: Frankfurter Rundschau vom 9.10.1990 S.13 (zu Recht auch gegen eine exekutivische Auslese) und Kocka und Lepsius am 15.10.1990 bei der Begehung des AdW-Instituts für Wirtschaftsgeschichte (IWG) verbunden mit dem Vorschlag eines überregionalen „Instituts zur sozialwissenschaftlichen Analyse der DDR“ (Kocka) oder „Zeitgeschichte Ost“ (Lepsius) in: WissRat-Protokoll P 1969/90 S.6.

Ja zu Expertisen aus dem Potential der DDR-Sozialwissenschaftler, aber „zu vermeiden ist um jeden Preis, dass daraus eine Betroffenheitsforschung der Betroffenen entsteht“ (Kaase, Grußwort für den WissRat bei der Eröffnungskonferenz der KSPW am 9.12.1991 Ms. S.6). „Betroffenheit“ war das Negativwort zur Abqualifizierung eigenständiger ostdeutscher Fragestellungen, von der die später alleinige Ostvertreterin im KSPW-Vorstand Hildegard-Maria Nickel als „Motor des Engagements“ sprach, was Kaase zu der Äußerung trieb, er könne das Wort „einfach nicht mehr ab“ und Lepsius zum richtigen Befriedungsversuch veranlasste: „Bei der Themenauswahl des Wissenschaftlers kann Betroffenheit wichtig sein, danach muß sie irrelevant werden“ (Paul Stoop, Unter dem Zeitdruck des Umbruchs. In: Der Tagesspiegel Nr. 14900 S.11 vom 3.5.1994). So emotional ging es mit der Zeit zu, während es noch im Bericht des Vorsitzenden Kaase der WissRat-Fachkommission vom 27.11.1990 S.4 ausgewogener klingt, zwar sei „in der Regel persönliche Betroffenheit nicht der beste Ratgeber für wissenschaftliches Arbeiten“, aber auch betont wird, dass „detaillierte Kenntnis der ... Verhältnisse der DDR eine unverzichtbare Voraussetzung für die wissenschaftliche Bearbeitung ... darstellt“.

<sup>6</sup> Zapf, der damalige Vorsitzende der DGS mit einer nicht recht plausiblen Auslegung S. 39, 40, in: Giesen/Leggewie 1991.

## II. Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Während dieser „nachholenden Reflexion“ (s. Fn 2) der westdeutschen Soziologie und Politikwissenschaft im Herbst 1990 hatten teils andere Sozialwissenschaftler bereits die von der Politik im Juli an den bundesrepublikanischen Wissenschaftsrat übertragene Aufgabe der völligen Neugestaltung der Wissenschaft im Beitrittsgebiet „entscheidungsfreudig“ (Lehmbruch 1995a S.97) in die Hand genommen. In ihrer Überlastung übertrug die Politik ihnen die Aufgabe der Neugestaltung nahezu bindungslos und suchte sich sogar der Verantwortung zu entledigen mit dem Vorab-Versprechen, alle Ergebnisse des Wissenschaftsrates 1: 1 umzusetzen<sup>7</sup>. Ende November 1990 war der Auftrag zur Evaluierung der außeruniversitären Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, also der alten Akademie-Institute schon abgearbeitet und wurde am 13. März 1991 vom Plenum des Wissenschaftsrates beschlossen (WissRat 1992a) und auch die Strukturempfehlung für den Neuaufbau an den Hochschulen war bis zur Jahreswende im Grundsatz fertig und wurde am 17. Mai 1991 verabschiedet (WissRat 1992b): Kein außeruniversitäres Institut sollte weitergeführt werden. Drei neue Institute mit West-„Durchmischung“ wurden gefordert (Bericht des Vorsitzenden der *Fachkommission Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Wissenschaftsrates* Max Kaase vom 27.11.90): Eines für empirische Wirtschaftsforschung, welches dann in Halle entstand, das zweite für Wissenschaftsforschung. Letzterer Vorschlag verschwand jedoch trotz Anerkennung, dass das evaluierte AdW-Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) in Deutschland und Europa eine „Sondererscheinung“ war (WissRat 1992a S.52), bis zur Verabschiedung im Wissenschaftsrat wieder. Institutionalisierte „Selbsterforschung“ der Wissenschaft hatte und hat in der etablierten deutschen Wissenschaft eben keine Konjunktur. Immerhin blieb abgesehen von vereinzelten Wissenschaftshistorikern, die schließlich vom neu gegründeten MPI für Wissenschaftsgeschichte aufgenommen wurden, dank des Einsatzes von Renate Mayntz aus dem ITW eine Gruppe für quantitative Wissenschaftsforschung beim WZB übrig (Mayntz, Vorschlag vom 8.1.1991 an Wissenschaftsrat)<sup>8</sup>. Das dritte Institut sollte die sozialwissenschaftli-

<sup>7</sup> Beim feierlichen 10-Jahresrückblick „Integration gelungen“ von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VW-Stiftung am 8./9.2.2002“ verteidigt Max Kaase die Evaluation gegen den Vorwurf des Abräumens und Zerstörens: „Erst mit der Zusage (von BMFT-Staatssekretär Ziller), dass alle vom Wissenschaftsrat beschlossenen Empfehlungen auch finanziert würden, gewannen wir die innere Unabhängigkeit, die für sachgerecht empfundenen Umstrukturierungen in den Beratungsprozeß einzubringen“ (www.stifterverband.de, Dokument dort S.96)

Die zeitnahe offiziöse Schilderung der Wissenschaftsrat-Empfehlung stammt vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Kaase 1994. Ich ergänze dies um andere Perspektiven.

<sup>8</sup> Parallel lernte das BMFT bei der baldigen Einstellung von ehemaligen DDR-Bürger(innen) Absolventen des Studienganges an der HUB „Wissenschaftstheorie und -organisation (WTO)“ dadurch kennen, dass sie jeden Nachwuchs-Concours für Wissenschaftsmanager mühelos gewannen. Unbeschadet dieses überzeugenden output wurde der Studiengang ohne Diskussion aufgelöst – die formal nach der alten Fakultätenzuordnung (Wissenschaft als Produktivkraft) „zuständigen“ Wirtschaftswis-

che „Untersuchung der Prozesse grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Wandels mit einer Schwerpunktsetzung auf Osteuropa“ angehen – dazu später Genaueres unter dem Namen KSPW.

Im Übrigen wurde ein „Sonderfonds“ zur Überbrückung und Nachwuchsqualifizierung gefordert, der dann im sog. 3. Hochschulsonderprogramm (HSP III), „Hochschulernerneuerungsprogramm (HEP)“ und „Wissenschaftlerintegrationsprogramm“ (WIP) aufging und schließlich ohne die vom Wissenschaftsrat nicht sehr deutlich vorgeschlagene Sonderstellung des *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (WZB) in Gang kam (WZB sollte dabei einen fachlichen Beirat für die Auswahl und Betreuung stellen. Als einziges Ergebnis waren dadurch Wissenschaftler aus dem WZB für andere Rollen z.B. in der KSPW „verbraucht“, dazu später). Als Richtzahl wurde dabei in der endgültigen Empfehlung von 50 Wissenschaftlern gesprochen (WissRat 1992a S.18). Für einige wenige AdW-Personen und Gruppen wurde auch eine neue Heimat in Westinstitutionen empfohlen, stärker motiviert vom notwendigen Einkauf praktischer Archiv- und Datenkenntnis von Ostdeutschen als von Selektion nach dem sonst so beschworenen Qualitätsprinzip der „fachwissenschaftlichen Kriterien“<sup>9</sup>.

Der frühe Vorschlag des WZB vom April 1990 für einen neuen mit Sondermitteln auszustattenden Schwerpunkt „Transformationsgesellschaft DDR“ verbunden mit der Aufnahme von DDR-Wissenschaftlern wurde hingegen schon vom Ministerium abgelehnt mit dem Hinweis, dass zahlreiche vom WZB ins Auge gefasste DDR-Wissenschaftler „dem Selbstreinigungsprozess nicht gewachsen sein dürften“ (Vorlage des BMFT-Fachreferats vom 15.5.90; das WZB hielt aber unterhalb der politischen Aufmerksamkeitsschwelle vielfache Gastwissenschaftleraufenthalte für ehemalige DDR-Wissenschaftler bis heute aufrecht).

In dieser Intervention ist ein oder das durchgängige Verhaltensprinzip – oder sollte man es richtiger eine Obsession nennen – erkennbar, welche das Verhalten der Politik gegenüber der doch unvermeidlichen Einbeziehung von DDR-Gesellschaftswissenschaftlern bestimmte. Auch die honorigsten Vertreter der westdeutschen Sozialwissenschaften blieben davon nicht unbeeinflusst und sorgten sich, dass die Sozialwissenschaften insgesamt „in die Rolle des bösen Buben gescho-

---

schaftler wussten nichts damit anzufangen. Von den im Ministerium eingestellten WTO-Absolventen verschwanden etliche bald wegen unsäglicher Unterforderung.

<sup>9</sup> Eine ebenso plausible, aber tiefer gehende Interpretation der Evaluationsergebnisse in den Gesellschaftswissenschaften war damals im Gespräch, nämlich dass die Scheu vor den normativen und ideologischen Implikationen der eigenen Wissenschaft dazu führte, „aus Angst vor der Befassung mit der Theorie die einfachen Empiriker positiv zu bewerten“ (Vermerk für UAL BMFT zum KSPW-Kuratorium am 30.3.1992 S.20 und Brief des Autors an Bolte und Lutz vom 2.12.1991 mit dem persönlichen Zusatz: „Der Nähe von Freiheit und Feigheit der Wissenschaft als System bin ich in meinem Bürokratenleben schon mehrfach begegnet“).

ben und von der Förderung ausgeschlossen werden. Die missbräuchliche Nutzung der Sozialwissenschaften in der DDR wird damit zum Anlaß einer Diskriminierung der Sozialwissenschaften als solche“ (Brief Bolte als Vorsitzender des Sachverständigenkreises Sozialwissenschaften des BMFT vom 27.7.1990 an den Minister; Bolte 1992 S.140; ähnlich Hartwich 1990 S.8). Krass ist die Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften (DVPW) vom Juli 1990: „Im internationalen Vergleich nimmt die deutsche Politikwissenschaft inzwischen einen hohen Rang ein. Diese Entwicklung sehen wir durch den Prozeß in der DDR gefährdet“<sup>10</sup>.

### III. Probleme der Evaluation durch den Wissenschaftsrat

In diesem Geflecht bewegten sich diejenigen westdeutschen Sozialwissenschaftler, die bei der Evaluation der Wissenschaft in der DDR, der „Einpassung der ostdeutschen Wissenschaft ins westliche System“ (Art. 38 Einigungsvertrag) durch den Wissenschaftsrat eine ungeahnte Machtfülle erlangten.

Schwierig war schon die *Zusammensetzung der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates*, über die sogar die Arbeitsebene des BMFT, das kein Vorschlagsrecht für Wissenschaftler beim Wissenschaftsrat besitzt, ungewöhnlicherweise nicht schwieg und wenigstens eine Frau (Ingrid Sommerkorn), Werner Maihofer (damals Florenz) und Ulrich Albrecht hinzuzuziehen vorschlug, dazu in Hinblick auf die anerkannt starke Wissenschaftsforschung in der DDR Nico Stehr (damals in Kanada) (Brief des BMFT-Fachreferats an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe vom 27.8.1990). Später wurde die sozialwissenschaftliche Zusammensetzung der einschlägigen Kommissionen als „Koalition des soliden mainstream“ bezeichnet (Kreckel 1994 S.12; zustimmend Lehmbruch 1995a S.100).

Aber zu den Zeiten gab es wohl keinen fertigen Masterplan, schon wegen unsicherer Verfügbarkeiten - man braucht nur die ersten Vorschläge des spätestens im August 1990 gekürten Vorsitzenden und die spätere Besetzung zu vergleichen, wohl aber brachen manche Ausgrenzungen auch hier durch, welche die inneren Kämpfe der Disziplinen durchherrschen (siehe XII). Mit der abstrakt erwünschten Heranziehung von gleichberechtigten ostdeutschen Kollegen und Ausländern war es praktisch nicht weit her. Das passte zwar nicht zum Schreiben Minister Riesenhubers an die Institute der ehemaligen AdW vom 26.10.1990: „Wir haben ent-

---

<sup>10</sup> Differenziert zu letzterem mit kritischem Blick auch auf die westdeutsche Politikwissenschaft Lehmbruch 1995a S.94,96f.

schieden Wert darauf gelegt, dass in den Evaluationsgruppen Wissenschaftler...auch aus den neuen Ländern Deutschlands arbeiten“. Wesentliche Ursachen lagen wohl in der vorherigen Uninteressiertheit der westlichen Sozialwissenschaftler an DDR-Kollegen, also Menschen-Unkenntnis, aber auch im fehlenden Mut, jemanden „aufs Schild zu heben“ (dazu XII) und auch der mangelnden Bereitschaft im Osten, bei diesem Geschäft mitzuhelfen, das man dort lieber selbst, aber mit mehr Zeit erledigt hätten<sup>11</sup>.

Welches *Bild* hatte man von den *DDR-Gesellschaftswissenschaften*? Kennzeichnend war die schon anfangs genannte Kontroverse darüber, ob es eine Politikwissenschaft in der DDR überhaupt geben konnte<sup>12</sup>, deren westliche Begriffssprache jetzt natürlich auch langweilige (die gibt es überall bei herrschenden Zirkeln) ML-Kader zur eigenen Rettung zu besetzen versuchten. Aber für die „Reformer“ in den Machtstrukturen der DDR galt, was Wilhelm Bleek so ausdrückte: „Bei diesen ostdeutschen Gesellschaftswissenschaftlern (gemeint sind die Kreise um Rolf Reißig und um Dieter Klein. H.Z) war die Erklärung vom Herbst 1989<sup>13</sup>, sie seien Politik- und Sozialwissenschaftler, nicht Ausdruck opportunistischer Wendehalsigkeit, sondern Offenbarung einer Identität, die sie längst zuvor angestrebt hatten“ (Bleek, Rezension von Reißig/Glaeßner Hrsg, *Das Ende eines Experiments*, Süddeutsche Zeitung Nr. 197 S. 8 vom 27.8.1991; vgl. Bleek 1990 S.1686 mit dem nachträglich vielleicht richtigen Vorschlag für die Erneuerung durch eine Kombination aus den genannten Reformern, von Umberufungen wie Peter Voigt und Rückberufungen wie Hermann von Berg und Rudolf Bahro zusätzlich zum

---

<sup>11</sup> Ein Vertreter der DDR-Wissenschaft E. Jobst war zwar in der Wissenschaftsrat-Arbeitsgruppe, aber bei dem Tempo der Evaluation – trotz gelegentlicher Anwesenheit und Wortmeldung – „eigentlich“ gar nicht dabei, wie Simon 1991 in seinen literarischen „Evaluationssplittern“ bes. Nr. 10, 22, 68, 88, 101 allgemein die Rolle der Ostevaluatoren beschrieben hat. Es gibt leider wenige, die diesen Spagat ausgehalten und darüber berichtet haben wie den Historiker Fritz Klein 2000. Ausländer fehlten entgegen der Ankündigung beim Wissenschaftsrat fast völlig im Unterschied zu den im Zuge der Neuorientierung von den Hochschulen selbst eingesetzten örtlichen Evaluationsgruppen.

<sup>12</sup> Für die Politikwissenschaft vgl. Fn 3, dort das harte Verdikt von Beyme „Selbstgleichschaltung“ S.123ff, bes. S.131. gegen D. Segert „Die langen Schatten der Vergangenheit“ S. 111 ff. in: Giesen/Leggewie 1991. Das trug für den Außenstehenden „schon ein wenig scholastische Züge“ (Schworck, Süddeutsche Zeitung v. 19.6.1991). Gerechter sicher Lehmbruch 1995a S. 88-93 und authentisch Segert „Rückblick auf ein gescheitertes Unternehmen“ 1998. Zur Einordnung s. Bleek 2001, besonders Kap. 11.

Die Soziologen hatten in der DDR schon früher eine gewisse fachliche Eigenständigkeit erreicht (L. Peter 1990) und erhielten deshalb als empirisch Eingeweihte vom Westen immerhin fachwissenschaftliche Brauchbarkeit bescheinigt (z.B. Zapf S.40 in: Giesen/Leggewie 1991). Vgl. Übersichten in Heft 3/4 des Berliner Journal für Soziologie 1992 und die Bestandsaufnahme Jauffmann/Kistler/Meier/Strech Hrsg. *Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland*. Frankfurt/New York: Campus 1992.

<sup>13</sup> Bes. Rainer Land Hrg, *Das Umbaupapier [DDR]. Argumente gegen die Wiedervereinigung*, Berlin 1989/1990. Zur Lage der Intellektuellen in der DDR siehe Land/Possekel 1992. Präzise zur Rolle und Geschichte des sog. „Forschungsprojekt Moderner Sozialismus“, den „Seiltänzern im Apparat“ Süß 1999 S. 478-487.

„Import“). Freilich waren die ersteren nicht Dissidenten, sondern Reformer von innen und einen historischen Augenblick zu spät, um groß dazustehen<sup>14</sup>. Eigentlich müsste diese historische Erfahrung Sozialwissenschaftlern recht geläufig sein, hatte doch einer ihrer größten, J.M.Keynes selbstbewusst die Wirkung der von der Wissenschaft vorgedachten Konzepte so dargelegt: „Madmen in authority (gemeint sind Politiker H.Z.), who hear voices in the air, are distilling their frenzy from some academic scribbler of a few years back. The power of vested interests is vastly exaggerated compared with the gradual encroachment of ideas“ (Keynes, General Theory of Employment, Interest and money. London 1936, Schluß). Auch die sonst so bestaunte Perestroika Gorbatschows hätte ohne solche untergründigen neuen Denkrichtungen nicht entstehen können (vgl. Jakowlev 2003 oder ganz konkret zur Politikwissenschaft Lehmbruchs 1995a S.87 Hinweise auf Burlazki u.a.).

Aber der „Einpassungsauftrag“ des Wissenschaftsrats war nicht nur zeitlich eng, sondern institutionen- statt denkbezogen<sup>15</sup>. Wie hätte man in diesem Korsett von Erwartungen der Politik „soziologische Neugierde“ als Antrieb operationalisieren sollen, wie es Lepsius forderte (Lepsius S.71 in: Giesen/Leggewie 1991)? Hätte eine „überzeugungssichere Wissenschaftlergemeinschaft“ (Lepenies 1992 S.42, 69) gegen die Restriktionen revoltiert? Zu welchen Kosten, fragen die meisten. So überließ man die DDR-Wissenschaftler, die zu jener Zeit überall neue Führungen wählten, ihrem „Selbstumerziehungslager“, schaute zu und fand dann pragmatisch erst einmal überall „mangelnde Konsistenz“ der neuen Programme der besuchten AdW-Institute, womit die totale Auflösungsempfehlung einfach und - welches Kunststück - ohne Urteil über die Vergangenheit zu begründen war. War die naive bis zynische Verunsicherung darüber, was von den neu gewählten Repräsentanten der DDR-Institute eigentlich erwartet wurde, womit sie also in den Augen der „Wissenschaftsprüfer“ (Lepenies) hätten „reüssieren“ können, auch Ausdruck der eigenen Unsicherheit über die Frage „Wozu heute noch Soziologie?“, der eine Serie in der ZEIT wenige Jahre später Ausdruck gab (Fritz-Vannahme 1996)?

Dennoch hat man beim Sich-Einlassen auf die zu bewertende Forschung im einzelnen auch überraschend viel Erhaltenswertes vorgefunden, für das man neue Heimaten empfehlen wollte. Ganz entsprechend der Tradition des Wissenschafts-

---

<sup>14</sup> Ach, was wissen etablierte West-Wissenschaftler in wohlfinanzierter Autonomie davon! Vielleicht fiel das „Mitbetroffensein“ und Nachvollziehen westlichen Bürokraten leichter, von denen manche zwar auch „innen dagegen“ agierten, d. h. aber real „dabei waren“, als z.B. die Bundesrepublik durch ihre mit wissenschaftlicher Zusammenarbeit verbrämte Nuklear- und Raketen-Exportpolitik nach Israel, Südafrika, Indien, Pakistan, Argentinien und Brasilien nahe daran war, als schuldiger Zulieferer einer atomaren Bedrohung von der Peripherie erneut international zum outcast zu werden.

<sup>15</sup> Zu diesem Webfehler der Wissenschaftsevaluation und der Selbstsuggestion, dass die historisch gewachsenen westdeutschen Wissenschaftsstrukturen ein „System“ darstellten, das übertragbar ist oder genauer: in das schematisch eingepasst werden kann, siehe Ziegler 1993.

rats, der schon immer gegen die Auswanderung der Forschung aus den Hochschulen agierte, lag das Patentrezept in der Rückgliederung in die Hochschulen der neuen Bundesländer, deren Regierungen soeben erst im Entstehen waren, also in der Hybris der obersten Wissenschaftler formbar schienen. Ein grundlegendes Dilemma dabei war aber von Anfang an so deutlich bekannt, dass man nicht mehr an normale Verdrängung glauben kann: Die Hochschulen mussten selbst Personal abbauen und dann sollten ausgerechnet sie für die auch früher eher ungeliebten Konkurrenten aus der AdW zusätzlich Platz schaffen? Alle „Erkundungsreisen“ seit Anfang 1990 und die Anhörungen des Wissenschaftsrates<sup>16</sup> hatten diese Botschaft vielfach mitgebracht; jeder wusste es, dennoch war diese „Rückgliederung“ die Linie des Westens. Die „Landnahme“ der Positionen für Wissenschaftler aus dem Westen stand dabei außer Diskussion, hatte Vorrang beim Austarieren unter den westdeutschen Mächtigen und ihrem „Domänenkonsens“ (Stucke 1991; Lehmbruch 1995b S.32-37).

Wenigstens *ein* Gutes als Nebenwirkung hatte dieses geleugnete Dilemma. Es war wohl der Hauptantrieb des Wissenschaftsrates für die wenigen „innovativen Strukturvorschläge“ bei der Wissenschaftsvereinigung (am bekanntesten sind die geisteswissenschaftlichen Zentren), von denen der zentrale für die Sozialwissenschaften hier genauer behandelt werden soll, nämlich die *„Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“* (KSPW). Ihnen allen haftete freilich ebenso wie der Individualmaßnahme „Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP)“ der Charakter von Überbrückungsmaßnahmen an („bis die Hochschulen die Sache nach Bewährung eingliedern werden.“), was die befristete Durchsetzung gegen die Finanzminister erleichterte, aber keinen glaubhaften Nachdruck auf eine gewollte Strukturänderung legte. Für wirkliche „Abweichungen vom westdeutschen Modell hätte der Wissenschaftsrat Initialzündungen setzen können, er blieb unter seinen Möglichkeiten“ (Neidhardt 1994 S.36<sup>17</sup>). Die Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates hätten gerade in den Gesellschaftswissenschaften „die Schwächen des westdeutschen Ausbildungssystems gesehen“, doch Abstand von Reformen genommen, „vor allem, weil sich sehr rasch zeigte, dass die westdeutschen Standesorganisationen, aber auch die verantwortlichen Politiker zu keiner Änderung des status quo bereit waren, und damit nicht zuletzt aufgrund von Befürchtungen, dass eine nur in den neuen Ländern stattfindende Reform die Arbeitsmarktschancen der Absolventen drastisch

---

<sup>16</sup> Besonders ausführlich diskutiert bei der Begehung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche an der Humboldt-Universität (HUB) am 20.11.1990, bei der Rolf Ziegler bereits die Idee einer Zwischenfinanzierung des Bundes für 3-5 Jahre vor dem Personaltransfer an die Hochschulen äußerte (WissRat-Protokoll P 2027/91).

<sup>17</sup> Ähnlich der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) H. U. Erichsen 1992: „Wir verkaufen teilweise Modelle, die wir vorher nachhaltig kritisiert haben“ (zitiert nach Torsten Harmsen: Tapeuten-Kuttes Abschied. In: Berliner Zeitung vom 31.3.2004 S.25)

verringern würde“ (Krull 1994 S.217. Krull war im Stab des Wissenschaftsrates). Wer hätte sonst Anstöße geben können? Die gerade gegründeten, formal zuständigen Länder? Wenn schon von der Wissenschaft nichts kommt?

Doch zurück zu einer der wenigen innovativen Formen und was aus deren Potential geworden ist.

#### IV. Ursprung und Entwicklung des Konzepts der KSPW

Wie kam es zu der Konstruktion der „*Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern*“ (KSPW) in der Form eines Vereins etablierter Sozialwissenschaftler, in dem sich West und Ost vereint an die Transformationsforschung begeben sollten und schließlich immerhin ca. 25 Mio DM in der kurzen Spanne von 4 1/2 Jahren „umsetzten“ und in sechs große Berichte und zahllose Publikationen umgossen (Kurzübersicht bei Bertram 1997b S.432 f)?

Von den ersten Annäherungen an das Konstrukt eines „Transformationsinstituts“ ist schon oben berichtet. Konkret nahm der Vorschlag erst um die Jahreswende 1990/1 Gestalt an. Lepsius war wieder der kreative Kopf, der mit dem Hinweis auf die Schnelligkeit der Wandlungsprozesse und die Langsamkeit von außeruniversitären Institutsgründungs- und Besetzungsprozessen für eine „Kommission“ in Eigeninitiative und „rascher und elastischer Koordination“ der Wissenschaft eintrat, anknüpfend an die freilich gemächliche Parallele der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.“, was dem Vorschlag fast Abbruch tat (Lepsius, Vorschlag zur Gründung einer KSPW (,Transformationsinstituts‘), Ms. vom 4.1.1991). Den Finanzbedarf bezifferte er auf 15 Mio DM/p.a., den die „Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung und Forschungsförderung“ (BLK) als Äquivalent für 150 Mannjahre anfangs sogar übernahm. Er schrumpfte bis zur Verabschiedung der Empfehlungen im Wissenschaftsrat am 13.3.1991 auf ca. 8 Mio DM, konsequenterweise sogar, da auch Lepsius das Potential der qualifizierten und kurzfristig qualifizierbaren ostdeutschen Soziologen auf etwa 50 Personen in bisherigen Dauerstellungen schätzte (Lepsius, Zur Stellung der Soziologie an den Hochschulen der neuen Bundesländer, Ms vom 1.1.1991 S.2; zur Politikwissenschaft siehe die obige Nullaussage)<sup>18</sup>.

---

<sup>18</sup> Die Zahlenangaben zum Personalbestand der Soziologie in der DDR sind inkomensurabel. Hg. Meyer 1992 S.35 und Steiner 2002 S.27 rechnen mit 1000 „ausgebildeten und professionell tätigen Soziologen“ der DDR, während wohl die obigen Zahlen (ebenso Schäfers 1993 S. 829) die in Dauerstellen nur an Hochschulen Tätigen – also ohne AdW - meinen dürften. Auch dies wirft ein Licht auf



Der Wissenschaftsrat nannte dann bei der Einzelbewertung der AdW-Institute ausdrücklich nur 10 Sozialwissenschaftler aus dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) als „Rekrutierungsbasis“ für die KSPW (WissRat 1992a S.45). Die Kommission sollte sich auf 20 „festangestellte“ wissenschaftliche Mitarbeiter aus der DDR und 20 weitere befristete für die Forschungsaufgaben stützen<sup>19</sup>. Der zentrale Gedankengang war, positiv evaluierte Ostwissenschaftler, die allerdings in den Wissenschaftsrats-Empfehlungen nicht namentlich genannt werden, aber z.T. zuordenbar waren, schon wegen des „Kontextwissens“ „in einem koordinierten Arbeitszusammenhang zu bringen und für einen Übergangszeitraum arbeitsfähig zu halten“, um die schnellen Transformationsprozesse zu erfassen unter der Leitung von erfahrenen westlichen Forschern mit einem hauptamtlichen „Präsidenten“, die durch Beurlaubung von ihren Heimatinstitutionen schnell verfügbar gemacht werden sollten.

Diese Konstruktion passte auch für die in Frage kommenden Förderer wie BMFT und DFG besser zu den Gegebenheiten, denn eben zur selben Zeit erhielten die Antragsteller aus dem Beitrittsgebiet zu der mit großem Trara noch vor der Vereinigung zusammen mit dem DDR-Ministerium für Forschung und Technologie (MFT) angekündigten BMFT-Förderinitiative zum Thema „Wechselbeziehungen zwischen Technik – Mensch – Gesellschaft – Umwelt“ schon die Absagen zu ihren Anträgen und zwar aus dem formalen Grund, dass sich ihre Heimatinstitution in der „Evaluierungsschleife“ befände und deshalb „die gesicherte institutionelle Basis fehle, die für eine Projektförderung vorausgesetzt wird“ (Standardformulierung der Schreiben des Fachreferats von Anfang 1991). Bei der DFG war nach ihren Statuten ohnehin klar, dass „ohne institutionelle Basis diese Personen und Arbeitsgruppen nicht in der Lage seien, an den Förderprogrammen ... teilzunehmen“ (WissRat 1992a S.15, was erfreulicherweise manche kreative Lösung nicht ausschloß, etwa, indem ein emeritierter Ostprofessor seinen Namen als Antragsteller zugunsten Jüngerer gab, die auf diesem Wege für sich eine Stelle finanziert erhielten, z.B. Fred Staufenbiel für Jutta Gysi, DFG SP-Liste 75 D/91 S.6). Das am 29.1.1991 beschlossene *Schwerpunktprogramm der DFG* „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ richtete

---

die universitäre Enge des Disziplinenverständnisses und wiederholte sich erneut bei der Jahreskonferenz der DGS in Halle 1995 (Tagungsbericht von H. Steiner in: Deutschlandarchiv 1995 S. 848, 852). Vgl. Karin Lohr. Ausbildung und Einsatz von Soziologen in der DDR. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 13 (1990) Heft 3. Einen gründlichen Versuch, Zahlen und Verbleib der DDR-Sozialwissenschaftler zu erfassen, machen Kollmorgen/Bertram 2001 und schon Kollmorgen/Simon/Lohr/Sparschuh 1997. Zur heutigen Situation der mittleren Generation Bloch/Pastermack 2004 besonders S. 51f.

<sup>19</sup> Die Unterscheidung „auf Dauer“ und „befristet“ ist irreführend, da auch die Kommission zunächst auf fünf Jahre, also befristet angelegt war (Wissenschaftsrat 1992a, S.13 – 17); ob daneben Personalmittel für zusätzliche Projekte vorgesehen werden sollten, ist im Text der Wissenschaftsrats-Empfehlung unklar und bei einer Umrechnung der Finanzanforderungen in Mann-Jahre eher zu verneinen.

sich schon aus dem beschriebenen formalen Zugangsgrund faktisch mehr an den Westen. Für die ersten 2 Jahre war ein Volumen von 3.5 Mio DM geplant. Das Programm war von einem weitgehend mit der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates identischen Interessentenkreis beantragt worden (mit Frank Ettrich als einzigem Ostwissenschaftler und zur Hälfte Wissenschaftler aus Mannheim/Köln, was man etwas ungenau „Durchmarsch der Mannheimer“, gemeint des empirischen mainstream nannte). Obgleich in den Texten immer von West und Ost gemeinsam gesprochen wird, ergab sich damit faktisch zunehmend eine Förderschiene Ost und eine West ohne inhaltliche Abgrenzung. Das war hinsichtlich der Finanzen konsequent, denn „der Kern der WissRat-Empfehlung für die KSPW“ war „die benevolente Sicherung des vorhandenen Sozialwissenschaftler-Potentials in der früheren DDR“, wie Kaase anlässlich einer Beschwerde des ISS moniert, dem versprochen sei, ca. 20 Stellen der KSPW mit Personen aus dem ISS zu besetzen (Schreiben Kaase an BMFT vom 18.11.1991 und ohne Zahlen im Grußwort zur KSPW am 9.12.1991; in der Wissenschaftsrat-Empfehlung ist allerdings nur von 10 ISS-Mitarbeitern die Rede, WissRat 1992a S.45). In der KSPW engagierte Westprofessoren verwiesen stolz darauf, dass sie sich ihre Finanzen für eigene Forschung bei der DFG und nicht bei der KSPW holten. Manchmal hatte dies auch den Beigeschmack von Forschung erster und zweiter Klasse, einem üblen Ingredienz der deutschen institutionell hierarchisierten Wissenschaftsdebatte, dem die wenigen umworbenen Ostwissenschaftler ziemlich hilflos ausgeliefert waren, waren sie doch entweder „Alibi-Ossi“ und/oder „benevolent“- Mitgeschleppte. Kaase weist noch 2002 stolz auf dieses „Huckepackverfahren“ hin (Fn 7, ebda. S.97), das den Anteil der Förderung Ostdeutscher bei der DFG auf 18-19% erhöht habe. Für die Sozialwissenschaften trifft dies nicht zu: Mit zunehmendem Zeitablauf wurden Anträge, in denen Ostwissenschaftler „eingebaut“ waren, immer häufiger abgelehnt, wer immer ihre hoch mögenden Antragsteller waren. Es wäre einer besonderen Untersuchung wert, die abgelehnten Anträge bei der DFG daraufhin anzusehen, falls und wann so ein Eindringen in die Interna der Selbstorganisation statthaft würde (Der Abschlussband des DFG-Programms, Esser 2000, enthält dazu nichts).

Im Übrigen waren diese beiden Förderinitiativen nicht allein. Wegen ihrer finanziellen und sachlichen Eigenständigkeit muss man besonders hervorheben das schon genannte Gastwissenschaftler-„Programm“ des WZB, die MPG-Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern an der HUB unter dem eigenständigen Helmut Wiesenhal, das MPI für Bildungsforschung unter Karl Ulrich Mayer, die Hans Böckler-Stiftung und die VW-Stiftung, so dass, wie im deutschen Förder-„system“ traditionell, doch mehrere Förderwege sogar für Ostwissenschaftler offen blieben. Zum Glück - nicht nur hier. Von den zahllosen Ost-West-Tagungen war sicher die beachtetste Serie, bei der fast alle auftraten, die der Transformationskonferenzen des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS, Leiter Rolf Reißig).

## V. Anfänge der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Die Umsetzung der Wissenschaftsrat-Empfehlung für die KSPW stand unter dem Versprechen des Bundes, alles, auch Institutsneugründungen noch im Jahr 1991 zum Laufen zu bringen, denn zum Ende dieses Jahres waren die AdW-Institute endgültig aufgelöst. „Im Interesse eines raschen Starts könnte die organisatorische Hilfe des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) in Erlangen (das sich lange mit der DDR-Wissenschaft befasst hatte H.Z)... in Anspruch genommen werden“, aber „eine dauerhafte Einbeziehung des IGW in die wissenschaftliche Arbeit der Kommission ist nicht vorgesehen“, formulierte der Wissenschaftsrat (1992a S. 16) wie ein Zeichen dafür, dass die alte „Deutschland- oder DDR-Forschung“ keine Rolle spielen sollte. Auch später wurden nie „solche Regionalforscher“ einbezogen<sup>20</sup>.

Ungewöhnlich machtbewußt hatte die Wissenschaftsrat-Arbeitsgruppe am 5. 4.1991 auch beschlossen, dass sie selbst die Nominierung der Mitglieder der KSPW vornehme – und nicht nur das, sondern dass für den Fall des Ausfalls oder der Ablehnung eines Namens durch den BMFT eine Kleingruppe aus Kaase, Kielmannsegg, Heinz König, Lepsius und Markmann neue Namen vorschlage (WissRat-Protokoll P 2089/91 S.4). Auch den Satzungsentwurf für den Verein wolle man mitberaten. Das entsprechende Schreiben von Kaase vom 15.4.1991 an BMFT fand dort Zustimmung, „allenfalls an eine Ergänzung um Ilona Ostner und Karl Martin Bolte wäre zu denken“. Als Präsident der KSPW wird intern von Beyme vorgeschlagen (Vorlage des BMFT-Fachreferats vom 22.4.1991). Im Schreiben von Kaase wird weiter erläutert, dass Zapf, Neidhardt und Bolte (letzterer war dort nur externes Kuratoriumsmitglied) wegen der dem WZB zugedachten

---

<sup>20</sup> Giesen/ Leggewie 1991 S.8; Weymann ebd. S. 53. Über die weithin irrationale Abqualifizierung der „kleinen DDR-Forscher durch die Großkopfeten der westdeutschen Sozialforschung“ (Brief Bleek an den Autor vom 17.12.1991) müsste noch gearbeitet werden. Einen guten Einstieg bietet die Rezension W. Bleek des Tagungsbandes von Giesen/Leggewie 1991 (siehe FN.2) in: Deutschlandarchiv 25 (1992) S.193-197 und Glæßner 1995 mit Glæßner/ Zimmermann 1987. Die parallele ideologische Schlacht unter den Historikern, manchmal 3. Historikerstreit genannt, war freilich noch tiefer unter der Gürtellinie, besonders seitens des „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin und der jungen DDR-Historiker Wolle und Mitter als von der Frankfurter Allgemeine Zeitung stilisierten Propagandisten gegen „die Bielefelder“, wozu es infame Papiere gab, die in die Politik gespielt wurden (Überblicke in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 26/97 vom 20.6.1997). Nebenattacken verschonten auch die Sozialwissenschaftler von der Diffamierung als „Sympathisanten und Verharmloser“ nicht, z.B. Rezension Kl. Schroeder von Offe, Der Tunnel am Ende vom Licht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.8.1994 S.6. Zu den demgegenüber fast harmlosen Versuchen innerhalb der Sozialwissenschaften i.e. S. siehe IX. So war es zumindest angenehmer, die „Aufarbeitung“ den Historikern zu überlassen, was Lepsius allerdings gleichzeitig als generellen Fehler der Soziologie bezüglich der Nazizeit kritisiert (Zapf/ Thurn 1990 S.17; ähnlich K. U. Mayer S.87 in: Giesen/Leggewie 1991). Sich nur um die Analyse des Jetzt zu kümmern kann aber ohne historisches Einfühlungsvermögen nicht gelingen.

Rolle im HSP III für Einzelwissenschaftlerbetreuung „nicht berücksichtigt“ seien (s. oben II). Auch nicht R. Mayntz wegen ihres eigenen Forschungsprojekts zur AdW-Transformation (Mayntz 1994a). Aus dem Osten blieb es bei den vorgeschlagenen E. Jobst und H. Zwahr, die schon in einer Wissenschaftsrat-Gruppe formell dabei, aber nicht da waren, und Peter Voigt, der bereits im BMFT-Sachverständigenkreis mitwirkte. Gegen die dort ebenfalls vorgebrachten Namen Frank Adler, Jutta Gysi und Oskar Vogel sah die Wissenschaftsrat-Arbeitsgruppe „Probleme mit deren unklarer professioneller Verortung“; außerdem seien sie mögliche Antragsteller für KSPW-Projekte. Man ersieht daraus aller Verlegenheit, wenn es konkret um Namen ging (siehe oben III).

Die ersten Ressortkontakte innerhalb der Bundesregierung ergaben ein reges Interesse an der KSPW, das so weit ging, dass der *Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung* (BMA) Projektmittel an die KSPW geben wollte, natürlich in der Erwartung, dafür zu den sozialen Problemen des Beitritts kompetenten Rat zu bekommen (Ressortforschungsprinzip). Zu jener Zeit hatte sich die Kurzbezeichnung KOSOPOWA für die Kommission eingebürgert, vermutlich wegen der sachlichen Nähe zum kühnen Versuch Anfang der 70er Jahre, unter Vorsitz von Karl Martin Bolte mit einer unabhängigen Regierungskommission aus Wissenschaftlern und Vertretern der Sozialpartner Ratschläge für die Gestaltung „des wirtschaftlichen und sozialen Wandels“ zu erarbeiten, deshalb KOWISOWA genannt (BMA Hrsg.: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der BRD. Gutachten der KOWISOWA. Bonn: Otto Schwartz 1976). Niemand hätte gedacht, dass es um diese Abkürzung zu politischen Verstimmungen kommen könnte (dazu unten V).

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (BMA), der eine Konstruktion als Regierungskommission ähnlich der KOWISOWA vorgezogen hätte (s. Protokoll des ersten Treffens mit Wissenschaft am 28.6.1991 S.5), meldete wie BMFT je 4 Mio DM/a für 5 Jahre zum Bundeshaushalt 1992 an. BMA war besorgt, ob der Beratungsbedarf der Regierung genügend berücksichtigt werde, aber grundsätzlich bereit, diese Frage nicht bei der Einzelvergabe von Arbeiten zu stellen, sondern seine Interessen bei der Aufstellung des themenorientierten Programms der Kommission geltend zu machen, akzeptierte also im Grundsatz die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Selbstorganisation der Wissenschaft, die für den allgemeinen Forschungsförderer BMFT weitgehend normal war. Es dürften im Umgang mit dem BMA geübte Wissenschaftler einige Überredungskünste aufgewandt haben, dass zeitweise sogar ein Vorteil in dem Risiko wissenschaftlicher Selbstorganisation gesehen werden konnte. Später wurde dieser Punkt wieder zum Sprengsatz.

Man muss dies auf dem Hintergrund sehen, dass zu jener Zeit die Ministerien überflutet wurden mit Vorschlägen und Warnungen von Wissenschaftlern, meist aus den Bindestrich-Sozialwissenschaften, weniger aus ihrem stolzen Kern. Ge-

genüber dem Ernst der Probleme und diesem fachkundigen Engagement konnte man als Ministerialbürokrat nur eigenes Versagen empfinden und Nicht-Eingehen darauf mit Überlastung entschuldigen. Nur einen solchen Vorstoß möchte ich erwähnen: Hermann Priebe, der große alte Mann der ländlichen Strukturforschung, auf den die EU-Agrarpolitik leider nicht gehört hatte, schrieb an den Forschungsminister, die Gestaltungsaufgaben „in den ländlichen Räumen der neuen Bundesländer ließen sich von den gewohnten Spezialgebieten der Wissenschaft aus nur schwer erfassen. Die Menschen dort wollten sich in ihren Problemen innerhalb einer Gesamtschau für die künftige Entwicklung ihrer Lebensräume erkennen“. Wie wahr im Rückblick<sup>21</sup>. Aber alle waren in ihren traditionellen Zuständigkeitsgrenzen zu beschäftigt, um für die gemeinsame wissenschaftliche Analyse die notwendigen Querverbindungen zu schaffen, die etwa in einem Verbund neu entstehender relevanter Institute von Anfang an sachlich leicht hätte möglich gemacht werden können.

Zur Mitarbeit bei dem bald als großes Instrument „konzeptioneller Bündelung“ (Kaase, Protokoll der ersten KSPW Besprechung im BMFT am 28.6.1991) erkannten und integrativ/interdisziplinär arbeitenden sozialwissenschaftlichen Unternehmen KSPW meldeten sich in diesen Monaten viele aus Ost und West beim zuständigen Fachreferat, das der Autor Anfang Juni 1991 von seinem Vorgänger Dr. Dr. Uhl übernahm. Aber Personalergänzungen aus diesen Kontakten fanden nicht das Wohlgefallen der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates. So lud BMFT zusammen mit BMA und dem unguten Gefühl, so könne man nicht vorankommen, nur die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Wissenschaftler für den 28. Juni 1991 ins BMFT ein, von denen vorab der vorgesehene Rechtswissenschaftler Brunner, ebenso der Ökonom Gutmann, und aus den Kernfächern F.X. Kaufmann und Fritz Scharpf trotz Unterstützung der Idee die Beteiligung ablehnten. Die anderen<sup>22</sup> wurden von den „Vätern der KSPW“ Lepsius und Kaase auf die große Aufgabe eingestimmt und ihr persönliches Engagement mindestens für „Projektleiterfunktionen“ eingefordert. Das Bild vom „Panzerkommandanten“ Lepsius blieb haften, der die auch nicht mehr ganz jungen Kollegen mit flammender patriotischer Rede zu den Fahnen und zum beherzten Einrücken ins doch ei-

---

<sup>21</sup> Aufforderung von Minister Riesenhuber BMFT vom 17.4.1991 zur Prüfung der Priebe-Vorschläge. Petra Wernicke, Landwirtschaftsministerin von Sachsen-Anhalt, beklagt in: Neue Zeit vom 28.1.1993 S. 12 exakt die fehlende konzeptionelle Vorbereitung für den ländlichen Raum (statt nur für Landwirtschaft im engeren Sinne) und damit auch die Unfähigkeit, die beachtlichen Mittel besonders aus der EU koordiniert einzusetzen. Lutz sprach dies Thema der demografisch gefährdeten peripheren ländlichen Räume früh in der KSPW an (Skizze einer Philosophie November 1991, auch Bertram 1995 S.439f., Lutz 2003 S.295).

<sup>22</sup> Für die Soziologie: Bertram, H. Esser, Glatzer, Voigt (Ost). Für die Politikwissenschaft: von Beyme, Pappi, Manfred Schmidt. Aus anderen Disziplinen : Fr. Trommsdorf (Sozialpsychologie) und aus Ost: E. Jobst (Technikgeschichte), Wendt (gerade wechselnd von der DDR-Statistik zum Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) und H. Zwahr (Geschichte). Letzterer war terminlich verhindert, erschien aber auch später nicht.

gene Land rief. Doch niemand „trat vor“; da war erst mal Abwarten gegenüber solchen Totalanforderungen. Von Beyme wies, geschickt sich und mindestens einen Kollegen schützend, darauf hin, man habe im Westen - anders als künftig im Osten<sup>23</sup> - oft nur kleine Fakultäten, die keinen entbehren könnten. Hartmut Esser, der Koordinator des genannten DFG-Schwerpunktprogramms, fand das deduktive Element zentral für die Erstellung des Kommissionsprogramms, das aber erfordere ein mehr oder weniger starkes fulltime-Engagement, das „wohl schwer zu rekrutieren ist“. Auf die Forderung des BMA nach „Gestaltungsorientierung“, z.B. Begleitforschung für den Umbau der öffentlichen und privaten Sozialverwaltung und Indikatoren zur Früherkennung möglicher Fehlentwicklung, ging nur Hans Bertram ein. Er bejahte die „Korrekturfunktion“ sozialwissenschaftlicher Forschung und die politikberatende Aufgabe, sah folglich die Bedürfnisse des BMA nicht im grundsätzlichen Gegensatz zum notwendigen eigenständigen Programm.

Die Versammlung vom 28.6.1991 endete einigermaßen ratlos. Alle Anwesenden schlossen für sich ein hauptamtliches Engagement aus, waren aber zugleich einig, dass die übliche Begutachtungsfunktion nicht ausreiche und dass ein systematisches Transformations-Forschungsprogramm schnell erarbeitet werden müsse. Ein vorbereitetes Formular zur Bereitschaft und zum Umfang des möglichen Zeitaufwands blieb unausgefüllt. Immerhin wurde der grundlegende Schritt der Absichtserklärung zur Gründung des Vereins als Träger der KSPW vollzogen und die 9 Gründer (Bertram, von Beyme, Esser, Glatzer, Jobst, Pappi, Trommsdorff, Voigt und Wendt) erklärten sich auch bereit, an der Erarbeitung eines Programmaufrisses aktiv mitzuarbeiten.

Das BMFT hatte außerdem als „Denkhilfe“ eine lange doch unfertige Liste von Namen aus Ost und West mitgebracht, die sich aus Zurufen und der Nachfrage bei wichtigen und im Osten engagierten Sozialwissenschaftlern aus den letzten Wochen ergab. Offenkundig war eine Erweiterung in West und Ost nötig, um den gesetzten Anforderungen des Wissenschaftsrates und auch der Politik gerecht zu werden, die immer eine stärkere Präsenz aus dem Osten anmahnten, während freilich bei der konkreten Entscheidung eher Abwarten die Devise war. Von Beyme fand, dass auch die Programminitiative primär aus den neuen Ländern kommen

---

<sup>23</sup> Der Neid auf die Ausstattung Ost war inzwischen weit verbreitet, aber zugedeckt durch den Stolz auf die „Landnahme“ der Profession.

Die Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Hochschulen waren am 17.5.1991 vom Wissenschaftsrat ohne Widerspruch von Bund und Ländern verabschiedet worden (WissRat 1992b). „In der free-rider-Logik einer pluralistischen Verteilungspolitik“, wie Lehmbruch 1995a S. 98 dies charakterisierte, hatten die Fächer die Gunst der Stunde für eine Regelausstattung genutzt, die im Westen selten erreicht war und zu der Frage veranlasste, „ob so viele Stellen in so kurzer Zeit angemessen zu besetzen“ sein würden (ähnlich Henrich 1991 „im Wohlstand aufgewachsene akademische Mauerblümchen“).

müsse und deshalb vor allem mehr Personalvorschläge für Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR nötig seien. Die westlichen Partner sehe er mehr als „Kopiloten“. Zu letzterem formulierte Kaase autoritativ: „Die Hauptverantwortung liege in der Betreuung von Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR, die ihre Projekte in gewisser Eigenständigkeit vor Ort durchführen“. Schließlich einigte man sich unter Zeitdruck darauf, dass für die nächste Sitzung ohne Präjudiz zusätzlich eingeladen werden sollten: *Ost*: W.Geier, Anita Grandke, Thomas Hanf, Kurt Müller, Hildegard Maria Nickel, Wera Thiel; *West*: H-U.Derlien, G-J.Glaeßner, R.Hauser, St.Leibfried, H.Roggemann. (Quelle vom BMFT verfasstes und versandtes Protokoll zum 28.6.1991).

Bei diesem *Treffen am 19. Juli 1991 am Frankfurter Flughafen*, zu dem alle vom 28.6. außer Kaase und alle Neugeladenen außer Geier und Grandke erschienen, zusätzlich Willy Koch (Leipzig), lagen viele inhaltliche Beiträge buchstäblich auf dem Tisch. In einer zwar hektischen, aber fruchtbaren Diskussion schälte sich dort dank der unaufdringlichen Vorarbeiten von Hans Bertram die Einsicht heraus, dass das KSPW-Programm etwas anderes sein müsste als eine intelligent und systematisch geschriebene Aufforderung zur Abgabe von Forschungsanträgen. Bei den inhaltlichen Themen konnte man wenig besser machen als im genannten Schwerpunktprogramm der DFG, denn die zentralen Themen der Transformation waren offenkundig<sup>24</sup>. Das Problem war mehr, dass bei einem induktiven Verfahren wie bei der DFG alles davon abhängt, ob zu den vorgeschlagenen Themen auch Anträge eingehen. Das in den Griff zu bekommen, eine betriebsförmige Forschung auf der vollen Breite zu arrangieren, war etwas weitgehend Neues für die universitäre und disziplinär fragmentierte Sozialwissenschaft, die den Denkstil dominierte, ebenso neu wie der Anspruch, an dem die KSPW gemessen werden sollte.

---

<sup>24</sup> Den Forschungsrahmen hatte Karl Ulrich Mayer bereits im Herbst 1990 in: Giesen/Leggewie 1991 S.87ff. unter dem richtigen Stichwort „Inkorporation der DDR“ umfassend ausgebreitet und auch die später vernachlässigten Rückwirkungen auf die Gesellschaft der alten Bundesrepublik eingeschlossen. Dies hebt Wolfgang Engler, einer der wenigen unbestritten eigenständigen, vielleicht weil fast literarischen jüngeren DDR-Sozialwissenschaftler, in seiner Rezension von Giesen/Leggewie in: Frankfurter Rundschau Nr.132 S. 13 vom 11.6.1991 zu recht hervor. Die Oberbegriffe „schlagartiger Institutionenaustausch“ bei „Weiterbestehen der Mentalitäten“ hatte Lepsius ebda. S. 71ff. für die gesamte Transformationsdebatte geprägt.

## VI. Mühen der Konzeptfindung für die Umsetzung

Die *strukturellen Fragen der Organisation und Arbeitsweise der KSPW* traten deshalb in der Folgezeit in den Vordergrund und beschäftigten bis ins Frühjahr 1992, zunehmend verbunden mit politischen und Personalquerelen. Aber zunächst war sich der aktive Kern unter Mitwirkung von Lepsius relativ schnell über folgende Strukturelemente einig:

- Die Kommission versucht die wichtigen Aspekte der Transformation interdisziplinär zu erforschen und zusammenzufassen. Sie versteht sich als Plattform und Forum für alle Initiativen der Transformationsforschung, was eine gewisse Subsidiarität mit der Verpflichtung einschließt, aktiv essentielle Lücken für einen systematischen Ansatz zu schließen. Sie bedarf dafür einer stärkeren Bandbreite von Disziplinen und „Grenzgängern“. Dies sollte zugleich ein Beitrag gegen die Gefahr der disziplinären und personellen „Versäulung“ der entstandenen Fördertöpfe sein.
- Die Vergabe von Forschungsaufträgen nach außen ist der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen arbeitsrechtlichen Einstellung von heimatlosen Ostforschern vorzuziehen und sowohl realistischer, weil die abgewickelten Gruppen, wenn auch am Anfang nicht alle der vom Wissenschaftsrat positiv evaluierten, sich inzwischen weitgehend in freie Institutsgründungen oder/und ABM-Gesellschaften „gerettet“ haben. Es war auch finanziell günstiger für die Reichweite der Aufbauarbeit der KSPW, weil i.d.R. keine Vollfinanzierung wie bei Arbeitsverträgen, sondern nur eine Ergänzungsfinanzierung zu „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen“ (ABM) etc. nötig war. ABM war inzwischen für wissenschaftliche Aufgaben geöffnet worden. Die Vermeidung von Arbeitsverträgen kam zudem den juristischen Sorgen entgegen, solche Forscher könnten sich auf Dauerarbeitsverhältnisse einklagen (Mitzeichnung Abteilungsleiter zu Vorlage BMFT-Fachreferat vom 9.10.1991). Dass auch Struktur- und Sozialfonds der Europäischen Union für das „Ziel 1-Gebiet“ Möglichkeiten zur Finanzierung von Forschungsinfrastruktur boten, haben die neuen Länder leider kaum erkannt und genutzt.
- Das normale „akademische Reinheitsgebot“, nach dem man nicht zugleich Evaluator, „Kopilot“, Querschnittsordinator und selbst Forscher im selben Kontext sein kann, war angesichts der verschränkten KSPW-Aufgaben (Forschen, Fördern insbesondere von Nachwuchs inklusive Qualifizierung, Datensicherung und -erschließung, zusammenfassende Berichte mit Politikberatung und Forum der Transformationsforschung) nicht im formalen Sinne einzuhalten, wenn man das erforderliche Engagement von erfahrenen Westwissenschaftlern erreichen wollte. Aber dies fordert besondere Wachsamkeit gegenüber Interessenkonflikten.
- Zur Erleichterung der Durchführung der Forschungsarbeiten erschließt die Kommission repräsentativ ausgewählte regionale/lokale Forschungsfelder, macht die vorhandenen Strukturdaten zugänglich und organisiert notwendige Grunderhebungen, baut also dort eine Forschungsinfrastruktur auf, mit der die



verschiedensten Forschergruppen arbeiten können. Dadurch wird für die Vergleichbarkeit der Fragestellungen in der räumlichen und zeitlichen Perspektive gesorgt und die Ergebnisse können leichter zusammengeführt werden.

- „Feldkoordinatoren“ der 4 bis 5 regionalen Forschungsfelder sollen jeweils Neuberufene an den entstehenden Ostfakultäten werden, um damit von vornherein eine Verbindung zu den Hochschulen und einen Fokus für deren Forschung zu schaffen. Bertram gebührt das Verdienst dieser Idee.
- Für die Politikberatung können aus der Fülle der Forschungsarbeiten in interdisziplinären Arbeitsgruppen, die sich aus den stärker engagierten Kommissionsmitgliedern rekrutieren, Problem- und Querschnittsberichte erstellt werden, die sich sowohl mit eigener Forschungstätigkeit als auch mit der Nebenberuflichkeit der Mitgliedschaft verbinden lassen.<sup>25</sup>
- Damit war auch ein Weg zur Verteilung des notwendigen Engagements auf mehrere Schultern aufgezeigt, um von der nicht erreichbaren Vorstellung einer Beurlaubung von Westprofessoren zum Kommissionsvorstand auf 5 Jahre wegzukommen. Das nämlich war gegenüber der Berufung auf Dauer bei echten Institutsneugründungen für niemanden attraktiv, zumal inzwischen bei der „Blauen Liste“ die Gründungen erstaunlich rasch in Gang kamen. Hätte man dies bei der Verabschiedung im Wissenschaftsrat vorher gewusst, wäre es vielleicht zu einer anderen Empfehlung gekommen<sup>26</sup>.

Aber damit war noch nicht das Problem gelöst, wer zumindest in der Anfangszeit die Führung quasi-hauptamtlich, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, übernehmen, wer also den vereinsrechtlichen Vorstand bilden und wer sich wie in welchen Arbeitsgruppen engagieren sollte<sup>27</sup>. Diese Fragen standen seit der ersten Zusammenkunft ungelöst im Raum. Bei dieser Sachlage und dem Ritual vornehmer Zurückhaltung, das nun mal in der Wissenschaft Etablierten eigen ist, wandte sich der BMFT an den Vorsitzenden „seines“ sozialwissenschaftlichen Beratungsgremiums Karl Martin Bolte, den „produktiven Integrator, der Konflikte stillstellen und auch inmitten von Dissensus noch etwas zustande bringen kann“ (Neidhardt 1991 zum 65. Geburtstag Boltes). Er, dessen Hilfe fast jeder begrüßte und dem auch bei den Ostwissenschaftlern Vertrauen entgegenschlug, war zwar nicht bereit, selbst die Kommission zu leiten (Aktennotiz BMFT-Fachreferat vom

---

<sup>25</sup> Diese Punkte waren damals noch nicht so schriftlich niedergelegt, sie sind hier zusammengestellt aus Papier Bertram vom 22.8.1991 zur Arbeitsweise, aus Schreiben des BMFT-Fachreferats vom 28.8.1991 an Bolte und aus dem BMFT-Einladungsschreiben vom 19.9.1991 an die KSPW-Mitglieder zur formellen Gründung der KSPW

<sup>26</sup> Dies sahen später alle so: Mitzeichnung Abteilungsleiter BMFT vom 20.1. zu Vorlage Fachreferat vom 17.1.1992 S. 4; Diskussion im Kuratorium der KSPW am 30.3.1992.

<sup>27</sup> Bei der Standort-Auswahlreise – dazu später – kam die rettende Idee auf, dass sich mehrere in der Führung von Arbeitsgruppen zeitlich ablösen und dafür Forschungsfreisemester vorausgeplant werden könnten, also unterschiedliches Engagement kombiniert werden könnte (Schreiben BMFT-Fachreferat vom 19.9.1991 an die KSPW-Mitglieder).

9.9.1991), aber übernahm, die formelle Gründung am 7. Oktober zu moderieren. Kaase, der aus Termingründen an den letzten Sitzungen nicht hatte teilnehmen können, aber lebhaften Anteil nahm, war auf höheren ministeriellen Etagen als Vertreter des Wissenschaftsrats eingebunden und akzeptierte die Änderungen des Konzepts (Notiz Abteilungsleiter BMFT zu Vorlage Fachreferat vom 9.10.1991 S.8).

Mit Boltes Unterstützung schlug das BMFT-Fachreferat im Einvernehmen mit dem BMA Burkart Lutz als Vorsitzenden der Kommission vor (o.g. Einladungsschreiben vom 19.9.1991). In der Tat war jemand mit seiner Erfahrung in der Aufbereitung von Problemlagen in wissenschaftliche Fragestellungen, in Forschungsorganisation und in unabhängiger Politikberatung sonst nicht zu finden und zudem war er als formeller Pensionär „verfügbar“. Vertrauen in dieser verunsicherten Klientel zu schaffen war zentral und wer konnte da glaubwürdiger sein als Lutz, der lebenslang als freier wissenschaftlicher Unternehmer Unabhängigkeit und wissenschaftliche Qualität vorgelebt hat. So auf Drittmittel- und Auftragsbasis aufzubauen war für die meisten Sozialwissenschaftler Ost die einzige realistische Perspektive. Zugleich war für die Kommission öffentliche Sichtbarkeit wichtig und die wird nun einmal durch Menschen vermittelt. Kaase gratulierte, dass es „mit Prof. Lutz gelungen ist, einen im Fach wie in der Wissenschaftspolitik profilierten Kollegen für den Kommissionsvorsitz zu gewinnen“ und betonte erneut, „dass unsere ganz bewusst dort (in der WissRat-Empfehlung H.Z) formulierte Option, Mitglieder des Vorstands für eine begrenzte Zeit vollamtlich unter Ersatz ihrer Bezüge von ihrer Heimatinstitution freizustellen, auch soweit wie möglich ergriffen wird“, denn „Integration und Ost-West-Durchmischung der Mitarbeiter ... gehe nur mit kontinuierlicher Präsenz“ (Schreiben vom 30.9.1991 an den Autor, ähnlich zu Lutz im Grußwort am 9.12.1991 Ms. S.6). Die Bereitschaft von Hans Bertram, Klaus von Beyme, Gisela Trommsdorff und als einzige Ostvertreterin Hildegard Maria Nickel, zusammen mit Lutz als Vorsitzendem den Vorstand zu bilden, war der Durchbruch im abgestuften Engagement.

Die formale *Gründung der KSPW am 7. Oktober 1991* mit der Festlegung der Satzung verlief vergleichsweise einfach. Bolte hatte die im Untergrund weiter schwelende Frage, ob Politikberatung zu den Aufgaben der KSPW gehöre, mit der Hervorhebung der Berichtspflicht bereinigt, die auch zum Ziel habe, „hierdurch die empirischen und theoretischen Grundlagen zur Formulierung von Handlungsempfehlungen zu verbessern“ (Satzung § 2 Abs.1). Die vom Wissenschaftsrat verlangte und vom BMFT von Anfang an gestützte nahezu völlig autonome Selbstorganisation der Sozialwissenschaften hatte in der Satzung ihren Niederschlag gefunden.

Die Vereinsmitgliedschaft wurde erweitert um Klaus Fröhner, Richard Hauser, Burkart Lutz, Franz U. Pappi, Kurt Mühler (Leipzig), Hildegard Maria Nickel und Wera Thiel (beide HUB). Später traten noch weitere hinzu.

Zuvor noch hatte eine „delegazia“ aus Bertram, Glatzer, Nickel und Trommsdorff mit den beiden Ministerienvertretern und Lauterbach (IGW) die vom WissRat vorgeschlagenen *Standorte der KSPW* Jena, Leipzig und Halle bereist und fast schon für Leipzig votiert. Die politischen Einflüsse im Hintergrund<sup>28</sup> führten dann zu Halle, das ein guter Standort wurde, als das Gebäude Neuwerk 11 mit Zwischenlösungen schließlich Anfang 1993 (!) bezugsfertig wurde. Schon bei der Vorsondierung nach Räumlichkeiten im Sommer hatte sich übrigens herausgestellt, dass für die ursprüngliche Wissenschaftsrat-Idee eines Instituts mit Arbeitsplätzen für ca. 40 Wissenschaftler kein „Verfügungsgebäude“ zu finden war (so nannte man Gebäude der aufzulösenden AdW-Institute, „die für erfolgreiche AdW-Antragsteller vorgehalten werden“ WissRat 1992a S.10), ein durchschlagender praktischer Grund, der manche unsachliche Diskussion zum Institutskonzept hätte ersparen können.

Während dieser Wochen war das BMFT-Fachreferat gehalten, die schon eingebürgerte *Abkürzung*, das „Wortungetüm KOSOPOWA auszumerzen“, welche das Missfallen des BMFT-Staatssekretärs erregte (Aktennotiz St Ziller vom 26.7.1991) und noch lange sogar bis zu einer Abteilungsleiterkonferenz beim Minister beschäftigte (Notiz Abteilungsleiter BMFT zur Sitzung vom 5.3.1992 Punkt 8). Ob schlicht der „russische Anklang“ oder die Alliteration zur „sozialdemokratischen“ KOWISOWA<sup>29</sup> Stein des Anstoßes waren, ist nie ganz klar geworden. „TRAFO“ fand ebenfalls keinen Anklang. Lepsius hatte schließlich amüsiert die rettende Idee der „Konsonanten-Kommission“ KSPW, an die sich mit der Zeit alle hielten.

---

<sup>28</sup> Es soll mit dem Überwechseln eines hohen BMA-Beamten nach Sachsen-Anhalt zusammenhängen. Die Regierung dort hatte sich aber auch beweglicher gezeigt als in Sachsen, was das verlangte wissenschaftliche Umfeld anbetraf und - eine kleine Nebenwirkung der KSPW – den Vollausbau der Sozialwissenschaften an der Universität Halle beschleunigen half (PSt-Vorlage BMFT-Fachreferat vom 3.12.1991 S. 8). Die Enge der Landesregierung bei der Frage der „Integritätsprüfungen“ ahnte man damals noch nicht (s. X).

<sup>29</sup> Vgl. oben S.11. Die KOWISOWA wurde in der Tat in den Folgejahren nicht mehr erwähnt. Erst bei der Nach-Abschlussveranstaltung der KSPW am 17.3.1997 bezeichnete Bertram sie als das Vorbild für die Arbeit (Bertram 1997a S.419), was ein Indiz dafür sein könnte, dass die strengen Strukturen einer Regierungskommission keinen sachlichen Unterschied zur sehr weitgehenden Selbstverwaltung der Wissenschaft in der KSPW machen, wenn eine selbstbewusste, aber sich selbst zum Dienst an der Gesellschaft verpflichtende Wissenschaftlergemeinschaft darin arbeiten.

## VII. Erste Wirren von außen beim realen Aufbau der KSPW

Die ersten Irritationen begannen mit der überraschenden, im September 1991 schlicht mitgeteilten allparteilichen Entscheidung der Berichterstatter für den Haushalt des BMA im Parlament, den beantragten Ansatz um 25% auf 3 Mio DM zu kürzen, so dass bei der üblicherweise automatischen Folgerung für den Haushalt des BMFT, bei dem Berichterstatter anfangs sogar 75 % streichen wollten (Ministervorlage BMFT-Fachreferat vom 9.10.1991), nur mehr 6 Mio DM für das Jahr 1992 zur Verfügung standen. Mit dem Versprechen von BMFT, beim nächsten Haushalt wieder 4 Mio anzumelden, wurde schließlich dieser Startverlust als „noch hinnehmbar“ abgeheftet (Besprechungsnotiz Fachreferat vom 8.11. auf Schreiben Kaase an Minister vom 30.9.1991). Dies war die erste Auseinandersetzung im Parlament, der noch drei weitere folgten.

Erst mit der Standortentscheidung und der formalen Gründung der KSPW am 7.10.1991 konnte endlich die überfällige Suche nach einem/r hauptamtlichen *Geschäftsführer/in und dem Stab* in offiziellen Formen stattfinden. Bei Vorständen im Nebenamt sind hauptamtliche Organisatoren vor Ort umso dringlicher um handlungsfähig zu sein. Die Entscheidung war zeitlich dringendst, weil die Transformation ja jeden Tag voranschritt, die erfasst werden sollte und ebenso weil noch bis Ende 1991, dem Abwicklungsdatum der AdW, die zusammenfassende und Vertrauen schaffende Funktion der Potentialerhaltung durch die KSPW sichtbar werden sollte. Bei der inoffiziellen Suche nach einem Geschäftsführer aus der alten Bundesrepublik gab es trotz langer Sondierung seit dem frühen Sommer keinen Erfolg. Angesichts der unklaren Befristung, dann der ersten Irritation durch das Parlament und der Umzugsproblematik nach Halle fand sich kein(e) qualifizierte(r) Kandidat(in) im Westen. Der engere Kreis der Wissenschaftler war in dieser Phase einig, dass ebenso gut im Forschungsmanagement erfahrene Ost-Sozialwissenschaftler der 2. Reihe rekrutiert werden könnten und sogar sollten, gerade aus der mittleren Altersgruppe, die in der Gefahr war, ebenso wie die ältere Generation völlig abgewickelt zu werden. Eine informelle sog. Integritätsprüfung war dabei natürlich vorgesehen. Statt einer zeitlich nach der offiziellen Gründung nicht mehr machbaren Ausschreibung hatte schon ab August dazu ein umfangreiches „sounding“ stattgefunden, an dem nahezu alle beim Aufbau der Sozialwissenschaften in der KSPW und den Hochschulen Engagierten beteiligt waren. Es stellten sich 5 Ost-Kandidaten/innen heraus, die vom „Mädchen für alles“ in dieser Phase, dem BMFT-Fachreferat mit Schreiben vom 27.9.1991, also noch vor der formalen KSPW-Gründung, zur Abgabe von Bewerbungen aufgefordert wurden.

Zur *administrativen Unterstützung* sollte ein Westbeamter des gehobenen Dienstes beurlaubt werden, denn 6 oder 8 Mio/a DM Steuermittel selbständig zu verwalten, ist kein Pappenstiel und erforderte in dem bürokratischen Niemandsland

aus ehrenamtlich tätigen Professoren plus „ungelernten Bundesbürgern“ Erfahrung gepaart mit Kreativität und ungewöhnlichem Engagement. Die Suche war anders schwierig als beim fachlichen Stab, wurde aber schließlich durch einen kurzfristigen „Aufbauhelfer“ (Weinert) und das erfolgreiche Heranziehen von „Ortskräften“ (Frau Wendt und Frau Weiß) unter Führung der engagierten Administratorin im BMFT Monika Kraft bewältigt.

Die Schwierigkeit der *Personenauswahl* für die Geschäftsführung lag darin, dass alle, denen man eine Managementenerfahrung aus der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR zutrauen konnte, auch „eine Lebensgeschichte mitbringen, so dass bei allzu großer Ängstlichkeit jeder Ossi im konkreten Fall wieder ausscheidet“ (AI-Vorlage BMFT-Fachreferat vom 18.11.1991 S.1f.). Es rumorte auch, kaum dass die Namen bekannt wurden. Am 2. November 1991 entschied sich der Vorstand nach mehrfachen Vorstellungsrunden, bei denen auch weitere West-Kandidaten angesehen und verworfen worden waren, einstimmig (später wurden innere Vorbehalte einzelner Beteiligter offenkundig) für Dr. Jutta Gysi als wissenschaftliche Geschäftsführerin. Sie war Leiterin der Arbeitsgruppe Familienforschung des ISS der AdW und lange vorher geschiedene Frau des damaligen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi<sup>30</sup>. Da satzungsgemäß die „Zuwendungsgeber“ BMA und BMFT der Auswahl des/r Geschäftsführers/in zustimmen mussten, hatten das BMFT-Fachreferat und andere bereits vorher auf verschiedenen Ebenen der Ministerien dafür geworben, den Wissenschaftlern die eigene Entscheidung über die Auswahl des Stabes zu ermöglichen, schon allein deswegen, um den ehrenamtlich tätigen Wissenschaftlern die Ausrede zu verlegen, bei den allerersten Schwierigkeiten die Schuld auf einen unfähigen Stab zu schieben, der ihnen von der Bürokratie aufoktroziert worden sei (AI-Vorlage BMFT-Fachreferat vom 18.11.1991). Aber eine Entspannung hinsichtlich der „Warnungen“ aus der oberen Bürokratie trat nicht ein. Dabei hatten die umfangreichen Sondierungen über die Vergangenheit der Kandidatin unter der Beteiligung vieler, angefangen vom Leiter der offiziellen Koordinierungs- und Aufbau-Initiative in den NBL e.V.(KAI) – der Abwicklungsorganisation für die AdW - bei der Auswahlkommission (obige Vorlage vom 18.11.1991 und an den Staatssekretär vom 17.1.1992 S.5) bis zu einer „Instanz“ für solche Fragen unter den Dissidenten, Joachim Fischbeck, keine automatischen oder auch nur gravierende Ablehnungsgründe zu Tage gefördert (Frau Gysi war im Jahre 1988 Mitglied der Parteileitung des ISS geworden, zu einer Zeit also, als gerade in der Wissenschaft die „Reformer von innen“ anfangen untere Funktionen zu erklimmen, und sie wurde nach der Wende einstimmig zur Vor-

---

<sup>30</sup> Die detaillierten Angaben zu Personen widerstreben einem und werden von manchem vielleicht heute als unpassend empfunden. Damals allerdings wurde darüber ohne Zögern schlicht geschwätzt. Sie sind hier nötig, um die damalige Situation und die Instrumentalisierungen deutlich machen zu können. Deswegen habe ich die Betroffenen um Einverständnis gebeten.

sitzenden des Wissenschaftlichen Rates des Instituts gewählt. Fakten, die im Allgemeinen nicht negativ gewertet wurden).

Die Situation schien sich zu entschärfen, nachdem im letzten Moment ein Westberliner vom gefragten Typus des *adventurous entrepreneur in science*, Dr. Friedrich Hauß aufgetaucht war, den der Vorstand zusammen mit Gysi unter Zustimmung beider zum „Gespann“ machen wollte, gleichberechtigt oder alternierend und schließlich sogar mit alleiniger Geschäftsführung durch Hauß. Die Überprüfungsmaschinerie der Bürokratie war inzwischen langsam auf Touren gekommen und fixierte sich auf die Frage, ob im Sinne des Anfang 1992 in Kraft tretenden Stasi-Unterlagengesetzes, das die Überprüfung auf bestimmte privatrechtlich organisierte Institutionen erweiterte, ein stellvertretender Geschäftsführer der untypischen „Einrichtung auf Zeit“ KSPW als „leitender Angestellter einer juristischen Person“ anzusehen sei. Tendenz der Zuständigen war: Eher nicht. Eine besondere Anfrage von hoher Stelle bei der KAI zur Bewertung der früheren Funktionen von Frau Gysi führte zum Ergebnis, dass „es keinen objektiven Grund gibt, einen Einsatz von Frau Gysi in leitender Funktion bei der KSPW-Geschäftsstelle abzulehnen“, vorbehaltlich „integre Zeugen oder Gauck-Ergebnisse beweisen eine aktive Propagierung des SED-Regimes“ (Vermerk Bötsch KAI vom 19.1.1992).

Es bleibt irgendwo ein Rätsel, allenfalls aus der Ängstlichkeit und zugleich Selbstgerechtigkeit dieser Zeit zu erklären, warum von oben weiter gebohrt wurde, denn die Beamten Ebenen schreckte doch, dass der Anschein von „Sippenhaft“ erweckt werden könnte (Aktennotiz des UAL BMFT bereits Anfang Oktober 1991). Doch der Parlamentarische Staatssekretär (PSt) des BMA Horst Günther MdB lehnte mit Schreiben vom 18.12.1991 an sein Gegenüber im BMFT Bernd Neumann MdB die Bestellung Gysis auch nur zur stellvertretenden Geschäftsführerin ab. Die Sache zog sich hin bis zu einem *Gespräch bei PSt Neumann (BMFT) am 28.1.1992*, bei dem man aus der Wissenschaft zu bedenken gab, dass in der „Bild“-Zeitung die Namen Gysi und Minister Riesenhuber böswillig nebeneinander stehen könnten, worauf der Politiker erwiderte, ihm sei auch nicht angenehm, wenn der BMFT in Verbindung mit Sippenhaft im „Spiegel“ vorkomme. Als die erschienenen Wissenschaftler Kaase, Bertram und Trommsdorff mitteilten, auf die Mitarbeit von Frau Gysi generell verzichten zu wollen, reagierte der Politiker professionell: Ein Problem weniger! Denn damit war der Vorbehalt des BMA gegenstandslos. Der beim selben Termin mitgeteilte Rücktritt von Lutz vom Vorsitz „aus Gesundheitsgründen“ (genauer später IX. S. 38 und XII S. 55) interessierte die Politik anscheinend kaum, formell weil BMFT sich traditionell nicht in die wissenschaftliche Selbstorganisation einmischte, wo sie einmal zugestanden war.

## VIII. Der Start der Arbeit trotz interner Wirren

Doch nochmals in den Herbst 1991 zurück zum In-Gang-Bringen der eigentlichen Arbeit unter dem Vorsitz von Lutz.

Bertram hatte noch im September in seiner auch später den fragilen Zusammenhalt des Vereins schonenden Art ein Programm redigiert, das im Unterschied zum DFG-Programm vom Januar 1991 (siehe unter IV) nicht den akademischen „Test von Theorien“ (Originalton des DFG-Programms) in den Vordergrund stellte, sondern fast unterkühlt feststellte: „Da für solche Prozesse gegenwärtig keine allgemein gültige Gesellschaftstheorie vorliegt, orientiert sich die Kommission sehr pragmatisch an den folgenden fünf ‚Arenen‘<sup>31</sup>, in denen Steuerungsmechanismen gesellschaftlicher Prozesse und soziale Probleme leicht lokalisiert werden können“ (Programmentwurf der KSPW Herbst 1991 Ms. S. 3).

Das traf sich mit dem ebenso nüchternen Appell von Lutz bereits auf der WZB-Konferenz im November 1990 (s. Fn 2, Zapf/Thurn 1990 S.31ff.), die DDR-Wissenschaftler daran zu messen, was sie mit ihrer genauen Kenntnis der Ausgangsverhältnisse und engen Vertrautheit damit als wissenschaftlichen Beitrag zur Lösung der Probleme des Umbruchs und seiner Folgewirkungen bieten können statt - vermutlich vergeblich - mit hängender Zunge der stark von Problem- und Themenmoden beherrschten wissenschaftlichen Debatte im Westen hinterherzulaufen.<sup>32</sup>

Zunächst musste die grundsätzliche Einigkeit aber heruntergebrochen werden auf Arbeitspakete und -gruppen mit Installierung der ersten verantwortlichen Steuerungsteams aus West und Ost. Dafür war die *Klausur* im Gästehaus der AdW in *Zeuthen* am 25./26. November 1991 gedacht. Angesichts des Zeitdrucks und der Kommunikationsprobleme – es gab damals ja noch keine e-mail und der Osten

---

<sup>31</sup> Den Begriff führte Lepsius ein. Die Arenen waren die offenkundigen: Markt, Betriebe, Arbeit/Staat, Verwaltung, Recht/Politik, intermediäre Organisationen/Medien, Öffentlichkeit/Haushalt, Familie, individuelle und gemeinschaftliche Lebensformen.

<sup>32</sup> Das unleugbare Faktum, dass allein westliche Maßstäbe die weitere wissenschaftliche Karriere bestimmten, ließen Lutz S. 34f. freilich zugleich qualifizierende Nachwuchsprogramme mit langem Atem fordern. Schwerlich miteinander vereinbare Anforderungen, denen sich jüngere Wissenschaftler im Osten eigentlich am besten ganz entzogen, indem sie in diesen entscheidenden Jahren von der deutschen Bühne verschwanden und den Blick von außen einübten, wie es etwa Heike Solga stupend nach ihrer Rückkehr vorführte (auf der Konferenz „Einheit und Differenz“ der MPG-Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den NBL an der HUB am 3.10.1996). Ihre Kritik der Datengrundlagen, auf die sich die Größen der Sozialwissenschaften jeweils stützten und verließen, veranlasste mich damals zum spontanen Finanzierungsversprechen einer eigenen Plattform für die „jungen Wilden“ zur Kritik der Exkulpation der Forschung mit unzureichenden „verfügbaren Daten“ (Längsschnitt-Werkstatt Berlin-Brandenburg LWBB als „kritisches Forum zu den Großinstrumenten wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Datenerhebungen“). Als Produktbeispiel: J. Schupp u.a. Hrsg.: Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion. Berlin: edition sigma 1998 (Konferenz Oktober 1997).

war zuverlässig nur per Fax zu erreichen - konnte man beim explodierenden Interesse im Westen und großen Erwartungen im Osten nur damit reagieren, die Klausur zum „Heiratsmarkt“ zu erklären (so Einladung durch BMFT vom 3.11.1991). Es gehört dann offenbar in der selbstverwalteten Wissenschaft unvermeidlicherweise dazu, dass wilde Kooptationen nach Themeninteressen ohne irgendeine Rücksicht auf die Ziele und Vorarbeiten stattfinden und so zum Teil ein krasser Rückfall in disziplinäre Unkultur aufgeführt wurde. Darin war man zuhause und stürzte sich „wie gewohnt“, wie mir damals ein DFG-erfahrener Teilnehmer zur Beruhigung sagte, in einen hemmungslosen Streit der Disziplinen um den finanziellen Anteil am Kuchen für die eigene Ecke. Der Laden war am Auseinanderfliegen als auch noch der BMA bestimmen wollte und schließlich schaffte, dem vom BMA allein ausgesuchten und zudem zunächst abwesenden Wissenschaftler K. D. Fröhner eine eigene Arbeitsgruppe zum Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verschaffen. Da jedes Team Ostwissenschaftler umfassen sollte, entstand zudem ein buntes Maskentreiben von einander weitgehend Unbekannten. Schließlich wurden aber doch 11 Arbeitsgruppen mit den Teams der Verantwortlichen zusammengestellt, unter denen sogar führend ein paar Osis waren<sup>33</sup>. Sie lieferten

---

<sup>33</sup> Arbeitsgruppen der KSPW: 1. Arbeit, Technik, Betrieb (Rudi Schmidt – Sprecher-, Karin Lohr, Joachim Bergmann, M. Schumann/ Volker Wittke). 2. Arbeitsmarkt (Jürgen Kühl – Sprecher-, H. G. Mendius, Hedwig Rudolph, H. M. Nickel, Jürgen Wahse). 3. Normative Regulierung von Arbeit (Wera Thiel – Sprecherin-, Manfred Deiss, Wolfgang Hromatka, Frieder Naschold/ Ulrich Jürgens). 4. Arbeits- und Gesundheitsschutz (K. D. Fröhner, Karl Kuhn). 5. Prozesse und Ergebnisse individueller Verarbeitung von Transformationen im Lebenslauf /Lebensorientierung, -führung und -lagen (Ulrike. Six bis 6/92, dann Stefan Hormuth – Sprecher-, H. Sydow, H.-D. Schmidt, W. Kühnel, W. Mühler, G. Lehwald, Gisela Trommsdorff, W. Heinz, K. Hurrelmann, H. Keupp. Stefan Hradil richtete Mitte 1992 noch eine Arbeitsgruppe Lebensstile ein, die eng mit der folgenden zusammenarbeitete). 6. Sozialpolitik, soziale Ungleichheit (Gerhard Kleinheinz, Richard Hauser und Stephan Leibfried als Sprecherteam, Horst Berger, Elvir Ebert, K. P. Schwitzer, Peter Voigt, Rolf Heinze, Barbara Riedmüller.). 7. Parteien und Verbände (Oskar Niedermayer – Sprecher-, von Beyme, Willy Koch, Hiltrud Nassmacher, Rosemarie Will, dann kooptiert Oscar W. Gabriel, Dieter Segert, Helmut Wiesenthal). 8. Verwaltung und Kommunalpolitik (F. U. Pappi – Sprecher-, H. Wollmann – stv. Sprecher-, H.-U. Derlien, Klaus König, Wolfgang Seibel, H.-G. Wehling, H. Wollmann und Roggemann, der aber später einen Gesprächskreis Recht gründete). 9. Bildung und Erziehung (Hans-Joachim Kornadt – Sprecher-, H. Fend, O. Anweiler, Artur Meier, ursprünglich auch H.-G. Peisert und Röder). 10. Sozialberichterstattung mit großen Datensätzen (Wolfgang Glatzer – Sprecher-, G. Wagner SOEP, Best IZ, Ludwig ZA, Michael Haeder ISS/ZA. in weitgehender Identität mit der DGS-Sektion Sozialindikatoren, die allerdings laut Scheuch s. IX zurückweist, Datenlieferant der KSPW zu sein). 11. Regionalisierung (Joachim Genosko und Peter Voigt – Sprecher -, Walter Müller, Willy Koch, Anita Pfaff/Ernst Kistler, Mieht mit der zusätzlichen Aufgabe der Auswahl regionaler Forschungsfelder als Syntheseprinzip für die Erschließung und Zusammenführung der übrigen Arbeiten – wenn man so will nach dem Vorbild der berühmten „Marienthal-Studie“ von Jahoda/Lazarsfeld 1933. Nicht alle der aufgeführten Namen waren dann wirklich aktiv.

Mitte 1992 kam noch ein Gesprächskreis Transformationstheorie unter Leitung von Johannes Weiß hinzu.

(Zusammenstellung unter Einschluss des KSPW-Jahresbericht 1992 Graue Reihe Nr.002). Die Liste ist personell und sachlich interessant im Vergleich mit dem sachlichen und personellen Zuschnitt der späteren Fördersektoren und den Berichtsgruppen.



innerhalb von Tagen ihre konkreten Arbeitspakete, die sie in Halle dann vorstellten.

Der Vorsitzende Lutz erinnerte in seiner „Skizze einer Philosophie“ der KSPW (Ms. 8 Seiten), die mit der Satzung und der Wissenschaftsrat-Empfehlung zur öffentlichen Auftaktveranstaltung am 9. Dezember 1991 in Halle breit verteilt wurde, wieder deutlich an die in der Satzung klar festgelegte Mehrfachfunktion der KSPW zur gleichzeitigen Realisierung, also

- an die wissenschaftliche Aufgabe, möglichst zeitnah und systematisch, mit detaillierter Deskription, Dokumentation und typisierender Beschreibung in komparativer Absicht die Probleme des Wandels zu untersuchen,
- an die politikberatende Aufgabe, sich „ohne nennenswerte Beeinträchtigung ihrer wissenschaftlichen Zielsetzung“ dem Druck zu stellen, politischen Steuerungsbedarf aufzuzeigen, und
- an die forschungspolitische Aufgabe, den SozialwissenschaftlerInnen im Gebiet der ehemaligen DDR zu helfen, „neue, überlebensfähige und produktive Forschungsstrukturen aufzubauen“.

Hellsichtig waren seine Bemerkungen zu kommenden Schwierigkeiten der Arbeit:

- Grenzen der Übertragbarkeit von im Westen erprobten Ansätzen und Theorien,
- darin begründete Unfähigkeit der Wissenschaft, der Politik ‚aus dem Stand‘ zuverlässig begründete handlungsanleitende Analysen zu liefern,
- Diskrepanzen zwischen den Kompetenzprofilen der ostdeutschen Forscher und dem Spektrum der dringenden Fragen, von denen er die auch für den Westen neuen Felder abrupter Transplantation gewachsener Systeme rechtlicher Normierung und die wirtschaftliche und soziale Struktur des flachen Landes hervorhob.

Vier Arbeitsprinzipien, die zur Bescheidenheit und Konzentration anhalten sollten, nannte Lutz:

- Sehr hoher Vorrang des Einsatzes der knappen Mittel zugunsten der Förderung von WissenschaftlerInnen aus und in den neuen Ländern, auch unter Nutzung der möglichen ABM-Finanzierung, um damit Gelder für eine intensive methodisch-inhaltliche Betreuung durch West-Forscher freizumachen.
- „Subsidiarität“ der KSPW-Forschung gegenüber anderswo laufenden Erhebungen und Arbeiten, aber Zusammenführung und Ergänzung mit dem Ziel, sich als Plattform und Clearingstelle für einen möglichst großen Teil einschlägiger Forschung zu etablieren<sup>34</sup>.

---

<sup>34</sup> Paradoxerweise ist diese subsidiäre „Lückenfüllerrolle“ beim Koordinator des unter IV beschriebenen parallelen DFG-Programms Hartmut Esser auf heftige Abwehrreaktionen gestoßen. Er unterstell-

- In vorsichtiger Distanz zu Zeuthen Begrenzung der thematischen Schwerpunkte und Arbeitsgruppen nach dem Prinzip der Subsidiarität und Komplementarität, um damit die Mobilisierung der West-Forscher jenseits der gewohnten gutachterlichen Instanz für aktive Anleitungs- und Unterstützungsstrukturen zu den von ihnen initiierten Vorhaben zu erreichen.
- Regionale Bündelung der Erhebungen verschiedenster Arbeitsgruppen und Anbindung an die neuen Hochschulfakultäten, wie es Bertram von Anfang an vorgeschlagen hatte.

Bei der großen „Auftaktveranstaltung“ am 9. Dezember 1991 in Halle trugen Staatssekretär Tegtmeier BMA und der zuständige Abteilungsleiter Strub BMFT ermunternd das Übliche vor und stellten sich hinter das Projekt. Kaase als Abgesandter des Wissenschaftsrats äußerte zwar keine Bedenken gegen die Konzeptänderung, erwähnte sie aber auch nicht ausdrücklich oder stützte sie öffentlich, was er aber intern durchaus tat (s. oben VI; Aktennotiz AI BMFT vom 9.10.1991). Bleibender Eindruck der Konferenz war, wie aus den ganzen neuen Ländern Hunderte Sozialwissenschaftler zusammengeströmt kamen und welch stumme Erwartungen in den Gesichtern standen. Die dortige Bekanntmachung der ersten Ausschreibung von sogenannten Kurzstudien (max. 25000 DM Förderung) fand mit ca. 700 Anträgen aus den neuen Ländern ein riesiges Echo, von denen 180 positiv bewertet wurden und am 24.3.1992 im Forschungsausschuß der KSPW (dem satzungsmäßigem Entscheidungsgremium aus Vorstand, Arbeitsgruppensprechern und Zuwendungsgebern) bewilligt wurden; eine außerordentliche Leistung des Geschäftsführers Fr. Hauß und der engagierten Wissenschaftler<sup>35</sup>. Es gab so etwas wie eine Aufbruchstimmung.

Das anfangs umstrittene, von Lutz durchgesetzte Instrument der Kurzstudien zur Sichtung des Potentials war eine bald von allen akzeptierte „gelungene Idee für den Start“, die genannten Änderungen des ursprünglichen Wissenschaftsrat-Konzepts böten eine „dynamische Konkretisierung“ und „mehr Flexibilität als das angedachte Institut“ (Wiedergabe des Echo in BMFT-Ministervorlage vom

---

te Lutz ein „Erdrücken“ durch eine intendierte Oberrolle der KSPW (Brief Esser an BMFT vom 17.12.1991; Antwort vom 10.3.1992). Man kann dies nur verstehen als typische Erscheinung des deutschen gewachsenen Wissenschafts-„Systems“ von eifersüchtig bewachten Eigenständigkeiten, die verhindern, unter Wahrung der Entscheidungsfreiheit der beteiligten Organisationen die verschiedenen Planungen und Arbeiten auch nur in Beziehung zu setzen oder gar gemeinsam strategische Fragen aufbereiten zu lassen, wie es später eine eindruckliche Erfahrung mit den sog. Werner-Reimers-Konferenzen belegte. Neuerdings gibt es Lichtblicke: Der Wissenschaftsrat empfahl dafür die Einrichtung eines „Forum für Forschungsförderung“, welches mit diesen Irrationalitäten aufräumen könnte (Strategische Forschungsförderung. Beschluss vom 23.5.2003 Drs.5654/03 S.74).

<sup>35</sup> Dies ohne funktionierende Geschäftsstelle, deren Fehlen ansonsten unmöglich machte, ca. 1000 Anträge/Anfragen aus dem Westen auch nur zu erfassen; ein unintendiertes aber wirksames Signal der Ausrichtung der KSPW (KSPW-Jahresbericht 1992 S. 8, 10). Erst Ende Januar 1992 kam eine neue Personalaussschreibung nach der revozierten ersten zustande.

30.1.1992 S.1) und die Forschungsaufträge, finanziell zudem teils in Ergänzung zu ABM, anstelle von Anstellungsverträgen erhöhten die Reichweite des Instruments KSPW. In und nach der Sitzung des Wissenschaftsrats vom 24.1.1992 fand das neue Konzept keinen direkten Widerspruch mehr<sup>36</sup>. Darüber hinaus hatte Lutz Erfolg bei der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Suche nach weiteren Geldgebern: Das Land Sachsen-Anhalt schloß unter Anerkennung der Unabhängigkeit der KSPW einen Rahmenvertrag über Forschungsfragen für das Land in Höhe von 1.5 Mio DM; es blieb leider das einzige Land. Die neuen Länder machten die KSPW und deren Aufgaben nicht zu ihrer Sache.

Trotz der positiven Schritte, die dem Versprechen der Handlungsfähigkeit in letzter Minute vor der AdW-Schließung gerecht wurden, wurde man als Akteur im BMFT etwa ab der Jahreswende 1991/92 das Gefühl nicht los, das gesamte Vorhaben unterliege wachsendem Misstrauen. Dauernd wurden unerklärliche Nachfragen gestellt und wichtige Gesprächspartner wichen verbindlichen Aussagen aus. Die Arbeitsebene des mitfinanzierenden Ressorts BMA baute nach dem politischen Einspruch gegen Gysi überall bürokratische Hürden auf, die ohne an sich unzulässige, weil Hierarchien durchkreuzende Kontakte zum Grundsatz-Abteilungsleiter des BMA zur Blockade geführt hätten. So wurde mit einmal die Erstattung für den Vorsitzenden Lutz zum Problem, wo doch völlige Einigkeit auch mit dem Wissenschaftsrat bestand, dass zumindest für die Anfangszeit ein Vollzeit-Engagement vor Ort und deshalb Finanzaufwendungen dafür erforderlich waren. Nun wurde das Ehrenamtsprinzip hochstilisiert, auch seitens BMA, der zuvor den Vorsitz von Lutz als einem politikerfahrenen pragmatischen Vermittler zwischen den Ressortinteressen und den Freiheitsinteressen der Kommission sehr begrüßt hatte. Dabei wurde beim zunächst abstrakt geführten Streit ein sophistischer Unterschied gemacht zwischen einer ehrenamtsverträglichen Erstattung für eine Lehrstuhlvertretung an der Heimatuniversität und unzulässiger direkter Erstattung oder Vergütung. Gleichzeitig wurden aus dem KSPW-Vorstand nicht gerade geringe pauschale Aufwandsentschädigungen für besoldete Professoren als Vorstandsmitglieder gefordert<sup>37</sup>. Das passte nicht zusammen, zeigt also

---

<sup>36</sup> Mit Schreiben BMFT-Fachreferat an den Generalsekretär des Wissenschaftsrats vom 2.12.1991, vielen Vorlagen und Gesprächen der beteiligten Wissenschaftler mit dem Wissenschaftsrat wurden die Änderungen erläutert, so dass in der Sitzung des Wissenschaftsrats keine Bedenken mehr geäußert wurden, sondern im Gegenteil beim Gespräch von PST Neumann mit Kaase u.a. am 28.1.1992 die „Dynamisierung“ des ursprünglichen Konzepts gelobt wurde (auch Ministervorlage BMFT vom 29.1.1992 S. 2). Hingegen tauchte in höheren Rängen wieder die Befürchtung auf, Lutz wolle eine „Rückkehr zur KOSOPOWA“, was wohl eine Politisierung statt reine Wissenschaft meinte (Mitzeichnung des Abteilungsleiters BMFT auf Vorlage vom 17.1.1992 S. 2). Zur Lösung des Rätsels siehe IX. St Ziller hielt dem Referatsleiter noch lange vor, er habe durch Abweichung vom Wissenschaftsrat die Sache verzögert (Notiz auf Vorlage an St vom 13.3.1992).

<sup>37</sup> Schreiben eines Vorstandsmitglieds an PSt Neumann vom 11.2.1992. Die Forderung war zusätzlich zu Reisekostenerstattung und Sitzungsgeldern, die jeder bekam. Zum Ganzen siehe St-Vorlage BMFT

Hintertreppenstrategien an, denn bei Lutz wäre eine direkte Erstattung nötig gewesen, weil er nicht besoldeter Hochschulprofessor war und natürlich sein eigenes, nicht grundfinanziertes Forschungsinstitut nicht hätte belasten können (St-Vorlage BMFT vom 17.1.1992 S. 8). Als Bertram dann bald neuer Vorsitzender wurde, sah er die Funktion als ehrenamtlich und passend zum angenommenen Ruf an die HUB an. Das BMFT bestand bei der sich bis März hinziehenden Einigung mit BMA dennoch darauf, dass die Option einer Vergütung offen gehalten wurde. Faktisch war aber damit die Ehrenamtlichkeit fixiert und zugleich endlich ein vorgeschobener Grund für die Verzögerung der ersten Bewilligung erledigt.

Die Vertragsschließung mit Geschäftsführer Hauß hatte sich auch übers Jahresende hinausgezögert, obgleich er schon tätig war, ohne Bezahlung und Verfügungsmittel. Als aufgrund dessen wegen des Bedarfs beim faktischen Arbeitsbeginn sogar benevolente private Darlehensgeber einsprangen, hätte es fast noch Disziplinarvorgänge gegeben (St-Vorlage BMFT vom 13. und 23.3.1992). Vielleicht waren alles nur Pressionsversuche, z.B. um der weiter drohenden Verweigerung der Anerkennung der separaten Arbeitsgruppe des von BMA gewünschten K.-D. Fröhner etwas entgegenzusetzen. Wahrscheinlich ging es auch gar nicht um Frau Gysi, sondern eigentlich gegen Lutz. Jedenfalls kamen viele unterschiedliche Motive und unerklärliche Stimmungen aufgrund durchaus gegensätzlicher, aber nicht offen ausgesprochener Interessen infrage, die zusammen ungutes Verzögern bewirkten.

## **IX. Übertragung wissenschaftsinterner Kämpfe in die Politik (Affäre Scheuch u.a.)**

Erst zum 1. April 1992 erfuhr ich als der zuständige Referatsleiter des BMFT von einem Papier von Erwin K. Scheuch vom 16. Dezember 1991 mit der Überschrift „KOSOPOWA. Die Antwort des Forschungsministeriums auf die Einheit“, das seither in den politischen Etagen, in einem Teil der Wissenschaft, später auch in der Presse zirkuliert war und schlagartig erhellte, worauf sich das Misstrauen von oben gründete. Ein vorsichtiger, aber doch persönlich fairer Vorgesetzter und ein Journalist steckten es mir zu.

Es war in der Tat ein Machwerk, bei dem mit Scheuch erkennbar sein unbezweifelbares polemisches Talent durchgegangen war (gegen das viele Betroffene

---

vom 13.3.1992 S.5, Protokoll der Einigung zwischen BMFT und BMA auf Abteilungsleiterebene vom 29.1.1992 mit Schreiben Al BMFT vom 4.3.1992.

„scheuch-immun“ wurden, womit man Trost zusprechen wollte), aber durch dessen damals noch gegebene Wertschätzung in konservativen Kreisen entfachte es unmittelbar Wirkung. Ein paar Auszüge:

- „Leitmotiv für die Arbeiten soll die Darstellung von ‚Transformationsprozessen‘ sein – ein Begriff der SED-Sozialwissenschaftler für den politisch geleiteten sozialen Wandel“ neben der „Hauptfunktion einer Beschäftigungsgesellschaft für abgewickelte Sozialwissenschaftler“. „Ziegler möchte die 6-8 Mio DM für Gehälter und Berichte festgelegt sehen. Primärforschung – also die Sammlung neuer Informationen – soll nicht Sache der KOSOPOWA sein“, d.h. „eine Minderung der Eignung der Sozialwissenschaften, neues und unabhängiges Wissen zu ermitteln.“
- „Die Arbeitsweise entspricht dem Typ der Forschungssteuerung....des früheren Forschungsministers Matthöfer....KOSOPOWA dürfte inhaltlich eine Fortführung des sozialwissenschaftlichen Teils von HdA (Programm Humanisierung des Arbeitslebens H.Z.) werden“. „Nach den Vorstellungen des Referatsleiters Ziegler ist KOSOPOWA eine Fortführung der vormaligen KOWI-SOWA“ (fälschlich KOWISO genannt, siehe oben V. H.Z.), für die Ziegler damals im Bundeskanzleramt zuständig gewesen sei.
- Damit werde „Ziegler an der Einbindung an die Hierarchie des Ministeriums vorbei zur ‚grauen Eminenz‘ für die aufzubauende Forschungsinfrastruktur aus abgewickelten DDR-Sozialwissenschaftlern.“
- „KOSOPOWA kontrolliert sich selbst. Die de facto-Kontrolle dürfte bei Herrn Ziegler liegen, der sich seinem Ministerium gegenüber auf KOSOPOWA berufen kann, gegenüber KOSOPOWA auf die Ansicht des Referats. Bei der bisherigen Auswahl von Vereinsmitgliedern und der Definition der Aufgaben.... verfuhr er selbstherrlich. Die zur Leitung ... ausgesuchten Sozialwissenschaftler sind teilweise von ministerieller Förderung abhängig, teilweise aus verschiedenen Gründen lenkbar. So wird hier versucht ein sozialwissenschaftliches Imperium ...aufzubauen: als Baustein im Gebäude einer linken ‚kulturellen Hegemonie‘“ (Peter Glotz, Gramsci).
- „Vorsitzender wurde Burkhardt Lutz, pensionierter Soziologie-Professor aus München und dem DGB zuzuordnen. Lutz’s letzter bekannt gewordener Beitrag war: ‚Der kurze Traum der immerwährenden Prosperität‘ 1984. Ein Leitmotiv der Analyse von Lutz war die Konzeption von Rosa Luxemburg, ‚das industriell-kapitalistische Wachstum‘ sei eine zerstörerische Landnahme nicht-kapitalistischer Milieus“.

Zuviel der Ehre und in völliger Verkennung des Selbstbewusstseins der beteiligten Wissenschaftler<sup>38</sup>, dennoch hat R. Mayntz in ihrer bewährt nüchternen Ge-

---

<sup>38</sup> In einer gereinigten Fassung vom 20.12., die Scheuch mir auf Nachfrage übersandte, ist manches weggelassen, vielleicht weil er selbst zum Ergebnis kam, den Wunderglauben seiner Leser überzustrapazieren.

schichte der AdW-Auflösung (Mayntz 1994a S.248 beruhend evtl. auf einer früheren Fassung von Scheuch DOC031291) diese „Imperiums-idee“ der Erwähnung würdig befunden. Es müssen damals ziemlich wirre Vorstellungen im Umlauf gewesen sein; auch bei Mayntz werden einige aufgrund von Interviews erwähnt, z.B. dass Lutz gegen andere für ein „inhaltlich bestimmtes Forschungsprogramm“ und für die Antragsmöglichkeit „westdeutscher Gruppen“ eintrat, was keine der erlebten Fronten richtig abbildet.

Die Erklärung für Scheuch's Ausfall ist vermutlich viel einfacher: Auf seine Nachfrage bei Kollegen, warum er nicht aufgefordert werde mitzumachen, wird man ihm kollegial bedeutet haben, „der Lutz“ oder „der Ziegler“ würden ihn ablehnen. Fakt ist stattdessen, dass er in der Anfangsliste der Arbeitsgruppe des WissRat (Schreiben Kaase vom 15.4.1991, siehe V.) nicht vorkam und auch nicht im Zuruf der vom WissRat benannten Teilnehmer des ersten Treffens am 28.6.1991 – ein Schicksal, das er mit mehreren teilte, um die es sich auch gelohnt hätte. Im Unterschied zu Wissenschaftsrat und BMA oktroyierte BMFT keine Namen, sondern versuchte den Selbstorganisationsprozeß zu fördern.

Nachdem sich der Dienstherr so lange nicht gegen die Verdächtigungen eines Beamten gewehrt, nicht einmal ihn angehört hatte, nahm ich die Sache lieber selbst in die Hand und sprach mit Scheuch ausführlich über die KSPW. Bertram, damals längst der neue Vorsitzende, schrieb ihm ebenfalls richtig stellend und lud zum Mitmachen ein, was Scheuch dann auch in der Arbeitsgruppe bei Glatzer tat<sup>39</sup>

Es wäre übrigens falsch, Scheuch generell einen ideologischen Kampf gegen die DDR-Sozialwissenschaftler zu unterstellen. Es gab auch Gegenteiliges: Er war einer der ersten, der das bereits erwähnte (s.IV S.10) BISS, die Ausgründung vom März 1990 durch Rolf Reißig aus der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED“, besuchte und dafür eintrat<sup>40</sup>, dass die aus dem SED-Vermögen für dessen Start verwendeten Darlehen gestundet oder gleich nicht zurückgezahlt werden müssen, weil ja das Parteivermögen im Interesse der neuen Länder zum Aufbau von Infrastruktur verwendet werden sollte. Im einzelnen war dies damals gesetzlich noch nicht ausgestaltet. Zur Infrastruktur zählte auch nach der Ressortmeinung des BMFT der Aufbau von gemeinnütziger Forschungsinfrastruktur und nicht nur reine Wirtschaftsförderung, ein alter Streitpunkt in der Bundesregierung. Deshalb konnte auch das BMFT-Fachreferat mit

<sup>39</sup> Schreiben Bertram vom 4. 5. 1992 und Antwort Scheuch vom 12. 5. 1992, in der er „viele Anfangsspekulationen, die als Gerücht in der Profession zirkulierten“, als „zunehmend unzutreffender“ bezeichnete.

<sup>40</sup> Freilich fehlte ihm dabei die Konstanz im menschlichen Eintreten für „Andersdenkende“ (vgl. z.B. Scheuch: Die Revolution muß erst noch kommen. In: Rheinischen Merkur/ Christ und Welt vom 14.9.1990 S. 4), die Zapf in allen diesen Personenfragen auszeichnete und z.B. in seinem Gutachten an die Treuhand vom 5.2.1992 zugunsten BISS überzeugend zum Ausdruck kommt.

Schreiben vom 5.2.1992 gegenüber der Treuhand dies Anliegen unterstützen. Deren Antwort vom 17.2.1992 ließ Sympathie erkennen; dennoch war dem kein Erfolg beschieden. Das zunächst vom Staatssekretär kritisierte Vorgehen des Referats wurde nach langer Prüfung im Hause jedoch nicht zurückgezogen (St-Vorlage BMFT vom 9.4.1992, gebilligt 21.5.).

Seine Wirkung hatte das Scheuch-Pamphlet aber Monate hindurch getan, vermutlich bis ins Parlament hinein besonders unter den ostdeutschen Abgeordneten mit Dissidentenhintergrund. Ohne diese „Stimmung“ wäre die Revolte gegen Lutz kaum gelungen, wenn es auch immer gegen starke und unerschrockene Persönlichkeiten, wie er und auch Frau Gysi zu sein schienen, Vorbehalte in der Zusammenarbeit gibt. Erst recht ist schwer vorzustellen, dass eine Revozierung der öffentlich gegebenen Unterstützung für Lutz als Vorsitzenden akzeptiert worden wäre, wie sie Kaase als „Bedenken gegen ihn von vornherein“ beim Gespräch mit PSt Neumann am 28.1.1992 formulierte (Ministervorlage BMFT vom 29.1.1992 S. 4; siehe auch unten XII). PSt Neumann legte Wert darauf, dass Lutz weiter im KSPW-Vorstand blieb (Mitteilung AI BMFT im Ressortgespräch mit BMA am 31.1.1992). So geschah es und es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, dass Lutz und der neue Vorsitzende Hans Bertram die Stützen der KSPW blieben, die sie schon vorher waren, nun in vertauschten Rollen und mit vornehm bruchlosem Übergang.

## **X. Vergangenheits- oder ‚Integritäts‘-Überprüfung aller**

Bei den Kriterien für die Anstellung des Stabs, also der wenigen arbeitsvertraglich bei der Kommission einzustellenden Personen, hatten sich BMA und BMFT schließlich auf die Benutzung des „Zusatzfragebogens“, das sog. Integritäts-Formulars geeinigt, das bei der arbeitsvertraglichen Beschäftigung von Wissenschaftlern in neuen Forschungseinrichtungen und im Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) verwendet wurde. Darin wird ein/e Bewerber/in gefragt, ob er/sie Stasi-Mitarbeiter/in waren oder eine Funktion in der SED oder sonst herausgehobene Funktionen im System der DDR innehatten (Beschluss der Wissenschaftsminister vom 19.9.1991). Bei den Einrichtungen im Bereich des BMFT gab es dazu durchaus Erfahrungen, in der Regel keine Pauschalurteile (z.B. bei der Integration der o.g. ITW-Gruppe im WZB) und die Verständigung, dass außer MfS-Mitarbeit weder einfache SED-Mitgliedschaft und auch nicht Parteifunktionen die automatische Ablehnung einer Person rechtfertigten, sondern im Einzelfall geprüft werden müsse, ggf. mittels einer sog. Integritätskommission.

Es lag nahe, diese Grundsätze für die untypische „Einrichtung auf Zeit“ KSPW hinsichtlich des arbeitsvertraglich anzustellenden Personals zu übernehmen.

Aber das war noch nicht genug. Der Wissenschaftsminister für Sachsen-Anhalt Frick hatte mit Schreiben vom 20./27.1.1992 an Minister Riesenhuber gefordert, dass bei der Vergabe von Forschungsmitteln, also auch ohne arbeitsvertragliche Bindungen eine Integritätsprüfung stattfinde. Er sei sich „wohl bewusst, dass es für die Kommission nicht einfach ist, diesen Vorstellungen Rechnung zu tragen. Es sollte aber der Wille dazu vorhanden sein“. Jeder aus dem Osten, der in irgendeiner Form im Bereich der KSPW mitarbeitete, ob ehrenamtlich oder mit Forschungsaufträgen, sollte also vorher gecheckt sein. Die Wissenschaftler sahen einen Widerspruch zum fachlich notwendigen Einbinden des Kontextwissens der DDR-Sozialwissenschaftler, ohne das Ausgangslage und Wandel kaum zu analysieren sein würden. Wenn die Prüfung aber von der Politik verlangt werde, dann wollten sie sich verständlicherweise freizeichnen und schoben sie auf den Staat. Der Apparat im BMFT neigte dazu, dies dem Land weiter zu schieben, aber bitte mit wenig Verwaltungsaufwand (Mitzeichnungen vom 1. und 13.3.1992 zum Antwortentwurf des Fachreferats BMFT, in dem der Vorschlag mangels Praktikabilität abgelehnt wurde; der Brief ging nie ab). Der Staatssekretär kritisierte, dass der Referatsleiter „offenbar zur Großzügigkeit neigt. Wir können doch nicht wollen, dass die ‚alten Kameraden‘ nun mit West-Geld an ihrem Geschichtsbild weiterstricken! Und dabei kommt es nicht auf die Höhe der Beträge an“ (Auftrag St vom 25.3.1992). Er schlug die Bildung einer Integritätskommission wie beim Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) vor, das die bereits genannte offiziöse KAI im Auftrag der Länder durchführte und das, wenn auch weitgehend vergeblich, die Überführung abgewickelter AdW-Mitarbeiter in Hochschulen zum Ziel hatte, also arbeitsvertraglichen Modellen folgte. Weder Argumente mangelnder Praktikabilität bei hunderten Forschungsaufträgen, die meist an Institute, Vereine oder ABM-Gesellschaften mit erheblicher Fluktuation, also nicht an Individuen vergeben werden, noch der Mangel an Kriterien und ggf. von deren Operationalisierung, auch nicht der Hinweis, dass Ressorts und andere Vergabestellen öffentlicher Gelder wie DFG ein solches Verfahren ablehnten, halfen angesichts der Aversion gegenüber den DDR-Gesellschaftswissenschaftlern, der „Intelligenzschicht des Regimes“. Man muss dem gegenüberhalten, dass zur selben Zeit in der „amoralischen“ Wirtschaftssphäre der Technologieförderung ein Stasi-Offizier im besonderen Einsatz (ObE) ohne akute Strafverfolgung nicht von der staatlichen Förderung ausgeschlossen war.

Eine damalige Diskussionsinitiative im BMFT dazu, freilich ohne Echo, möchte ich hier wiedergeben: „Wir können uns natürlich auf der Staatsseite aus lauter Vorsicht zurückhalten, in diesem Prozeß überhaupt und auch einmal positiv Stellung zu nehmen. Dann allerdings wären neue Initiativen von Sozialwissenschaftlern mit Lebensgeschichte in der DDR mit Sicherheit tot, bevor sie eine Chance



bekommen haben, sich neu zu definieren. Wollen wir wirklich nur aus Vorsicht abwarten, bis einmal alles „bereinigt“ ist? Von der Erfahrung nach 1945 her wissen wir doch, wie lange das dauern wird. Wenn wir bei der Sondierung über Menschen von den dazu Befragten verlangen, sie müssten „die Hand ins Feuer legen“, verlangen wir Unmögliches. Etwas Mut zum Differenzieren gehört in einer solchen geschichtlichen Lage zum Handeln. Wer nur Vorsicht und Mißtrauen pflegt, hat es freilich einfacher, sollte sich aber klar machen, dass er in Wahrheit alle undifferenziert in denselben Topf wirft, sie in eine negative Solidarität zurücktreibt. Die alte Generation der Intelligenzschicht kann man vielleicht macchiavellistisch übergehen, aber die zweite Generation – hier geht es um die 30 bis 55jährigen – kann man nicht abschaffen, nur weil sie in einem anderen System groß geworden ist. Das schlägt zurück“. Man war damit nicht allein, gerade im Wissenschaftsbereich nahmen die Stimmen auch im Westen zu, die Differenzierung statt „Hexenjagd“ forderten (so z.B. Erichsen als Präsident der Hochschulrektorenkonferenz in: Berliner Morgenpost vom 6.7.1992 S.4).

In dem am 30.3.1992 konstituierten Kuratorium, dem Aufsichtsgremium der KSPW, fassten die anwesenden ‚eminent scientists‘ (Bolte als Vorsitzender, Buttler, Kaase, Lepsius, von Maydell; die Benennung „gleichrangiger“ Ostwissenschaftler hatte man auf später verschoben) gegen die Vertreter der Ministerien aus Bund und Ländern den Beschluß, mit dem Vorstand der KSPW nach Bonn zu reisen, um einen Verzicht auf die Forderung nach Integritätsprüfung zu erreichen. Das Gespräch des Vorstands am 22.5.1992 bei Staatssekretär Ziller verhalf schließlich zur Einsicht, dass es keinen praktikablen Weg gibt, die normalen Klienten der KSPW (Institute, e.V., GmbH etc.) mit rechtlich zulässigen und folgenbewehrten Methoden auf „Integrität“ zu überprüfen; eine mühsam errungene Einsicht, die endlich ermöglichte, die bereits seit März bewilligten „Kurzstudien“ zu finanzieren, aber das Wirken der KSPW nicht lange erleichterte.

## **XI. Der Geldhahn wird im Parlament zuggedreht / Vier Schlachten**

Die *erste* Irritation durch die mächtigen Haushaltsberichterstatter lag noch kein Jahr zurück (siehe oben VII), ging aber glimpflich aus, weil die Bundesregierung im Sommer 1992 wieder die Aufstockung für 1993 auf je 4 Mio DM in den Einzelplänen von BMA und BMFT versprochen und auch eingesetzt hatte. Bertram hatte seine guten Verbindungen genutzt und sogar einen unterstützenden Brief des Vorsitzenden der CSU, des Bundesfinanzministers Waigel erreicht (Brief an Bertram vom 16.7.1992).

Doch ohne jede Vorwarnung verkündete der Berichterstatter zum Einzelplan (EPl.) 11 des BMA Diller MdB(SPD) am 15. 10. 1992 im Haushaltsausschuß, die Laufzeit der Finanzierung der KSPW werde nicht, wie von Wissenschaftsrat und Bundesregierung vorgeschlagen, bis 1996 vorgesehen, sondern zumindest für den BMA-Anteil bereits 1994 beendet („kw 1994“). Der ostdeutsche Haushaltsberichterstatter für EPl.30 des BMFT Schnell MdB(SPD) übernahm den Antrag und Austermann MdB(CDU) trat dem bei. Einvernehmlich wurde so beschlossen (Protokoll der 48.Sitzung des Haushaltsausschusses vom 15.10.1992 S. 73). Sofort trat der Sachverständigenrat des BMFT für Sozialwissenschaften unter Vorsitz von Bolte zusammen und bat PSt Neumann um Intervention, die dieser in Schreiben an den Hallenser Abgeordneten Lischewski MdB(CDU) und an die Haushaltsberichterstatter MdB Austermann, Zywiets (FDP) und Schnell (SPD) umsetzte. Die Hauptargumente für die Wiederherstellung der Laufzeit bis 1996 waren:

- Die KSPW sei angesichts des schleppenden Aufbaus der Hochschulen das wichtigste Instrument zum Wiederaufbau der Sozialwissenschaften mit Einbeziehung geeigneter Wissenschaftler aus den neuen Ländern,
- Der ehrenamtliche Einsatz einer großen Anzahl westlicher Professoren würde nutzlos und desavouiert. Die Arbeit würde ohne Perspektive sofort zusammenbrechen,
- Es wäre widersinnig, ausgerechnet ein Instrument der Integration zum Opfer von Sparbemühungen zu machen und ein Negativsignal für den Standort Halle dazu.

Auch in dieser *zweiten* Runde gelang die Korrektur nicht mehr direkt, im Bundeshaushalt 1993 stand das Ende der KSPW für Ende 1994. In der Hektik der Abschlussberatungen des Haushaltsausschusses – am 11.11. 1992 war bereits das Ende mit der sog. Bereinigungssitzung - muß man auch Glück haben, damit Interventionen überhaupt noch rechtzeitig zur Kenntnis genommen werden.

Der BMFT gab jedoch nicht auf – das ist das Verdienst von PSt Neumann – und auch ich versuchte, mit der Erfahrung eines früheren Ministerbüroleiters, der die verletzende Sprachlosigkeit der dezisionistischen Prozedur des mächtigen Haushaltsausschusses vor allem dem Zeitdruck geschuldet wusste, dennoch Hoffnung zu verbreiten und rechtzeitig die Schlacht für die nächste, die *dritte* Runde vorzubereiten, also eine breite Front zugunsten der KSPW zu mobilisieren, was auch eine bessere öffentliche Sichtbarkeit der Kommission verlangte. Der Vorstand zog voll mit, so dass erstaunlich wenig Frust auf die eigentliche Arbeit durchschlug.

Bereits am Jahresanfang 1993 schrieb Minister Riesenhuber an seinen Kollegen Blüm. Vier weitere Briefe zwischen den Ministern und ein „Chefgespräch“ mit

dem Bundesfinanzminister, die „oberste Etage“ für Streit unterhalb des Bundeskabinetts, folgten bis zum Sommer 1993, ein eigentlich unglaublicher Aufwand für die Erhaltung einer in Bonn doch recht unbekannten wissenschaftlichen Kommission mit gerade mal 6 Mio DM/a. Riesenhuber gewann wohl Blüm mit der Aussage, „mittelfristig erweise es sich als Vorteil, dass wir dem Wissenschaftsrat gefolgt sind in einer auf die Selbstorganisation der Wissenschaft setzenden Struktur der Kommission, die zunächst langsamer auf den akuten Bedarf der Ressortforschung reagiert“, aber als „nahezu einzigem Instrument neben ABM zum Aufbau einer dem Westen vergleichbaren Forschungslandschaft in den Sozialwissenschaften (führt), die von Hochschulen über gemeinnützige Forschungseinrichtungen bis zur Auftragsforschung reichen muß“. Die Charakterisierung der Zielsetzung als „vernetzte Sozialberichterstattung mit Anwendungsbezug“ taucht wohl dort erstmals in einem Ministerschreiben auf (Schreiben Riesenhuber an Blüm vom 7.1.1993 und Antwort Blüm vom 8.2.1993; mehr dazu unten XV.).

Nach dem Ministerwechsel im BMFT zu Bundesminister Wissmann bekräftigte dieser die Wiederherstellung der Laufzeit der KSPW bis 1996 und sogar die Aufstockung auf die ursprünglich vom Wissenschaftsrat geforderten 4 Mio DM/a (Schreiben an BMA vom 20.4.1993). Als kurze Zeit danach der ostdeutsche Abgeordnete Paul Krüger Minister, also BMFT wurde, erreichte er in einem Chefgespräch mit dem Bundesfinanzminister die Wiederherstellung der Laufzeit bis 1996 und dann den gleichen Schritt bei Minister Blüm für dessen Haushalt, allerdings nur für 3 Mio DM/a (Schreiben vom 8.7.1993 an Blüm, Antwort Blüm vom 15.7.1993, in der er „sichtbare Ergebnisse für die Lösung arbeitsmarktpolitischer Problemstellungen im Vereinigungsprozeß“ anmahnt). Ich denke, dass innerhalb der Bundesregierung mehr als Einsicht in der Sache eine Rolle gespielt hat, dem neuen Minister, wenn er es denn wünscht, in seiner Heimat keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten.

Danach ging es darum, die wichtigen Abgeordneten zu überzeugen, die natürlich das wiederholte Aufbegehren der Exekutive gegen ihre Souveränität nicht schätzten. Um Sparnotwendigkeiten ging es dabei mit Sicherheit nicht, entgegen der späteren vornehmen Vermutung von PSt Neumann in der Fragestunde des Bundestags am 13.11.1996, in der er zugleich die „feste Meinung der Bundesregierung“ hervorhob, mit der sie „dem Wunsch von Abgeordneten des Haushaltsausschusses (auf Beendigung bereits nach 2 oder 3 Jahren H.Z.) erfolgreich entgegengetreten ist“(BT-Protokoll der 137. Sitzung S.12286 D)<sup>41</sup>. Im selben Jahre

---

<sup>41</sup> Der Fragesteller Stephan Hilsberg MdB (SPD) lobte die Ergebnisse der KSPW als „ausgesprochen wertvoll und seriös“. Sie würden die These von den „blühenden Landschaften“ Lügen strafen. Ob die Regierungskoalition deshalb die Arbeit der Kommission habe früher abbrechen wollen, war seine Frage (S. 12286 B). Bekannt war er als Mitglied der Enquetekommission des Bundestages zur SED-Diktatur ansonsten eher als gnadenloser Aufspürer von überall vermuteten „alten Seilschaften“, besonders skeptisch gegen Gesellschaftswissenschaftler.

1993 wurde nämlich ohne Antrag des BMFT auf Initiative von Haushaltsausschussmitglied Austermann MdB derselbe Fördertitel Sozialwissenschaften, aus dem die KSPW finanziert wurde, um Millionen erhöht für das so genannte Teleskopie-Projekt „Gesellschaftliche Folgen des Fernsehens“ des INFAS- Instituts, über das die Presse später berichtete, „die Auftragsarbeit solle wichtige Erkenntnisse zum Machterhalt in der Fernseh-Demokratie liefern“ (DER SPIEGEL Nr.33 vom 5.8.1994 S.16 „Kohls gläserne Zuschauer“). Auch für die KSPW wichtige Wissenschaftler nahmen daran interessiert Anteil (Brief des Autors an Kaase vom 14.7.1993 S.2).

Unermüdlich informierte, im Empfinden der Adressaten vielleicht sogar „bombardierte“ ein beachtlicher Teil der Wissenschaftler Öffentlichkeit und Abgeordnete mit immer wieder neu verfassten Argumentationspapieren über die Bedeutung der KSPW. Manche Wissenschaftler wie Klaus König auch durch verschwiegene Gespräche in den corridors of power. Die Presse nahm noch wenig Notiz, denn fertige wissenschaftliche Ergebnisse konnte es erst nach längerem Anlauf geben und die Kommission tat sicher recht daran, sich nicht in den ohnehin stattfindenden Wettlauf um (Schreckens-)Schlagzeilen einzuklinken. Bertram schrieb besonders an die Haushaltsberichterstatter und erhielt auch eine Antwort von Austermann MdB mit der Mitteilung der Verkürzung des Regierungsvorschlags um ein Jahr auf nunmehr Ende 1995. Das reiche, „um auch ein menschlich zumutbares vernünftiges Auslaufen der Arbeiten zu ermöglichen, die dann vier Jahre gedauert haben“. „Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen war das ein verantwortlicher Umgang mit Steuergeld. Keinesfalls darf ja die Arbeit aus der Sicht des Bundes so verstanden werden, dass die früheren DDR-Sozialforscher, die im wesentlichen eine geistige Grundlage für das Regime gelegt haben, auf Dauer ihre falschen Positionen aus dem Topf der Steuerzahler weiter pflegen sollen“ (Brief vom 6.12.1993). Aus den inzwischen veröffentlichten ca.180 Kurzstudien hatte die von Günter Manz „Entwicklung der Armut in Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung der Altersarmut“ (Graue Reihe der KSPW Nr.608)<sup>42</sup> das Missfallen des Abgeordneten erregt, eine Expertise zur Abholung des Kontextwissens der älteren Sozialwissenschaftler, die beim Nachlesen durchaus ihrer Aufgabe gerecht wird und richtige Forschungsaufgaben beschreibt, freilich auch nicht verschweigt, dass er weitere soziale Abstürze befürchtete.

---

<sup>42</sup> Vgl. ausführlicher Manz, Günter: Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende. Augsburg: Maro 1992 und dazu die Rezension des gewiss unverdächtigen Jörg Eckart in: Deutschlandarchiv 25 (1995) S. 272 mit Hinweisen auf eine „versteckt mitschwingende Wehmut und offen Kritik an der BRD, ihren Konsumtionsstilen und ihrer sozialen Sicherung“, die nach Eckart in manchem berechtigt sein mag, aber nicht zur Idealisierung der DDR ex post führen darf, „denn auch dort fehlte zunehmend das notwendige Geld für eine mehr als ausreichende soziale Sicherung“. „Der Nutzen (der Arbeit von Manz H. Z.) liege darin, die soziale Situation in der DDR besser rekonstruieren und Veränderungen im Zeitablauf konkreter nachzeichnen zu können“ (ebd. S. 274). Warum kann man das nicht so stehen lassen?

tet (Zusammenfassung S.40ff.). Austermann und Zywietz MdB (Brief des letzteren an den Haushaltsreferenten des BMFT vom 12.11.1993) erklärten sich aber für offen, im Laufe des Jahres 1995 die Entscheidung zu revidieren. Das Ergebnis der *dritten* Schlacht um die Arbeitszeit der KSPW war also: Schluß zum Jahresende 1995.

Doch es ging sogleich weiter. Kurz nach der Parlamentsentscheidung, am 1.12.1993 kam eine Präsentation der KSPW bei der „Kommission Wiederaufbau Neue Bundesländer“ der CDU/CSU-Bundestagskommission unter Vorsitz von J. Nitsch MdB zustande, die eine sehr positive Aufnahme fand und die systematische Analyse der sozialen und geistigen Entwicklung, „die über der Konzentration auf ökonomische Parameter leicht vergessen wird“, für dringlicher empfand, seit die Euphorie der ersten Stunde schwächer wurde. Auch bei den anderen ostdeutschen Abgeordneten nahm die Berührungsangst mit Sozialwissenschaften im Laufe des Jahres 1994 ab. Vielleicht auch nur, weil mit der „Berichtsphase“ der KSPW, auf die noch zurückzukommen ist, mehr die Sache und die gewichtigen westdeutschen Professoren in den Vordergrund traten.

Der neue Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBF) J. Rüttgers setzte sich dann zu Anfang 1995 dafür ein, „dass die Bedenken gegen die Laufzeit der Förderung im parlamentarischen Verfahren überprüft werden“ (Brief an Bertram vom 12.1.1995). Bei den gerade beginnenden sog. Berichterstattegesprächen der zuständigen Parlamentarier mit den Ressorts konnte das BMBF damit auftrumpfen, die KSPW habe ihre komplexe Aufgabe „schneller als manche sogleich in die institutionelle Dauerfinanzierung aufgenommene Einrichtung in den NBL umgesetzt“. BMFT belegte mit Zahlen den scharfen Selektionsprozeß, aber auch das Erfordernis, die nach dem allmählichen Ende von ABM übrig gebliebenen Forschungsgruppen zu stabilisieren (Aufbaufunktion). Das Ministerium wagte in dem von den Haushaltsberichterstatteuren zusätzlich angeforderten schriftlichen Bericht zu schreiben, dass die systematische Analysearbeit „notwendig und zugleich unspektakulär“ sei, auch „nicht nur ‚bestätigend‘ für Politik“ sein könne. „Sie relativiert zugleich die punktuellen und wegen des negativen Neuigkeitswerts mehr Aufmerksamkeit erregenden Stimmungsbilder aus Umfragen“ (Analyse- und Berichtsfunktion). Die Ergebnisse der KSPW würden auch permanent in die verschiedenen, vor allem die regionalen und lokalen Handlungsebenen in den NBL einfließen, das beweise die Abnahmestruktur der eigenveröffentlichten Projektberichte ganz besonders bei der regionalisierten Arbeitsmarkt- und der Jugendpolitik (Politikberatungsfunktion) (Bericht BMBF an die Haushaltsberichterstatteure vom 12.1.1995). Eine sog. Formulierungshilfe für den Text des Bundeshaushalts („kw 1996“, aber keine Aufstockung der Summe) wurde für den Abgeordneten Schmidt (Halsbrücke) MdB geliefert und führte nach persönlichem Einsatz von PSt Neumann zum Kompromiß einer halbjährigen Verlängerung auf Ende Juni 1996. Das Ergebnis dieser *vierten* Runde blieb das endgültige.

Der Vorsitzende des WissRats K.H.Hoffmann kommentierte, dass „solche flexiblen Projektlösungen (wie es innovative Strukturen auf Zeit wie die KSPW rechtlich sind H.Z.) bei Haushaltsengpässen besonders leicht zur Disposition gestellt werden können und somit die für die Forschung unabdingbare Verlässlichkeit der Finanzierung gefährdet wird“ (Schreiben an BM Rüttgers vom 31.3.1995; so auch Generalsekretär Benz in: Berliner Journal für Soziologie 7 (1997) S. 424). Eine zutreffende Mahnung, wie man am inzwischen zunehmend erfolgreichen Streben aller wissenschaftlichen Großinstitutionen nach totaler Unabhängigkeit bei Langzeitgarantie der institutionellen Förderung und in der Folge dem Rückgang der Bedeutung der stärker der öffentlichen Diskussion unterliegenden sog. Fachprogramme bis in die jüngste Zeit ablesen kann. Und das alles bei zunehmendem Feiertagsgerede über innovative Strukturen, Flexibilität, Netzwerken auf Zeit und Evaluation. Solche falschen unintendierten Wirkungen kann parlamentarisches Allmachtsgehab haben und hilft letztlich nicht der demokratischen Kontrolle.

Eigentlich gab es danach noch eine *fünfte* Schlacht ums Geld, aber kleiner, im Niveau noch schlichter und nur innerhalb der Administration. Es ging um die Auslegung, was das Datum der Beendigung der KSPW-Arbeit, also was „kw 30.6.1996“ bedeutet: Ende der wissenschaftlichen Arbeit oder Begleichung der letzten Rechnungen und somit der Abwicklung der Institution KSPW. Als es gegen Jahresende 1995/96 um die Restbewilligung für das letzte halbe Jahr ging, stritt BMA für die zweite Variante, die faktisch bedeutet hätte, alle wissenschaftlichen Arbeiten, besonders an den ohnehin unter Zeitdruck stehenden Abschlußberichten fast sofort einzustellen, um den Rechnungsabgleich bis zum 30.6. erledigt zu bekommen. Pure Schikane, denn nach den für alle Ressorts geltenden Regeln der Forschungsförderung muss der Abschlußbericht eines Vorhabens erst 6 Monate nach der „Laufzeit“ des Vorhabens abgegeben werden, während hier ohnehin schon gemeinsame strenge Auslegung war, dass die wissenschaftliche Arbeit der Kommission mit der Vorlage der Berichte zum 30.6.1996 beendet sein müsse. Nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO) zwar unzulässig, legte sich PSt Günther MdB vom BMA vor gemeinsamen Eini-gungsversuchen der Hierarchie auf den engen Standpunkt fest und erst nach langen Versuchen der Politiker, die nun wirklich für diese administrativen Feinheiten nicht da sind, fanden die Haushaltsreferenten einen Formelkompromiß, wonach die restlichen Gelder des BMA im ersten Halbjahr 1996 auszugeben waren und der BMBF die Abwicklungsphase danach allein finanzierte, alles ohne dass insgesamt mehr Geld nötig war und am Ende auch noch ohne dass der beliebte Satz des damaligen sächsischen Finanzministers Milbradt gegenüber dem Bundesrechnungshof zitiert werden musste: „Bei der nächsten Wiedervereinigung machen wir es besser“. Bei denen in der Geschäftsstelle der KSPW, besonders dem seit Sommer 1994 tätigen Geschäftsführer W. Kreher, die dies Spiel ohne Aussicht auf Anschlussjobs aushalten mussten und dennoch die Arbeiten zu einem guten Ende bringen halfen, muß man preußische Tugenden rühmen.

Etwa zwei Jahre später lief ich einem der für die Kürzung eintretenden Politiker über den Weg; er wies triumphierend auf Äußerungen von Hradil und Kaase hin, an Geld habe es der Transformationsforschung nicht gemangelt und erschöpft habe sie sich inhaltlich längst. In der Tat hatte Kaase (1997 S.18) in einer gewissen Enttäuschung über den „parochialen Charakter“ der auf innerdeutsche Belange konzentrierten Transformationsforschung so geurteilt, zwar formal nur über das genannte DFG-Schwerpunktprogramm, in dem zum Ende 1996 sogar Geld übrig blieb, natürlich wegen fehlender Qualität von Anträgen (ebenda S.17, meine Frage dazu siehe oben IV). Die abschließende Aussage ist aber generell: „Man wird ein eventuelles enttäuschendes Ergebnis ... nicht mit dem Mangel an Forschungsressourcen erklären können; daran hat es in diesem Fall nicht gefehlt“. Stefan Hradil, ab 1997 neugewählter Vorsitzender der DGS, ging weiter und sprach von „einer gewissen Sättigung mit Transformationsbefunden“. „Insofern fällt das Arbeitsende der KSPW zur Jahresmitte 1996, obwohl willkürlich angesetzt und Sparzwängen geschuldet, in die richtige Zeit“. „Die zunehmende Teilnahmslosigkeit mag damit begründet sein, dass die Transformation überhaupt ihrem Ende zugeht“ (Hradil 1996b S.301, 300). Die beiden waren damit nicht allein<sup>43</sup>. Auch Lutz (2003 S. 292, 298) bestätigt im Rückblick den damals „offenkundigen Überdruß“ und ein Mißverhältnis zwischen eingesetzten Ressourcen und Erträgen. Angeblich, so ein anderer Rückblick, hatten selbst „die ostdeutschen Forscher keine Lust mehr, ihre eigene Misere zu betrachten, Obduktionsforschung zu betreiben“; wichtiger waren aber sicher das Versiegen aller speziellen wissenschaftlichen Förderprogramme mit Ende 1996 und dass diese Thematik „westdeutschen Forschern für ihre Karriere nichts mehr gebracht hat“ (Zitate R. Schmidt und Chr. Köhler in Artikel von Carsten Heckmann „Studien zum Postsozialismus“ in: Frankfurter Rundschau vom 17.10.2002).

Fazit: Politiker haben entweder ein feines Gespür für die untergründigen Bewegungen in der Wissenschaft oder vergewissern sich sogar derer Einflüsterungen wie einer Droge, haben aber nicht die Muße, es so fachkundig und gewählt auszudrücken. Vielleicht hat ja Keynes (siehe oben III.) doch nicht ganz recht damit, dass die „madmen in authority“ unbewusst den „academic scribblers“, den Vordenkern hinterherlaufen; vielleicht sind sie bisweilen vereinte Eliten im gleichen Ressentiment. Mit „den Osis“ und deren Zurechtfinden hatte es jedenfalls wenig mehr zu tun.

Was war los in der Wissenschaft, dass sich der Politiker so bestätigt finden konnte?

---

<sup>43</sup> Natürlich waren die meisten nicht der Ansicht, die Transformation oder Anpassung selbst sei abgeschlossen, „sie dauert weit länger als 1991 vorgesehen worden war“ (Bertram Editorial zu KSPW 1996 Berichte; Kaase/Lepsius 1997 S. 351; Kaase 1996), aber was wissenschaftlich an ihr interessant sein konnte, sei abgearbeitet.

## XII. Dominante Persönlichkeiten und/oder Theorien

Weil diese Nausea und manches Verhalten der großen Mitspieler in den Sozialwissenschaften rätselhaft bleiben, soll ein vorsichtiger Versuch gemacht werden, Erklärungsmuster in Persönlichkeiten, Selbstbildern der Profession und/oder Theorien auszumachen und damit das Paradox zwischen großem Professions-Auftritt und inhaltlicher „Verlegenheit“ (nicht zu verwechseln mit Verlogenheit) zu erklären, das einem als plausibelste Deskription des Erlebten immer wieder einfällt. Vorsichtig schon deshalb, weil es mich überfordern würde, dem hochdifferenzierten Theorienstreit besonders zum herrschenden Paradigma der Modernisierung mit unterschiedlichen Attributen (wo sich besonders die Jüngeren im Osten mit Verve engagierten und „in Theorie bewähren“ wollten, z.B. Kollmorgen 1994; 1996a; Thomas 1999; dazu leicht ironisch Lauermann 1996) und erst recht den Feinabgrenzungen der Disziplinen fachlich gerecht zu werden. Deshalb sind es eher Anfragen:

*Erstens* verband die bestimmenden Größen von Soziologie und Politikwissenschaft (wobei die erstere als Disziplin sicher das Bild der KSPW noch stärker bestimmte, aber Seibel 2003 und Bleek 2001 legen eine Parallelität der professionellen Entwicklung beider nahe) eine auffällige Gemeinsamkeit beim Interesse an den Vereinigungsproblemen: Sie wurden durchgehend als *Gelegenheit für die Profession formuliert, sich zu bewähren*. Jedoch nicht, wie man es in solcher Umbruchzeit normalerweise von den Spezialisten für den sozialen Wandel erwarten würde, als Bewährung in Problemerkennungs- und etwas Problemlösungsfähigkeit, also in unabhängigem Rat und Aufbauhilfe an die Gesellschaft, sondern als Bewährung vor den peers und „Härtung“ für die eine oder andere Methode oder Theorie (Zapf S.46 in: Giesen Leggewie 1991; Kaase/Lepsius 1997 S.359 „...unter ‚stress‘ bewährt“). Solche Regression auf die Profession habe ich beruflich in solcher, sogar wachsender Krassheit nur bei den Sozialwissenschaften erlebt (siehe auch XII, S. 53). Die Naturwissenschaftler hingegen, zumindest seit sie sich auf den „globalen Wandel“ eingelassen haben, orientieren sich immer mehr daran, was ihre Wissenschaft konkret zur Verbesserung von ‚livelihood‘ beitragen kann. Sie machen deshalb reale komplexe Probleme zu ihrem Gegenstand, müssen dabei weit über ihre Fachgrenzen hinausgreifen und fragen deshalb besonders nach der Mitwirkung der Sozialwissenschaften. Das was die Sozialwissenschaften i. e. S. hier boten war gar nicht so weit entfernt von dem, was der immer auch rebellische Scheuch bei den Wirtschaftswissenschaften als „Illustration eines formalisierten Modells an der Realität“ kritisierte (Scheuch S.70 in: Sahner 2000. Seine Aufforderung dazu war, „das selbstzerstörerische Element der Wirtschaftsauffassung des Neoliberalismus nachzuweisen“).



Folgende Beobachtungen scheinen mir für die Verengung typisch: Immer wieder hörte man in den Fachdiskussionen von Erwartungen der ausländischen Kollegen als Maßstab der Transformationsforschung. Mayntz' Diskussionsbeitrag auf der 4. BISS-Konferenz im Dezember 1993, dem Ort der konzentrierten Theoriediskussion, betrachtete die Vereinigung „als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften“, aber in Hinblick auf „adäquate theoretische Verarbeitung“ und bislang fehlenden „Theoriesprung“ und kritisiert, dass „die leitenden Fragestellungen eher (falsche) Verlaufsprognosen als theoretisch fundierte Hypothesen zum Ausgangspunkt nehmen“<sup>44</sup>. Enttäuscht klingt es auch bei Lepsius auf dem DGS-Kongreß 2000 in Köln, die Transformationsforschung sei für die Theorieentwicklung ohne Relevanz geblieben (wiedergegeben in: J. Beyer, Rezension von K. Bluhm: Zwischen Markt und Politik. In: Berliner Debatte/INITIAL 11 (2000) S.233). Gelingt das professionelle Ziel, „Regelmäßigkeiten in den Unregelmäßigkeiten herauszufinden“, Regelmäßigkeit zu entdecken, so wirke dies „entdramatisierend und insofern möglicherweise auch hie und da schmerzlinierend“, nennen es auf dem DGS-Kongreß 1995 in Halle wohl eher unabsichtlich, umso besser kennzeichnend Kreckel/Pollack (1996 S.212). Eine eigenartige Sprache, irgendwie dem Gedanken an Gestaltbarkeit und Verantwortung für die Verhältnisse entrückt. Dabei waren die Erwartungen der „Abnehmer“ gar nicht maßlos oder nur auf Selbstbestätigung aus, denn wer wäre damals nicht der Unsicherheit jeden Handelns bewusst gewesen und sich nicht im Grunde hilflos vorgekommen. War es zu viel erwartet von der freigestellten Nachdenksphäre der Gesellschaft, dass Interdependenzen und nichtbedachte Folgen vorgedacht und verständlich gemacht werden oder ganz einfach „Zerstörung herrschender Folklore, von geglaubten Selbstverständlichkeiten“ (Lepsius 2003 S.26) von der Wissen-

---

<sup>44</sup> Mayntz (1994b S. 21f.; 1996; konkreter zur Wissenschaftsvereinigung in 1995b) behandelt die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften gewiss grundsätzlicher, nämlich ob der Anspruch, im Unterschied zur Geschichtswissenschaft mit deren „vollständiger Erfassung eines einzelnen Falles“ die „theoretische Generalisierung“ als Leistung zu erbringen, wegen der von ihr selbst aufgeführten entgegenstehenden Multikausalität, Nichtlinearität und Interferenz sozialer Ereignisse unerfüllbar ist (vgl. zu den alten Debatten zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft B. Moore 1958 S. 96, 100 und zum jetzigen Kontext P. Wagner 1996 S.420). Die verbleibende Identifizierung von Pfadabhängigkeit „einzelner verallgemeinerungsfähiger Kausalzusammenhänge, prozessualer Mechanismen oder Konstellationen“ (1995b S.14) ist, wenn ich die von Mayntz gegebenen Beispiele an Kontingenzen bei der Wissenschaftsvereinigung ansehe (ebd. S.15f.), so voraussetzungsvoll – vor allem was den positiv hervorgehobenen „persönlich desinteressierten Sachverstand“ (ebd. S. 16) angeht – , dass ich mich zu meinen subjektiven, nur erfahrungsabgeleiteten Interpretationen der Interessen und Motive der damals Handelnden eher ermuntert fühle. Die „normale“ Soziologie wehrt sich anders: z.B. Kaase/Lepsius (1997 S.350; ähnlich für die Politikwissenschaft Merkel in: Bericht Wielgoß von der 5. BISS-Transformationskonferenz mit KSPW im Dezember 1994 in: Deutschlandarchiv 1995 S.546) mit Verweis auf die immer zur Verteidigung herangezogenen „Theorien mittlerer Reichweite“ (Merton) oder „mittlere Abstraktionsebenen“ und damit, dass „empirische Enthaltbarkeit“ die Situation nicht verbessere. Gewiss. Das „Bewusstsein der strukturellen Grenzen der Prognosefähigkeit“ könnte Grund für Bescheidenheit, Offenlegung von Unsicherheit als Professionskodex beim „Ratgeben“ sein, was die Wirkung nach meiner Erfahrung verbessert. Rückzug auf academia als Folgerung ist eher die arrogante Variante. Siehe auch unten am Ende meiner „dritten Anfrage“ unter XII (S.38) zu Lepsius.

schaft verfolgt wird? Ob diese Wertung sogleich als wissenschaftsfremde Sicht des Bürokraten abgestempelt ist, der Wissenschaft, „jene langsame unverständliche Gegenwelt“ (Bosch/Kraetsch/Renn 2001 S.214), unter falsche Zwänge setzen will? Die Naivität, „den Soziologen als empirisch abgefederten Experten, der an Steuerungsinstrumenten zur Entscheidungsfindung werkelt“ (Fritz-Vannahme 1996 S. 62), zu wünschen, fand sich damals kaum mehr in Politik und Apparat. Auch dagegen, dass, um Problemlösung anzugehen, „Schlüsselprobleme überhaupt erst einmal zu identifizieren“ und „auf den Begriff zu bringen“ sind (Lutz 1994b S.366), ist niemand. Warum bedarf aber dann das Selbstverständnis der Disziplinen solcher Rangfolgen, die aus ihrem „Rat“ in der Wertschätzung der peers allenfalls lindernde Abfallprodukte machen? Bescheidenheit aus dem Bewusstsein der Unerfüllbarkeit des Verlangens nach „richtigem“, wissenschaftlich gewissem Rats ist es sicher ebenso wenig wie bei den ohnehin ungenierteren Ökonomen.

Eine *zweite Frage*: Warum gab es so wenig Widerstand gegen die „eigentlich additive Kanonisierung von ‚Kernbereichen‘ der Disziplin“ (so die kritische Bewertung Lehmbruch's 1995a S.96 der *Einheitsempfehlung zur „Regelausstattung“* des Wissenschaftsrates 1992b<sup>45</sup> für die Politologie, ganz entgegen der bestimmenden Linie von Seiten der Soziologie, Lepsius 1993 S.313f.)? Warum die „Reproduktion klassischer Disziplinenetablierung“ und das „Defizit an interdisziplinärer Kooperation“ (Neidhardt 1994 S.54)? „Im Osten wie im Westen – Nichts Neues“ (Krull 1994). Zeitdruck als Entschuldigung? Nein, das zeigt schon die starke Kritik H. Essers (1997 S.38) an der „skandalösen Lustlosigkeit der Soziologen an einer längerfristigen und kooperativen Forschungsperspektive“, wie es etwa bei der DFG Sonderforschungsbereiche (SFB) und Schwerpunktprogramme bieten können, aber wenig genutzt wurden und schon deshalb kaum als Einübungen in die KSPW eingehen konnten, die für deren Arbeit essentiell gewesen wären. Liegt es ganz fern zu vermuten, dass der große Aktivist bei der bewussten Ausnutzung der Chance zum Landgewinn für die Sozialwissenschaften an den Hochschulen, M. R. Lepsius, seine 1961 verfasste „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“ (im Auftrag der DFG, Wiesbaden: Franz Steiner 1961) in die Tat umsetzte und damit die endgültige Normalisierung

---

<sup>45</sup> Dass sich im Laufe der Zeit gegenüber dem Einheitskonzept dennoch ein paar unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet haben, z.B. Demographie in Rostock oder Hochschulforschung in Wittenberg liegt an anderen Ursachen, aber auch nicht an der von Hartwich 1990 noch geforderten Nutzung der föderalen Chance auf Vielfalt der damit überforderten neuen Länder (in: Zapf/Thurn 1990 S.40, dort auch noch S. 53 Kaase mit einem missverständlichen weil offen klingenden Plädoyer, „was könnte besser gemacht werden als in der alten Bundesrepublik?“). Erst recht fehlen Experimente für kooperative Organisationsformen. Selbst bei etablierten Formen sehe ich eigentlich nur den SFB 580 Jena/Halle, bei dem das einzige stabile „Erbe“ der KSPW Partner ist, das Zentrum für Sozialforschung Halle (zsh) als An-Institut der Universität, mit B. Lutz als inhaltlichem und forschungsorganisatorischem Anreger mit der Alterfahrung in der Zusammenarbeit mit der Universität im SFB 333 in München.

der Professionen schaffen wollte? Dafür war der Aufbau an den Hochschulen natürlich wichtiger als alles andere (besonders angebliche Rückwirkungen auf die alte Bundesrepublik), das er mit „gelungenen Sarkasmen“ bedachte (Artikel str. „Perplexer Professor, zornige Abgeordnete“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.3.1994). Es erklärt wohl auch, warum das Interesse an der mühsamen Zusammenarbeit in der KSPW und derlei Arbeitsformen so schnell erlahmte.

Aber umgekehrt passt solche Einstellung eigentlich nicht dazu, dass die erste und z.T. auch zweite Generation nach dem Kriege, die Gründer und jetzt noch Aktiven, selbst keine gelernten Fachvertreter waren (Bolte/Neidhardt 1998; Fleck 1996; Sahner 2000; vgl. Rehberg 1992 und den Chronisten der Soziologie im Osten Helmut Steiner 2002) und sympathischerweise das den meisten als persönliche Offenheit und Neugier zur Grenzüberschreitung noch anzuspüren blieb. Aber vielleicht schuf gerade die eigene Geschichte den Vollendungsdrang für sichere Karrierepfade und das manische Abgrenzungsbestreben der so nahen Disziplinen Soziologie und Politikwissenschaft, das Mayntz einmal zu dem Stoßseufzer veranlasste, sie hoffe, „die in vieler Hinsicht dysfunktionalen Strukturen“ würden „von einer neuen Form von Wissensproduktion überlagert, deren Organisationsprinzip Themen und nicht mehr Disziplinen sind“ (in: Fritz-Vannahme 1996 S.63). Vergeblich, wenn man z.B. Maurizio Bach: Denken Soziologen anders über Politik als Politikwissenschaftler? In: Soziologie 2004 H.2 17-34 oder noch peinlicher die von J.Gerhards angestoßene Reputationsdiskussion in: Soziologie Jg.2002 liest. Wer begreift schon das Innenleben der sozialen Institution Disziplin? „Wissenschaft ist, was sie selbst angeht, ein Hort von Irrationalität“ (Picht).

Eine *dritte Anfrage*: Warum schafften es die Sozialwissenschaftler nicht, wenigstens eine(n) Wissenschaftler(in) mit Lebensgeschichte in der DDR „*aufs Schild zu heben*“, also als gleichrangige(n) Wissenschaftler(in) und Menschen herauszuheben? Schon mehrfach wurde angesprochen, dass - bei grundsätzlichem Einverständnis, vom Wissenschaftsrat angefangen bis zur Politik, dass mehr Repräsentanten aus dem Osten sichtbar gemacht werden müssten - die Entscheidungen über konkrete Personalergänzungen aus dem Osten immer wieder aufgeschoben wurden. Die Angst der Sozialwissenschaftler, sie selbst würden insgesamt in eine (linke) Ecke geschoben, wenn sie jemanden kooptierten, der sich als belastet erweisen oder jedenfalls - dagegen war niemand gefeit – Medienkampagnen hervorrufen könnte (siehe oben II), lähmte das in der Wissenschaft an sich gegenüber ideologischen Verschiedenheiten eingeübte Toleranzverhalten völlig, selbst bei Personen, mit denen man vorher lange in den internationalen Assoziationen kollegial umgegangen war.

Die Aufschiebung der Personalentscheidung zu zwei für Ostwissenschaftler schließlich reservierten Sitzen im Kuratorium der KSPW ist dafür ein ungutes Symbol. Dem Aufsichtsgremium sollten als Mehrheit neun ‚eminent scientists‘

angehören, die auf Vorschlag der Zuwendungsgeber BMFT und BMA von der Mitgliederversammlung, also von den in der KSPW aktiven Wissenschaftlern zu wählen waren (§ 7 der Satzung). Ursprünglich sprach man sogar von paritätischer Besetzung West und Ost, dann legte BMA sich einfach auf vier Namen aus dem Westen fest (Buttler, von Maydell, Meißner, Schlaffke); BMFT hatte Bolte als Vorsitzenden und die „Väter“ der KSPW im Wissenschaftsrat Kaase und Lepsius fürs Kuratorium gewonnen. Zwei Sitze blieben übrig, die dann als der bevölkerungsmäßige Anteil des Ostens gerechtfertigt wurden. Aber trotz Sondierungen seit Sommer 1991 wichen alle einer Entscheidung über Namen aus und verschoben es schließlich auf die nächste Wahlperiode in 2 ½ Jahren, als das Kuratorium am 30. März 1992 erstmals zusammentrat. Bis dahin würde vielleicht die Unterscheidung zwischen Ost und West für die Auswahl keine Rolle mehr spielen (Ortsprinzip mit sog. Wossi-Perspektive). Mit dem immer drohenden Ende der KSPW entfiel auch diese Last.

Lag dies Ausweichen daran, dass die herrschende Vätergeneration – meine Generation - in der Bundesrepublik, hier wo es immer „rückwärts aufwärts“ (Enzensberger) gegangen war, nie selbst Umbrüche verkraften musste, sondern benevolente Sieger nachahmen konnte? Vielleicht erklärt das die fast neurotische Reaktion auf „Betroffenheit“, dies störende Element, weil es daran erinnerte, dass bei der deutschen Vereinigung die in der Wissenschaft Mächtigen durch die Gunst oder Ungunst der Stunde massiv Macht über Menschen ausgeübt haben, was nicht zum schönen herrschaftsfreien Wissenschaftsideal passt, gemäß dem nur das bessere Argument regieren soll. Es war, ohne dass man damit Engagement und Verdienste schmälert, für die Verfasstheit der Sozialwissenschaften einfach nicht gut, dass eine Person nahezu alle wichtigen Funktionen der selbstorganisierten Wissenschaft für die wegen ihrer ideologischen Implikationen auch im Westen auf selbstkritische Reflexion besonders angewiesenen Sozialwissenschaften innehatte (siehe Kaase 1997 S.16 mit der Selbstaufzählung seiner zahllosen DFG-Funktionen, dazu führender Vertreter im Wissenschaftsrat und Repräsentant in internationalen Funktionen). Man kann und darf die Nichtentscheidung aber nicht nur an Personen festmachen. Es liegt ein Suchversagen der gesamten Sozialwissenschaftler, auch der älteren vor, denn es wird ja keiner behaupten, dass unter einem Viertel der deutschen Bevölkerung keine Denker zu den sozialen Verhältnissen und achtenswerte Menschen zu finden sein würden. Mut war sicher erforderlich, aber man war auch gegen Medienkampagnen nicht allein und auch nicht von vornherein erfolglos, wie selbst Beispiele aus den Sozialwissenschaften zeigen. Und wer konnte sich Eigenständigkeit eher leisten als Wissenschaft?

Es gab durchaus Lernorte von Unabhängigkeit und Solidarität: Beim Kampf um die Impraktikabilität der Integritätsprüfung (oben X) war den Wissenschaftlern breiter bewusst geworden, dass man nicht nur zuschauen konnte, sondern sich einmischen musste und sich auch durchsetzte. So scharten sich konkret z.B. er-

staunlich viele aus allen Lagern um Peter Voigt, als dessen Hochschullehrerstatus von der Ehrenkommission in Rostock im Oktober 1991 wegen früherer Zeitungsartikel, die er selbst herumschickte, nicht erneuert werden sollte und er schon seine Funktion in der KSPW niederlegen wollte. Er hatte früher öffentlich Widerrede gewagt, aber auch jetzt vor neuer „Hörigkeit“ gewarnt (Vera Sparschuh, Berichte zum 5. Soziologiekongreß der DDR in Berlin im Februar 1990 in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 42 (1990) S.386). Als allerdings Wera Thiel, die eine Arbeitsgruppe der KSPW leitete, im Februar 1993 in der Presse als „peinliche Altlast“ stand (Berliner Morgenpost vom 24.2.1993 S. 3), regte sich niemand, obgleich ich Anlaß zur Vermutung habe, sie habe vor dem Spießbrutenlaufen in der Presse nur resigniert. Sie verschwand in den Hintergrund, trug aber wenigstens weiter zur KSPW-Arbeit bei (Beiträge Band 6.1 zu KSPW-Berichte Band 6 von Wera Thiel, Arbeitsrecht in der DDR. Opladen: Leske+Budrich 1996).

Warum hat man nicht Manfred Lötsch von Anfang an aufs Schild gehoben? Zapf ehrte ihn am Grabe - Lötsch starb im Januar 1993 - und in Nachrufen, in denen sein Weggefährte Hansgünter Meyer ihn als den „Soziologen-Sisyphos“ charakterisierte (Berliner Zeitung vom 14.1.1993, vgl. Nachruf von I. Müller-Hartmann/G.Valerius in: Deutschlandarchiv 26 (1993) S.225; Kreckel in: Lötsch/Meyer 1998 S. 23).

Warum nicht den schon erwähnten Dieter Klein, der im Streit um die herrschende Modernisierungstheorie dem näher stand, was eben um dieselbe Zeit in der Europäischen Union im höchsten damaligen Planungspapier über die ökologischen und sozialen Grenzen unsres Entwicklungsmodells stand, dem so genannten Delors' Weißbuch, welches die Regierungschefs im Dezember 1993 verabschiedeten?<sup>46</sup>

Wäre es nicht angemessen, sogar klug gewesen angesichts des allgemeinen Unbehagens - fast jeder beklagte ja zugleich die „Heiligung“ dessen, was vorher im

---

<sup>46</sup> Klein 1994, 1996; ähnlich Reißig 1994, 1996, 2000. Zur europäischen Diskussion siehe EU-Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“, dort besonders das Schlusskapitel „Für ein neues Entwicklungsmodell“, das einen Appell an die Sozialwissenschaften enthält, an einem „tauglicheren Wirtschaftsmodell“ zu arbeiten (Bulletin der Europäischen Gemeinschaften Beilage 6/1993). Die „deutsche Wirtschaftsforschung nimmt Stellung zum Delors-Weißbuch“ heißt der Untertitel des Sonderbandes 1/1994 der ZEW-Wirtschaftsanalysen. Auf die Nachfrage an den Herausgeber Heinz König, warum man darin nichts zu Delors' Schlusskapitel finde, war die Antwort bei der Pressevorstellung am 9.6.1994 in Bonn, man habe damit nichts anfangen können. Von den Ökonomen ist eben nicht mehr zu erwarten ... siehe FN 1; aber wie war es sonst in den Sozialwissenschaften? Man vergisst leicht, dass in die Gestaltungszeit der deutschen Vereinigung auch noch der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Rio 1992 fiel, bei dem Deutschland dank Minister Töpfer eine führende Rolle spielte. Bei der Vereinigung und dort besonders bei den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften spürte man von dem neuen Paradigma fast nichts. Zur Behandlung bei der DGS-Konferenz in Dresden 1996 siehe im folgenden Text.

Westen kritikbedürftig schien,<sup>47</sup> als die damit im Kopf verbaute, nicht nur versäumte Chance für Reform im Westen – , die gemeinsame Aufgabe damit zu zeigen, dass egal von welcher Welt ein Denker kommt, alle dafür nötig sind?<sup>48</sup> Eher war jedoch gegenüber dem Bemühen aus dem Osten die ironische Reaktion des Soziologen-Essayisten H. Bude typisch: „Da das eigene System zugrunde gegangen sei, prophezeie man auch den Untergang der übrigen“ (Tagungsbericht von Petra Krebs „Hat die Soziologie ein Erdbeben verschlafen?“, Tribüne vom 6.3.1991 S. 12). Während also paradoxerweise die Ossis trotz oder gerade wegen des Versagens eigener geglaubter Theorien die globalen Fragen und die Rückwirkungen auf die Finalität des Modernisierungspfads, dem auch der reale Sozialismus angehangen hatte, beschäftigten, kosteten die westlichen Sozialwissenschaften erst mal den Sieg aus, freilich die Soziologen zugleich unzufrieden, weil als Anhängsel unter der „zentralen Definitionsmacht der Ökonomen für den öffentlichen Diskurs“ (Lepsius 2003 S. 21ff., wo er die Ökonomie um ihre für Laien unverständliche Modellsprache quasi beneidet und eine Erklärung ihres Erfolgs und Einflusses als Disziplin darin vermutet. Reineren Ausdruck des Rückzugs auf academia – „Professionalität der Innendarstellung“ - habe ich nirgendwo gelesen, vgl. oben S.47).

In der Folgerung eine *vierte Anfrage*: Erklärt sich das geringe Interesse an den längst anstehenden globalen Systemfragen und damit an den Wissenschaftlern aus dem Osten, die dies vorbrachten, durch deren Irritation für das Spiel mit den Varianten der *Modernisierungstheorie*? Die jedenfalls herrschte fast absolut und W. Zapf, der „Kontinuitätstheoretiker aus Überzeugung“ (P.Wagner 1996 S. 423), verbreitete ihre Beruhigungsgewissheiten glanzvoll und gradlinig: „Transformation zeichnet sich dadurch aus, dass das Ziel bekannt ist: Die Anpassung an die Institutionen moderner Gesellschaften mit Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Zum Modell der nachholenden Modernisierung ... gibt es nach wie vor keine politisch durchschlagkräftige Alternative“ (Zapf 1994b S. 5; vgl. Zapf 1990, 1994a, 1996, 2002). Erst recht war sie die großteils unausgesprochene wissenschaftliche „Fundi“-Klammer, die die Sozialwissenschaften zusammenhielt (P.Wagner ebd. S.420-422). „Ohne sie stünde un-

<sup>47</sup> Vgl. D. Simon's frühe Einsicht, aber doch zu späte Öffentlichmachung „Wie im Westen – so auf Erden“ FAZ 19.3.1991; H. U. Erichsen 1992 siehe FN 17 (zwei damalige oberste Vertreter der Wissenschaft!) oder die Polemik von Konrad Adam „Morsche Kähne. Abzuwickeln wäre auch im Westen“. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 42 S.33 vom 19.2.1991. Allgemeiner ausgedrückt mit U. Beck S.25 in: Giesen/ Leggewie 1991: „Der Fahnenwechsel der DDR raubt der BRD die Selbstzweifel“.

<sup>48</sup> Es war nicht so, dass man nicht aufeinander traf, z.B. auf der ersten Theoriekonferenz der KSPW im Mai 1993 (KSPW 1994: Referate in: Berliner Journal für Soziologie Heft 3/94 mit Reißig und Diskussion, siehe Kollmorgen ebenda S.432, 434), auf der erwähnten 4. BISS- Konferenz im Dezember 1993 (biss public 13/1994) oder der KSPW-BISS-Konferenz im Dezember 1994, bei letzterer D. Klein, mit dem sich aber nur Lutz auseinandersetzte (Klein 1996; Lutz 1996), worauf ich unter XIV zurückkomme.

sere Disziplin mit leeren Händen da“ (Berger 1996 S.9). Und es passt, dass sie zugleich Ausdruck des politisch korrekten westlichen Glaubens an ein wenn auch nicht mehr naiv lineares „Mehr“ und „Besser“ ist. Die nur die gläubigsten Ökonomen nicht erschreckenden Verläufe der Transformation in Russland und Osteuropa waren entgegen der ursprünglichen Absicht nicht in die große gemeinsame Forschungsveranstaltung der Sozialwissenschaften einbezogen; das erleichterte festzuhalten daran, dass die Basisinstitutionen der modernen westlichen Gesellschaften, zu denen sich die anderen nun „verwestlichen“, durch ökonomisches Wachstum oder Transferleistungen im Falle des reichen Deutschland mit jedem Problem fertig werden und sich Legitimation verschaffen können und deshalb keine anderen theoretischen Konzepte der Erklärung nötig sind<sup>49</sup>. Auch dies wird eigentümlich als professionspolitische Selbstbestätigung formuliert und zelebriert: Die sozialwissenschaftlichen Konstrukte und Begriffe seien „jedem Hakensschlag der Wirklichkeit gewachsen“, bezeichnet es H. Hartmann in kritischer Absicht („Für alles gerüstet? S. 100, 108 in: Giesen/ Leggewie 1991). An der von den ost-deutschen Sozialwissenschaftlern um D. Klein und Reißig betonten *ökologischen* Modernisierung kann man dies konkret deutlich machen: Beim Dresdner Soziologentag 1996 hatten Jüngere aus dem Westen wieder einmal gewagt, die Umweltfrage mit deren Infragestellung des Professionsverständnisses etwas grundsätzlicher anzugehen. Sie wurden samt Ulrich Beck fast reißerisch von Kurt Lenk und rhetorisch glanzvoll belehrt von van den Daele: „Theoretische Gründe dafür, dass der Sozialstaat im Rahmen der Industriegesellschaft entwickelt werden konnte, der Umweltstaat aber diesen Rahmen sprengen muß, sind nicht zu erkennen“ (v.d.Daele 1996 S.576)<sup>50</sup>. Den Begriff „Nachhaltigkeit“ oder die Agenda 21 mit ihren Fragen an die Wissenschaft im Kapitel 31 der Rio-Deklaration von 1992 nahm man erst gar nicht in den Mund.

Noch zentraler für das Selbstbild: Auch die *soziale* Frage stellte sich neu im globalisierten Kapitalismus, dem die einzige gewichtige Alternative abhanden gekommen war. „Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie“, so schreiben Kaase/ Lepsius 1997 S. 357, dass ausgerechnet bei diesem Sieg auf der ganzen Linie der Westen „in eine krisenhafte Situation zu geraten scheint: Massenarbeitslosigkeit

---

<sup>49</sup> z.B. Kaase/ Lepsius 1997 S. 358 „nur die westlichen Demokratien es über das sie steuernde Markt- und Wettbewerbsprinzip .. immer wieder verstanden zu haben scheinen, aus ihren Bedrohungen neue Kraft zu schöpfen und sich aus sich selbst heraus zu verändern“. So auch speziell zur Umweltfrage Zapf 1994a S.303. Vgl. Kl. Müller 1992; Peter 1992; Peter 1994 S.16.

<sup>50</sup> Das war kein allein deutsches Phänomen: Als im UNESCO-Programm „Management of Social Transformations (MOST)“ zur selben Zeit der Vorschlag eingeführt wurde, „sustainability as a concept of social sciences“ zu diskutieren, verwahrten sich die dort versammelten Sozialwissenschaftler zuerst gegen diesen Eindringling aus der Umweltdiskussion, gegen einen „cross-disciplinary approach to integrating environmental considerations into theoretical reorientation“ (MOST-Policy Papers 6/ UNESCO 1997). Noch 2002 kämpft Joseph Huber für eine „environmental sociology in search of a profile“ (in: Soziologie 3/2002 S. 23-36).

und das Ende des Wohlfahrtsstaates dominieren die öffentliche Diskussion“. Ironisch unernst nehmen zeigt doch wohl an, dass eine Bedrohung des eigenen Denkgebäudes gesehen wird, der man nicht nachgehen will. Ich erinnere mich, auf welche Ablehnung Anregungen stießen, über Karl Polanyi's Great Transformation (1944) als Vorbild für die Befassung mit der sozialen Wiedereinbettung des Marktes neu nachzudenken (vgl. P.Wagner 1996 S.422; Brie/Klein 1993 S.162 „rückfällige Moderne“). Es wundert deshalb nicht, dass in der frühen Analyse von B. Lutz „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984/89) eine tiefe Gefährdung der professionellen ideologischen Plattform gesehen wurde, die den allermeisten, zumal den im Wissenschaftsrat bestimmenden Sozialwissenschaftlern für die KSPW Heimat war. Lutz hatte seine damalige Analyse bei der ersten Arbeitsklausur der KSPW in Zeuthen im November 1991 (vgl. oben unter VIII S. 31) bekräftigt mit der Betonung, dass der politische Anstoß zur Abmilderung der Blindheit des Marktes, das Geheimnis der Prosperitätsperiode der Nachkriegszeit, mit der Implosion des realen Sozialismus als historischer Alternative entfallen sei und deshalb eine „neue historische Theorie moderner (modernisierter!) Gesellschaften“ erforderlich würde (Lutz 1994a S.526; siehe auch Lutz 1996 S.47 „Die Reformfähigkeit der westlichen Industrienationen war bisher hochgradig bedingt durch Systemkonkurrenz und kalten Krieg“). Dafür müssten sich die Sozialwissenschaften „aus den festgefahrenen Schemata des - parsonianisch oder neomarxistisch gewendeten - Modernisierungsparadigmas lösen, in denen sie sich seit den 50er Jahren komfortabel eingerichtet haben“ (Lutz 1994a S.526; 1994b S.371; zur sozialistischen Modernisierung vgl. Pollack 2001; Land 2003). Diese Analyse ging, schon weil aus den eigenen Reihen, weiter als die der „Besiegten“<sup>51</sup>, berührte grundsätzlicher den „illusionären Charakter der Aufholjagd“ (Biedenkopf; vgl. Lay 1993b) und war deshalb bedrohlicher für das Selbstverständnis. Scheuchs Polemik gegen Lutz/Rosa Luxemburg (siehe IX.) gab dieser Beschwörung einer „linken Hegemonie“ Ausdruck und war Vehikel in die Politik. So etwa könnte der Mechanismus des Sturzes von Lutz als Vorsitzendem der KSPW ausgesehen haben, als die Mächtigen in der Wissenschaft ihre anfangs gegebene Unterstützung für Lutz widerriefen, in einer undurchsichtigen Gemen-gelage zwischen persönlichen Vor- und Ablieben, Ehrgeiz, engem wissenschaftlichen Selbstverständnis und politischer Angepasstheit (siehe zuvor unter VII S.29

---

<sup>51</sup> Nachträglich betrachtet leuchtet die Kontroverse Lutz 1996 bes. S.49 gegen Klein 1996 freilich nicht ein, die damals beabsichtigt und so wahrgenommen wurde (Bericht J. Wielgoß von der 5. BISS-Transformationskonferenz mit KSPW im Dezember 1994: Deutschlandarchiv 1995 S. 542f.; Vgl. Lauer mann 1996 S.270f; von Beyme 1996 S.313). Warum aber die lutzsche Zuspitzung des „Primats der Politik über die Ökonomie“ als Folge der Systemkonkurrenz und „entscheidende Voraussetzung“ der Reformpolitik der Nachkriegszeit von der Politikwissenschaft nicht stärker aufgenommen, ggf. auch bekämpft wurde, erklärt wiederum deren historische Theorieschwäche in der Transformations-Diskussion. Bleek 2001 S. 453f. erklärt die der Soziologie so ähnliche Entwicklung zur „Arkanwissenschaft“ und zur „szientistischen Abkapselung“; auch bei Seibel 2003 S.227 wird der Kampf um die Anerkennung als Disziplin als Hintergrund der Beschränkung aufs Methodische deutlich.



und unter IX S.38). Davor schützte offenbar auch die Einigkeit in der Betonung der empirischen Forschung und des notwendigen Brückenschlags zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung nicht, die Lutz als Motor der DGS-Enquete zur Lage der soziologischen Forschung schon 1975 vertrat (Lutz 1975) und in seinen Folgerungen aus der KSPW ebenso verfolgt hat (dazu XV.). Die „Generationssolidarität“, schon aufgrund der Lebensschicksale der ersten Sozialwissenschaftlergeneration ideologisch und fachlich breiter angelegt, war offenbar verschwunden. Sie hatte noch in den 80ern ermöglicht, dass mit Lutz ein „Außen-seiter“ im Sinne der akademischen Etabliertheit Präsident der DGS werden konnte (von Friedeburg in: ISF München 1990 S.33 über Lutz, der „sein .. Ziel, für seine wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht nur professionelle Zustimmung zu finden, sondern ihnen auch gesellschaftlichen Einfluß zu verschaffen, in erstaunlichem Maße erreichte“). Vielleicht reichte bei manchen schon das Denken außerhalb des akademischen Selbstbezugs für das Misstrauen aus, es könne ein „Imperium“ mit einer anderen Forschungsagenda und Munition für Handlungsalternativen herauskommen, so ungewiß, gar unwahrscheinlich letzteres im Rückblick scheint. Niemand war sich fertiger Rezepte gewiß. Es spricht viel dafür, um auf die Anfangsfrage des Kapitels zurückzukommen, dass die herrschenden Eliten „im Ressentiment vereint“ waren; warum auch sollten die wissenschaftlichen Eliten anders ticken als die politischen und wirtschaftlichen?

Dieser Ausflug in den Untergrund der Sozialwissenschaften soll nicht davon ablenken und auch nicht als überlegene Erklärung überdecken, was sich in den Arbeitsphasen der KSPW, wohl dem größten gemeinsamen Unternehmen der Sozialwissenschaften für lange Zeit, und in den dortigen Versuchen neuer Forschungsorganisation noch zugetragen hat.

### **XIII. Die kurze eigentliche Arbeitsphase der KSPW**

Wenn man bedenkt, dass die *erste Forschungs- und Förderphase der KSPW*, die breite Sichtung des Potentials zu den Themen der Arbeitsgruppen mit den sog. Kurzstudien erst Ende März 1992 formell entschieden und finanziert werden konnte, und dass bereits im April 1993 das Konzept für die Abschlußberichte diskutiert und im Oktober 1993 mit der Folge zunehmend erheblicher Strukturveränderungen für die Arbeit verabschiedet wurde, war die Phase einer eigenständigen Entfaltung und Verfolgung der vereinbarten Ziele und Forschungszusammenhänge recht kurz. Zunächst wurden, von Lutz initiiert, die etwas ausgeferten Arbeitsgruppen im Juni 1992 auf fünf Fördersektoren zurückgeführt (KSPW-Jahresbericht 1992 S.14ff.) und keine Vorabverteilung des Etats erlaubt, um zent-

rifugalen Tendenzen entgegenzuwirken. Bei den Projekten sollten die Mittel zu 90% in die neuen Bundesländer (NBL) fließen, ganz im Einklang mit den von Kaase bei der Eröffnung im Dezember 1991 nochmals im Namen des Wissenschaftsrats bekräftigten Forderungen.

Die *zweite Förderphase der KSPW* begann mit der Ausschreibung Mitte Juli 1992 und erbrachte ca. 250 Anträge, von denen 51 bis Januar 1993 bewilligt waren und intensiver Begleitung der Arbeitsgruppen unterlagen. An ihnen wurde z.T. bis weit ins Jahr 1995 gearbeitet (Überblick in Hauß/Kollmorgen 1993). Von den z.B. im Jahre 1993 insgesamt zur Verfügung stehenden 7, 2 Mio DM (inklusive 1, 2 vom Land Sachsen-Anhalt) flossen 5, 7 in Forschungsvorhaben in den NBL, was auch diejenigen der aus dem Westen neuberufenen Wissenschaftler an den Hochschulen der NBL einschließt (sog. Ortsprinzip, KSPW-Jahresbericht 1993 S.9). Es entstand in ganz kurzer Zeit eine kaum übersehbare Menge von Untersuchungen und ebenso von Publikationen, worüber am besten Zwischenbilanzen in der Grauen Reihe der KSPW einen Überblick geben (z.B. Bewilligte Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen Januar 1994 und Oktober 1994 GR 004) und die beeindruckende Liste der vor allem von Verleger Budrich unternehmerisch wagemutig in den Jahren von 1995 bis 1997 publizierten sechs Berichte und wohl an die 60 Bände Materialien.

Spätestens ab 1994 überwogen die Interessen der ehrenamtlich engagierten Westprofessoren, die Ergebnisse in die Scheuer fahren wollten und sich deshalb zunehmend auf die Endberichte konzentrierten, welche dann ja ihrem Renommee zugerechnet werden würden. Das kann man angesichts der geschilderten politischen Unsicherheiten der Arbeitsdauer schon verstehen<sup>52</sup>. Diese *dritte Forschungs- und Förderphase der KSPW* (Überblick in: Kölner Zeitschrift für Soz. 4/1993 S. 819ff und der Berichtskonzepte in: Berliner Journal für Soziologie Sonderheft 1995), konzentriert auf die Erstellung der Endberichte, brachte schon Ende Oktober 1993 auch einige personelle Wechsel. So verließen Kaase und von Maydell das Kuratorium, um Berichtsgruppensprecher zu werden. Lutz verließ den Vorstand, der an Bedeutung durch die sich verselbständigenden Berichtsgruppen verlor, und war Motor und Sprecher der Berichtsgruppe 1. Die Gruppierungen um

---

<sup>52</sup> Lutz legt in seiner Einleitung zum KSPW-Berichtsband 1 1996 S. 12f. dar, wie die Arbeit durch diesen Zeitdruck eingeengt war. Deshalb konnte auch „die systematische Integration“ der vielen auch außerhalb der KSPW entstandenen Forschungsarbeiten in die Berichtsarbeit der KSPW, wie sie Bertram für den Vorstand im „Editorial“ der Berichte als Teil des Selbstverständnisses formuliert (KSPW Berichte 1996 Band 1 S. XIV), nicht wirklich gelingen. Vgl. die entgegengesetzte Aussage von Hornuth in der folgenden FN 53, die gut zeigt, wie wenig manche Berichtsgruppen mit den anderen Aufträgen der KSPW zu tun hatten. Das heute von manchen geäußerte Urteil, an der Herausgeber-schaft könne man ablesen, dass sich im Osten trotz Förderung nichts herausgebildet habe, macht es sich schon bei Beachtung der zu kurzen Zeiträume fürs Schaffen von Strukturen zu leicht. Es erstaunt schon, wenn man heute von wichtigen West-Akteuren Sätze hört wie: Tja, schade, aber Qualität würde sich schon durchgesetzt haben, wenn es sie gegeben hätte.

die sechs „Berichte der KSPW“ wurden fester, geschlossener und die Ostwissenschaftler verschwanden mehr und mehr daraus<sup>53</sup>. Symptomatisch war der Mitherausgeberstatus des ganz jungen Verwaltungswissenschaftlers aus dem Westen A. Eisen und Herkunft und Arbeitsort der meisten Assistenten der Berichtsgruppen im Westen, aber keines Mitherausgebers mehr aus dem Osten außer Nickel, Sydow und Pawelzig, also nur drei unter 35 Herausgebern. Man führte effiziente Publikationsarbeit unter Wissenschaftlern vor. Zu aller Erstaunen lagen die **sechs** „*Berichte der KSPW*“ am 30. Juni 1996 wie verlangt druckfertig vor. Die Wissenschaftler hatten dann erst mal genug von der Zusammenarbeit mit der Politik, verweigerten eine gemeinsame Schlussveranstaltung mit Politikerbühne (Vermerk Fachreferat BMFB vom 18.3.1996) und feierten sich selbst am 17. März 1997 mit dem Wissenschaftsrat (KSPW 1997).

Förder-/Aufbau-, Koordinations- und Plattformfunktion der KSPW konnten dabei nicht mehr ausreifen. Auch die Geldströme entsprachen nicht mehr den vereinbarten Zielen<sup>54</sup>. „Mehr als ernüchternd“, so der Vorsitzende der KSPW fünf Jahre danach, ergibt die Analyse: „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler haben nur selten die Chance gehabt, sich auf Dauer im neuen gesamtdeutschen Wissenschaftssystem zu etablieren“. „Selbst bei gutem Willen (ist) dieser Integrationsprozeß nicht

<sup>53</sup> Schwitzer S.476, dort besonders Fn 1, in: KSPW 1997: Während der KSPW „fühlten sie sich - wenn auch nicht institutionell - in die neue Forschungslandschaft integriert“, „von der abschließenden Bewertung bleiben sie praktisch ausgeschlossen“. Toni Hahn (S. 464 ebenda) verweist zusätzlich auf die Verengung der Perspektive in den Berichten darauf, „wieweit sich der Osten hinsichtlich von Lebenslagen, subjektivem Befinden und Wertestruktur an den Westen angenähert hat“. Einen so engen politikdienlichen oder gar beruhigenden Auftrag haben die Wissenschaftler sich selbst gegeben, nicht die Politik, der dies freilich zupass kam.

Stefan Hormuth, spät zur KSPW gestoßen und Sprecher beim KSPW-Bericht Band 4 „Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe“ begründet die Abkehr darüber hinaus damit, dass die systematisierende Arbeit an den Berichten „nur in geringem Maße auf Forschung zurückgreifen konnte, die durch die KSPW ... angeregt, gefördert oder betreut wurde“ (in: KSPW 1997 S.562; ähnlich Hradil 1996b S. 302 über „Lehrlingsforschung“, womit er nach dem Zusammenhang vor allem die der KSPW meint). Dies ist die deutlichste Formulierung dafür, dass manche der Berichte wenig mehr mit den sonstigen Zielen und Arbeiten der KSPW zu tun hatten. Die im folgenden Text wiedergegebene beredte Klage des Vorsitzenden hat hier eine der Ursachen. Daran änderten auch ein gut gemeintes „Memorandum zur Lage der Soziologie in den neuen Ländern“ der DGS vom Juni 1994 (Schreiben des Vorsitzenden Lars Clausen an BMFT vom 7.6.1994) und der von Edelbert Richter MdB organisierte verzweifelte Hilferuf der ostdeutschen Sozialwissenschaftler nichts mehr („Sozialwissenschaftler melden sich zu Wort“ Konferenz 15./16. März 1996 in Weimar; Brief Richter an BM Rüttgers vom 24.4.1996 mit der „öffentlichen Erklärung“ und der Forderung einer „Sozialfolgenabschätzung“ mit „Sozialforschungsstellen“, Dokumentation in: Frankfurter Rundschau Nr.106 S.16 vom 7.5.1996 mit der parallelen „Sozialcharta“ von DGB, Diakonisches Werk, Caritas u.a.; Ed. Richter 1997. Zu Folgerungen siehe unten XV.)

<sup>54</sup> So gab es gegen Ende trotz Anforderung keine Rechnungslegung mehr nach Ost und West (unerfreulicher Briefwechsel BMFT-Fachreferat und KSPW-Geschäftsstelle vom März 1996). Berttram/Kollmorgen 2001 S.14 bes. Anm.2 und 3 begründen die Verschiebung nach Westen mit der Notwendigkeit schneller Expertisen, die in der letzten Förderperiode, der Berichtsphase überwogen. Die Tabelle I ebenda S.13 relativiert die Förderwirkung, die „zu 90%“ zugunsten der Ostwissenschaftler beabsichtigt war, in einem Ausmaß, das mir damals nicht bewusst war.

immer fair verlaufen“. Warum die Ost-Sozialwissenschaftler „so auf der Strecke geblieben sind, bedarf noch weiterer Analysen“ (Bertram/Kollmorgen 2001 S. 27f., 19), wovon eine hier versucht wird. Während der KSPW-Dauer sind wohl nur in der ersten Förderphase der Kurzstudien (mit ihrer niedrigen durchschnittlichen Fördersumme von nicht ganz 15.000 DM) mehr als 100 Ostwissenschaftler einbezogen gewesen, nicht während der gesamten KSPW-Zeit, wie Kollmorgen 1996b S.396 noch optimistisch verkündet. Vielleicht sind es unter Einbeziehung der additiven Finanzierung durch ABM und geteilten Arbeitsplätzen etwa 150 Ostwissenschaftler gewesen, die mithilfe der KSPW für vielleicht 3 Jahre „ein Bein in der Wissenschaft halten“ konnten. Bei einem Aufwand von ca. 25 Mio DM über vier Jahre eigentlich wenig. Bei Verwendung des Geldes für eine Institutsgründung wären freilich allerhöchstens 50 Personen einbezogen gewesen.

Versucht wurde während der KSPW dennoch manches Neue – zeitlich in allen Phasen. Ich beschränke mich auf eine forschungspolitisch relevante, für das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften beachtenswerte forschungsorganisatorische Besonderheit:

Bertram und die Geschäftsstelle verfolgten die Schaffung einer gemeinsamen Forschungsinfrastruktur mit großer Energie (Beschluß KSPW-Forschungsausschuß vom 3.7.1993) und zwar, wie Bertram von Anfang an vorgeschlagen hatte (oben VI), durch die Auswahl von sieben unterschiedlichen Regionen, für die dann statistische und administrative Prozessdaten zusammengestellt und durch Mehrthemenbefragung in diesen Regionen Verknüpfungen von subjektiven und Strukturdaten ermöglicht wurden (*Regionales Berichtswesen der KSPW*, s. KSPW-Jahresbericht 1992 S.20-24 und 1993 S. 37). Es war ein Angebot an alle Forscher, dort ihre speziellen Forschungen durchzuführen, um auf dieser gemeinsamen Basis unterschiedlichste Forschungsthemen und –sichten wieder zusammenführen zu können, vielleicht sogar Gesamtbilder à la „Marienthal“ (siehe Fn 33) zu versuchen. Die Bereitschaft auch der westlichen Öffentlichkeit zur Diskussion „der Wirkung langandauernder Arbeitslosigkeit“ war längst da (z.B. Artikel „Arbeitslos in die Hoffnungslosigkeit“ von A. Finzen in : Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.9.1992). Für die Arbeit der KSPW kam dieser riesige Anlauf schon rein zeitlich nicht mehr zum Tragen (so auch Bertram/Kollmorgen 2001 S. 17; Lutz S.120 in: KSPW 1996: Berichte 1). Verstanden die meisten Engagierten überhaupt dessen weitreichende Implikationen für die wissenschaftliche Arbeit? Immerhin gab dieses Bemühen der Diskussion um eine schon lange geforderte „*wissenschaftsgetragene Sozialberichterstattung*“ Auftrieb (dazu unten XV).

#### **XIV. Kritik und Folgerungen aus der KSPW**

Ich fühle mich schon rein fachlich nicht in der Lage, die so breite Arbeit inhaltlich zu bewerten. Ich kommentiere lediglich ein paar (Selbst)kritiken, wobei es auch wohlfeile gab (z.B. Opp K.-D.: Die KSPW – eine verpasste Gelegenheit für soziologische Forschung. In: Soziologie 2/2002 S.50-56).

Alle bedauern, dass der vom Wissenschaftsrat empfohlene *Vergleich mit Osteuropa* und der Blick von außen auf die deutsche Sondersituation in den entscheidenden Jahren so wenig von allen Programmen und praktisch überhaupt nicht von der KSPW geleistet wurde. Im Editorial der Abschlusskonferenz im März 1997 stellt Bertram zu recht nicht die praktisch verständlichen Gründe dafür in den Vordergrund, sondern die Folgen für die inhaltliche Analyse: „Der größere Forschungsmarkt hat dazu geführt, dass man sich zunehmend stärker auf Deutschland konzentriert statt solche internationalen Vergleiche anzugehen“ und damit übersah, dass die als Folgen der deutschen Einheit interpretierten Probleme „möglicherweise sehr viel stärker Ausdruck weltweiter Transformationsprozesse sind“ (Bertram 1997a S.421, 420. Bertram nennt die Krise des Wohlfahrtsstaates, Globalisierung und zweite Moderne. Wiesenthal, z.B.1995, war wie viele im Osten schon lange auf diesem Weg). Mit dem Begriff „größerer Forschungsmarkt“ beleuchtet Bertram nicht nur die leichtere Zugänglichkeit zu Fördermitteln besonders durch das Großunternehmen KSPW und das DFG-Schwerpunktprogramm. Aus diesem Blickwinkel war es auch ein Fehler, die Gestaltung des Programms so völlig der Selbstorganisation der sich engagierenden Wissenschaftler zu überlassen, wie BMFT es unterstützte. Freilich wären die richtigen Fragestellungen erst recht nicht bei stärkerem Eingehen auf das Ressortinteresse des BMA herausgekommen. Wieder kann man nur Vermutungen anstellen, ob tiefere Abneigungen gegen die Infragestellung der eigenen Denkgewohnheiten, genannt Theorie, dazu beigetragen haben, dass die Mühen abschreckten, geeignete Forschungsnetzwerke mit einer sich in Osteuropa ebenfalls rapid verändernden Wissenschaft aufzubauen, oder ob die Sorge bestand, die Ossis mit ihren besseren Kenntnissen der osteuropäischen Sprachen und ihren dortigen alten Verbindungen würden dabei zu eigenständige Partner werden. Letztere Befürchtung hörte man zwar, sie scheint mir aber – leider – in der Sache unbegründet, denn intellektuelle Reformer-Netzwerke im Ostblock waren wohl schwach, jedenfalls die Beteiligung aus der DDR (Helmut Steiner war eher eine Ausnahme, hatte man z.B. auf der Weimarer Konferenz im März 1996 –Fn 53- den Eindruck).

Auch in Richtung Westeuropa gab es eine Unlust der etablierten deutschen Sozialwissenschaften gegenüber diesen Fragen, nämlich auf die aus Delors' Weißbuch direkt abgeleiteten derartigen Problemstellungen im ersten sozialwissenschaftlichen Programm der Europäischen Union Targeted Socio-Economic Research (TSER) ab 1994 einzugehen (siehe oben FN 46 und Ziegler 1994). Dies habe ich

zu spüren bekommen, als ich einen von meiner Seite als Information und Ermunterung gedachten Rundbrief an die Sozialwissenschaften zum TSER schrieb (vom 12.11.1993) und Bolte freundlicherweise meine darin gesehene Einmischung und Anmaßung im Konzil der DGS abmildernd verteidigte (Brief Bolte an den Autor vom 1.12.1993).

Ein Unterfall dieses Problems waren die ebenfalls vernachlässigten Fragen der *Rückwirkung der Vereinigung auf die alte Bundesrepublik*, was alle Kritiker ebenfalls hervorhoben (Opp in: Soziologie 2002 S.53, Goedicke ebda. S.42 und Hinz ebda. S.49; die im Osten sowieso, neben den bereits Genannten z.B. Bericht zur KSPW-Abschlusskonferenz von N. Werz in: Deutschlandarchiv 30 (1997) S.624-629). Deren schönste Bestätigung kann in der Art gesehen werden, wie Kaase/Lepsius 1997 S.359 verarbeiteten, dass den DDR-Bürgern genau entgegengesetzt zur westlichen Vorstellung vom bürokratischen Sozialismus die westlichen übergestülpten Institutionen viel bürokratischer vorkamen als ihr „arbeiterliches“ (Engler) informelles System unterhalb des weit oben herrschenden Zentralismus: Dies wird von ihnen umstandslos gewendet in eine Bestätigung der neoliberalen Deregulierungsaufforderung (ebd., „Überregulierungen im Westen ins Bewusstsein gehoben“). Man staunt, was alles dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems an „sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen“ abgewonnen werden kann!

Die *Entdeckung der „Chaosqualifikation“* (Marz) der DDR-Bürger durch die westlichen Forscher (Hradil besonders 1996a und sprachlich ausgemalt bei Ulrich Beck, Das geteilte Lachen. In Süddeutsche Zeitung vom 2./3.10.1995) als ein individualistischer Vorteil fürs „coping“ in den Wirren der Anpassung hatte etwas Schulterklopperisches von Seiten des Westens - Ihr werdet es schon schaffen -, der endlich mal was Positives bei all den Zusammenbrüchen vermitteln wollte. Bei den ostdeutschen Sozialwissenschaftlern war darin in der Tat ein Stolz enthalten, den sie bis zur Avantgarde-eigenschaft steigerten (aber viel differenzierter auch als Blockaden, siehe Überblick bei Lay 1993b; zuletzt Engler 2002; Land 2003). Das ursprünglich eingeübte Improvisationsgeschick war aber nur funktional innerhalb der damaligen Wirtschaftsbeziehungen und Strukturen und wurde schnell kontraproduktiv nach deren rapider Zerstörung (nüchtern dazu Senghaas-Knobloch/ Lange 1992 bes. S. 91, 97 für die Arbeitswelt; für die kommunale Welt vgl. die Studie über den Zerfall der sozialdemokratischen Hochburg Freital von Walter/ Schlieber 2003). So richtig die dem Selbstlauf der Modernisierungstheorie entgegenstehende Analyse auch ist, dass „scheinbar rückständige Kulturmuster Ostdeutschlands sich durchaus als zukunftsorientiert erweisen können“ (Hradil 1996a S.77), so stark war zugleich der Beigeschmack, dass nun, als die „blühenden Landschaften“ sich nicht einstellten, der Westen stattdessen die Rückbesinnung auf den Wert regionaler und sonstiger Identitäten empfahl. Da half auch die Verpackung in Lob nicht. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hatte dies, wie immer im Gespür seiner Zeit etwas voraus, bereits in einer vielbeachteten

Rede am 18.März 1992 propagiert (in: Berliner Zeitung Nr.75 S.35 vom 28./29.3.1992) als Ausgleich für die ökonomisch kaum aussichtsreiche Aufholjagd. Dies geschah ironischerweise auf der Basis eines empirischen Regionalvergleichs seines Vordenkers Meinhard Miegel im Westen zwischen den Arbeitsamtsbezirken Leer und Balingen, der bei Arbeitslosenzahlen von 14.8% gegen 4, 2% eine größere Zufriedenheit bei den ökonomisch ärmeren Ostfriesen feststellte (Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn (IWG)-Mitteilungen I/92). Eine junge Garde der Sozialwissenschaftler im Osten (z.B. W. Engler, Th. Hanf, Th. Koch, A. Segert, M. Thomas, R. Woderich; vgl. im einzelnen Lay 1993a) folgt den bidenkopfschen Intentionen durchaus, verlangt aber als Pendant größere eigenständige Gestaltungsspielräume für endogenes Potential im Osten, deren Ausfüllung im späteren Verlauf kaum mehr vorstellbar ist, die aber jedenfalls über die auch jetzt noch wiederholten ökonomischen Rezepte von Niedrigsteuergebiet Ost/Freihandelszonen (Haussmann, Genscher, H. Schmidt, Dohnanyi u.a., die „Evergreens der Wirtschaftspolitiker“ in: Berliner Zeitung vom 6.4.2004 genannt) hinausgehen und spezifische Pläne regionaler Entwicklung nicht nur in ökonomischer Hinsicht beinhalten. Sie müssen auch mehr sein als ein „Trojanisches Pferd gesamtdeutscher Deregulierung“, die J. Nida-Rümelin als dritten Missbrauch der Vereinigung befürchtet (Frankfurter Rundschau Nr.98 I S/R/H/D vom 27.4.2004), nämlich Schutz zur Entfaltung eigener Identitäten.

Gerade beim an sich vorhandenen Bewusstsein, dass *zu einfache ökonomische Kriterien und Meßgrößen* den Diskurs um die Einheit bestimmten, wundert es, dass die „anderen“ Sozialwissenschaften, die in der KSPW versammelt waren, so wenig und erst recht nicht gebündelt die dominanten Begriffe aus der Ökonomie bezweifelten, sondern im Grunde deren „Erfassung der Wirklichkeit“ lediglich ergänzen wollten (die Zweifler im Umfeld schrieben mehr in ökonomischer Sprache und über Osteuropa, s. Fn 1, bes. Kl. Müller 1992, Hübner 1994, später M. Thomas 1999). Dabei war sogar in der Politik ein Unbehagen „über die Konzentration auf ökonomische Parameter“ nicht nur bei Biedenkopf und nicht nur als späte Ausrede zu spüren (z.B. die genannte „Kommission Wiederaufbau NBL der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ am 1.12. 93 bei der Präsentation der KSPW). So wurde z.B. in der Öffentlichkeit die „Produktivitätslücke“, das Zurückbleiben des Ostens beim Produktivitätsvergleich mit dem Westen, das als Argument für Lohnzurückhaltung rational ist, in seinen Ursachen mit laxer Arbeitsmoral, geringeren skills oder schlechter technischer Ausstattung in Verbindung gebracht, während er doch durch die Verkaufspreise der Produkte, also wertmäßig, nicht stofflich, nicht ausrüstungs- oder intelligenzmäßig bestimmt wird. In Wahrheit bekam der Osten schlicht keine Marktmacht und sogar der eigene Markt, anders als bei der Währungsreform 1948, wurde von außen überschwemmt<sup>55</sup>. Am besten konnte

---

<sup>55</sup> So eine frühe richtige Forschungshypothese aus dem Eduard Pestel Institut für Systemforschung Hannover, für die sich kein Finanzier fand. Als eigene Studie „Besteht eine Produktivitätslücke in den

man dies bei der Nahrungsmittelproduktion und Ernährungswirtschaft beobachten, trotz der inzwischen anerkannten Effizienz der übrig gebliebenen Nachfolger der LPGs, freilich mit welchen Nebeneffekten auf den ländlichen Raum, die bei der traditionellen Landwirtschaft Polens im Zeitraffertempo noch krasser bevorstehen. So ein Aufbegehren, um damit andere Sichten und deren Erfolgskriterien in die Öffentlichkeit zu bringen, hätte freilich einer Konzertierung bedurft, die in den Sozialwissenschaften nicht eingeübt ist.

Dennoch hat die KSPW die Öffentlichkeit mit notwendigen *Bündelungen* bei einigen Problemen erreicht, am besten wohl mit der Darlegung der Langwierigkeit einer vergleichbaren *Vermögensbildung* (KSPW-Bericht 2, der auch den seit 2001 eingeführten „Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung beeinflusst hat) und der *Grenzen* der Bewältigung des Wegfalls der Arbeit durch immer noch mehr *Arbeitsmarktinstrumente* (KSPW-Bericht 1; Land 2003 „System simulierter Erwerbsarbeit“). Beide Punkte gehören wohl heute zum diffundierten sozialwissenschaftlichen Gemeinwissen, bei dem man die Erarbeitung durch die Sozialwissenschaften vergisst. Dennoch ist auf diesem Boden keine Evaluation und Simulation alternativer Politiken entstanden oder auch nur vorgeschlagen worden. Man denke etwa an die offenbar fehlende Effektivität, die Messprobleme und die Nebeneffekte des Niedriglohnssektors, woran sich die großen sozialwissenschaftlichen Institutionen auch ohne Auftrag längst hätten begeben können.

Ob ein besseres öffentliches Verständnis bei der *demographischen* Frage auch schon früher erreichbar gewesen wäre, die heute oben auf der Agenda steht und so hilflose Aufrufe wie „Abwanderung muss gestoppt werden“ (E. Most in: Berliner Zeitung Nr.11 S. 11 vom 14./15.1.2005) produziert? Immerhin hat schon 1993/4 vor allem eine Studie der KSPW von R.Münz/ R.Ulrich (Was wird aus den NBL? Demographische Prognosen. Demographie aktuell Nr.3 HUB 1994) vor einem Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen von bis zu 70% gewarnt. Von der Presse wurde das mit Überschriften wie „Kitas in Ruhesitze umbauen? (Tagespiegel vom 6.1.1994 S.1 und 23) bis auf die Titelseiten transportiert, allerdings mit dem falschen Phantom von Rentnerparadiesen, das die Japaner zeitweilig mit der Planung von Südseeinseln mit Altenpflegerobotern verfolgten, während es für die Lebenskraft einer Region doch darauf ankommt, die jungen Menschen zu halten (so z.B. Bericht über Konferenz der Raumplaner in Magdeburg. Berliner Zeitung Nr.141 S. 2 -,„Tagesthema“- vom 19./20.6.2004). Aber kann man das der

---

NBL? Niedrige Werte aufgrund mangelnder statistischer Differenzierung führen zu falschen Schlussfolgerungen.“ von Klaus Peter Möller/Matthias Günther/Joey Schaffner 1999 veröffentlicht im Internet [www.pestel-institut.de](http://www.pestel-institut.de). Auch jetzt ist das Thema nur von ostdeutschen Wissenschaftlern aufgenommen worden, vgl. Engler 2002 S. 85f.; Land 2003 S. 89. Dabei war die „Überschwemmung“ der NBL durch den westdeutschen Handel und dessen Begünstigung durch die Politik schon ganz früh ein Thema, etwa bei der Regelung der Investitionszulage Ost. Vgl. Ziegler 1993 besonders Anm.40 und S. 700.



KSPW anrechnen, wenn man bedenkt, dass damals ausgerechnet in Rostock ein großes Max-Planck-Institut für demographische Forschung errichtet wurde, das mehr Ressourcen bekam als die gesamte Demographie in den Hochschulen und erst heute damit herauskommt, der demographischen „Politikdiskussion fehlt die verlässliche statistische Grundlage“ (M.Kreyenfeld in: Demografische Forschung aus erster Hand Jg. 1 (2004) Nr. 3 S. 4), so richtig das ist? Die einschlägigen Berichte der KSPW haben die demographischen Fragen durchaus bearbeitet und besonders auf die drohenden *regionalen Disparitäten* hingewiesen (KSPW-Bericht 1 zur Beschäftigungsentwicklung und Gefahr des „Filmrisses demographischer Reproduktion“ mit früher Warnung auch zum ländlichen Raum; KSPW-Bericht 2 zu Ungleichheit und Sozialpolitik und ganz besonders KSPW-Bericht 5 zu Städte und Regionen), aber sie sind damit nicht durchgedrungen.

Überhaupt ist es bei der Beurteilung der Leistung der KSPW in jener kurzen Zeit angemessen, auch in den Blick zu nehmen, welche Summen und Jahre in einschlägige Institutsgründungen und –neubauten in den NBL gingen, bevor überhaupt deren Arbeit sichtbar wurde. Sorge macht jetzt vielmehr, dass das reiche Material liegen bleibt, weil 88% der westdeutschen Universitäten schon im Wintersemester 2000/2001 „kein Ostdeutschland-bezogenes Seminar mehr im Programm haben“ ([www.hof.uni-halle.de](http://www.hof.uni-halle.de)).

Für eine Herabsetzung der Forschungsarbeiten der KSPW durch einige hochmögliche Berichterverfasser, die in der KSPW fundierte Forschung für ihre Schlussfolgerungen kaum vorzufinden meinten (Hradils Verdikt als Lehrlingsforschung und Hormuth siehe Fn 53) besteht wohl wenig Anlaß. Aber selbst unter den ungu-ten Begleiterscheinungen und dem Zeitdruck bleibt, weil strukturell bedingt, als Kritik an der KSPW, dass die Ungeübtheit, vielleicht sogar Unfähigkeit zur Zusammenarbeit, um geeignete Grundlagen für gemeinsame Analyse interdependen-ter Probleme und erst recht für gemeinsame Folgerungen zu schaffen, daran hin-derete, das Ziel einer von der Wissenschaft selbst organisierten Sozialberichterstat-tung als neue Forschungsorganisation ernst zu nehmen, das formal schon ganz früh propagiert wurde.

## **XV. Was könnte ‚Wissenschaftsgetragene Sozialbericht- erstattung‘ sein?**

In der Tat war schon sehr früh im Leben der KSPW diese Aufgabe als Ziel ge-nannt und bis in Schreiben der Minister eingegangen (Brief Minister Riesenhuber an BMA vom 7.1.1993 „vernetzte Sozialberichterstattung (SozBE) mit Anwen-

dungsbezug“; siehe oben IX)<sup>56</sup>. Auf eine entsprechende Intervention des SPD-Abgeordneten Edelbert Richter MdB (siehe FN 53) antwortete PSt Neumann für den Minister (Brief vom 14.5.1996), er hoffe, dass die Förderung der KSPW „insofern Früchte trägt, als dass die gesamten Sozialwissenschaften eine neue Form der Zusammenarbeit eingeübt haben und mehr integrierte Beiträge für eine von der Wissenschaft getragene Sozialberichterstattung erbringen“. Es sei aber „zunächst Aufgabe der Sozialwissenschaften selbst, dazu entsprechende Vorschläge zu erarbeiten und um Unterstützung zu werben“. An „solchen Strukturierungsvorschlägen“ habe der BMBF Interesse, in dessen Förderung bereits die meisten „Großgeräte der Sozialwissenschaften“ liegen. Dies enthielt das volle Programm für die Folgerungen aus der KSPW.

Voraussetzung solcher Ambitionen für die Sozialwissenschaften war – in der aufgeklärten Politik – die Vorstellung, „sie könnten – unparteiisch und frei von den Wünschen der Regierungen und Privilegierten – Alternativen des Handelns aufzeigen; sie könnten Möglichkeiten sozialen Verhaltens bewusst machen“ (Barrington Moore 1958/1966 S.120), also unverändert die Sicht der 60er Jahre auf eine „Leitdisziplin“, weil sie dazu befähigte, „dass die Menschen die Probleme nicht nur verstehen, sondern auch Ansatzpunkte für die Lösung ... erkennen konnten“ (Horst Kern, *Die Wiederkehr der Soziologie*. In: *Wissenschaften* 2001. Sonderdruck Vortrag AdW Göttingen).

Die Politik war auch in den folgenden Jahren für dieses Ziel erstaunlich aufgeschlossen und bereit, verschiedene Ansätze für den Aufbau wissenschaftlicher SozBE trotz des „Verbots“ des Parlaments für irgendeine Fortsetzung der KSPW zu fördern. Als der BMBF über das bereits zum Ende der KSPW erreichte Öffnen der faktisch anonymisierten Mikrodaten der Statistik (Mitteilung z.B. im *Berliner Journal für Soziologie* 7(1997) S.631) für die Wissenschaft hinausgehen wollte

---

<sup>56</sup> Bereits im BMFT-Schreiben an H. Esser vom 10.3.1992 wird angeregt, von Seiten der Sozialwissenschaft selbst die bevorstehenden Evaluationen der Großinstrumente (Sozio-ökonomisches Panel SOEP, GESIS.) im Wissenschaftsrat zu nutzen, um die auch international beachtliche Infrastruktur mit dem Netzwerkgedanken für eine wissenschaftsgetragene SozBE zu verbinden und auf dem „Übungsfeld“ der KSPW aufzubauen (ebenso BMFT-Rundschreiben an KSPW vom 19.7.1993). BMFT forderte den Wissenschaftsrat entsprechend auf. Minister Paul Krüger unterstützte in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats vom 7.9.1993 „die weitgehende Selbstorganisation der beteiligten sozialwissenschaftlichen Disziplinen bei der großen Aufgabe, ... durch eine von der Wissenschaft getragene SozBE Grundlagen für Handlungsempfehlungen zu legen“. Minister Rüttgers fordert im Schreiben vom 15.3.1995 den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats auf, unabhängig von der KSPW nachzudenken, „wie sich die bleibenden Aufgaben einer interdisziplinären und zugleich regionalisierten SozBE ... erfüllen lassen“. Die Evaluationen des Wissenschaftsrats von SOEP und GESIS liefen aber eher konventionell ab, nicht als Strukturempfehlung für die Weiterentwicklung der Infrastruktur der Sozialwissenschaften. In den Empfehlungen des Wissenschaftsrats „zur Stärkung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen“ (WissRat-Drs.5455-02 vom 15.11.2002), die Richard Hauser mitgeprägt hat, ist davon schon etwas mehr zu merken. Zu einer Sicht auf die gesamten Sozialwissenschaften auf durchaus praktischer Ebene vgl. Gert G. Wagner 2002.

und mit H.-J. Krupp und J. Hahlen an der Spitze eine „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI)“ bereits ihre Empfehlungen abgegeben hatte (KVI Hrsg.: Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Baden-Baden: Nomos 2001), war der „schwierigste Partner die Wissenschaft selbst, nämlich wie sie sich dafür organisiert, die gebotenen Chancen auf dem vorgeschlagenen Weg so anzunehmen, dass ohne verbriefte institutionelle Macht ...einfach aus der Wissenschaft bessere konzertierte Vorschläge kommen, was man messen muss und wie neue Daten entstehen sollen“. „Mein Traum ist immer noch“, schrieb ich am 16.11.2001 an H.-J. Krupp, „dass sich die Wissenschaft so organisiert, dass sie auch einmal ein Statistikkonzept oder Rahmen dafür entwirft, mit denen man alternative politische Strategien in ihrer Wirkung besser beurteilen und vielleicht sogar möglichst vorab abschätzen kann“. Ob man damit schon unter das Verdikt fällt, man wolle der Wissenschaft „überzogene Erklärungsansprüche aufnötigen“, die eine „reife Wissenschaft“ zurückweist (Joas/ Kohli 1993 S.11)? Nein, man braucht sich dafür nicht einmal auf das den westlichen Sozialwissenschaften noch fremde „Rio-Paradigma“ zu berufen, man befindet sich auf dem Boden der OECD-Welt, die zur selben Zeit eine neue Wertschätzung der Sozialwissenschaften verbreitete: „Into the future with social sciences“. „It is not forbidden to dream of building a better world, which is by and large what the social sciences try to help us to do“(OECD-Observer No. 217/218 Summer 1999 p.76ff.). Man möchte mit D. Käsler hinzufügen: „Wenn sie keine Vorlagen mehr für einen utopischen Realismus produzierte, verlöre sie ihre innere Legitimation“ (S.27 in: Fritz-Vannahme 1996) oder den frühen europäischen Aufruf an die Professionen von Dierkes/Biervert 1992 S.610, 633 für „integrating social relevance and academic achievement“.

Aber welche Forschungsorganisation ist für dieses Ziel am besten geeignet? Die KSPW diskutierte über „Forschungsinitiativen in Auswertung der Tätigkeit der KSPW“ intensiv. Bei einem Gespräch mit dem Kuratorium am 5.10.1995 lagen mehrere Vorschläge dafür vor. Sie reichten im Laufe der Zeit von relativ konventionellen organisatorischen Vorstellungen eines „Transformationskollegs“ zum Nachholen des Vergleichs mit Osteuropa (Leibfried mit Ergänzung nach dem Vorbild der „area studies“ von Hauser vom Frühjahr 1995; ähnlich Hradil 1996b S.302) über verständliche Forderungen nach einem oder zwei ostdeutschen öffentlichen sozialwissenschaftlichen Instituten (Kollmorgen 1996b S.403; vgl. oben Fn 53 Weimarer Erklärung), einem Forschungsverbund aus unterschiedlichen Instituten in den einzelnen Ländern mit einer stabilisierenden 1/3- Grundfinanzierung und der Aufgabe eines gemeinsamen jährlichen Berichts (Reißig Ms. September 1995, dazu Initiativen für Sonderforschungsbereiche bei der DFG, vgl. Fn 45), einer systematischen Strategie zum Aufbau von An-Instituten an den Ost-Universitäten zur Erreichung der notwendigen „Betriebsförmigkeit, Professionalität, Spezialisierung und interpersonellen Kontinuität“ in einem „Netzwerk wech-

selseitiger Unterstützung und Arbeitsteilung“ (Lutz Ms. Juli 1995) bis zu einer direkten Ableitung aus dem Kommissionsmodell der KSPW für eine temporäre freiwillige Zusammenarbeit von Hochschullehrern zwecks Bearbeitung komplexer sozialwissenschaftlicher Forschungsthemen und zentraler Problemkomplexe zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung (Bertram Ms. Frühjahr 1995 bes. zur Regionalisierung; dann 1995 S.440; Brief an Ed. Richter MdB vom 4.6.1996, an Minister Rüttgers vom 3.7.1996; dann 1997b S.425, 430f.). Die KSPW „als forschungspolitisches Modell“, das man ad-hoc und im Vergleich mit einer Institutsfinanzierung zu geringen Kosten aus ehrenamtlich Tätigen zusammenstellen kann, hatte auch das KSPW-Kuratorium bei seiner abschließenden Bewertung im Februar 1998 der Politik als wissenschaftsorganisatorischen Ansatz empfohlen, mit dem „die Sozialwissenschaftler neue Impulse für das öffentliche Verständnis ‚großer Themen der Zeit‘ geben und durch eine wissenschaftsgetragene SozBE einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Handlungsoptionen zur Gestaltung von Gesellschaft erbringen können“ (in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Juni 1998 S.398-400 und in: Soziologie 2/1998 S.22-26).

Das klingt gut, aber wo sind denn seither Initiativen aus den Sozialwissenschaften dafür? Tsunamis oder Wiedervereinigungen mit ihren Adrenalinstößen zumal für Geldflüsse ereignen sich relativ selten. Ich sehe die Überführung in die Normalität der weiter fragmentierten Sozialwissenschaften nicht und zweifle, ob „betriebsförmige Forschung“ (Bolte) zum ausdauernden Bohren dicker Bretter und Konzertierung für bessere Datengrundlagen dadurch erreichbar sind. Es bleibt wohl ein Traum, der wenig mit der akademischen Wirklichkeit zu tun hat. Zugleich ist „die Hoffnung, durch eine institutionelle Organisationsform Interdisziplinarität erzwingen zu können, womöglich trügerisch“ (D. Simon 1998 S.520; statt Inter- oder Transdisziplinarität würde es ausreichen, von einer Orientierung der Forschungsagenda und -organisation am ‚realen komplexen Problem‘ zu sprechen H.Z.). Aber die Erwartung, dass „Zerstörung herrschender Folklore“ (Lepsius 2003 S.26) und die unabhängige Analyse uns heute ängstigender oder unerkannter langfristiger Probleme mit dem Ziel, zu deren Lösung beizutragen, weiter Anziehungskraft und Organisationsprinzip der Sozialwissenschaften ausmachen, kann man nicht aufgeben. Wozu bräuchte man sie sonst?

Hansvolker.Ziegler@t-online.de

## Literaturverzeichnis

- Berger, Johannes (1986): Die Nachkriegsprosperität: Ein nach innen gewandter Imperialismus. In: Soziologische Revue 9 S.127-132
- Berger, Johannes (1996): Editorial S. 8-12, Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr nur unterstellt? S. 45-62. In: Leviathan 1996 H. 1
- Bertram, Hans (1995): Strukturwandel der Lebensbedingungen. Strukturwandel der Wissenschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 5.Jg. S. 435-441
- Bertram, Hans (1997a): Editorial. In: Berliner Journal für Soziologie 4/97 (Vorträge beim Abschluss-symposium der KSPW am 17.3.1997) S.419-421
- Bertram, Hans (1997b): Die KSPW als forschungspolitisches Modell. In: Berliner Journal für Soziologie 4/97 (Vorträge beim Abschluss-symposium der KSPW am 17.3.1997) S. 425-433
- Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands und ihre Erforschung. Eine Einführung in die Arbeit der KSPW und in die Beiträge des Bandes. In: Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske+Budrich S. 9-30
- Beyme von, Klaus (1996): Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuten deutschen Sonderweges. In: Berliner Journal für Soziologie 6.Jg S. 305-316
- Bleek, Wilhelm (1990): Der Aufbau der Politikwissenschaft in der ehemaligen DDR. in: Deutschlandarchiv 22 (1990), S. 1678-1688 (Vortrags-Ms. für 27.6.1990)
- Bleek, Wilhelm (2001): Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München: Beck
- Bloch, Roland/ Pasternack, Peer (2004): Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse. Arbeitsberichte Nr.2/04 des Instituts für Hochschulforschung an der MLU Halle-Wittenberg e.V.
- Bolte, Karl Martin (1992): Zur Entwicklung der Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Rammstedt, Ottheim/ Schmidt, Gert (Hrsg.): BRD ade. Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern. Frankfurt: suhrkamp (ed suhrkamp NF 773) S.123-145
- Bolte, Karl Martin/ Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) (1998): Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration. (Soziale Welt Sonderband 11) Baden-Baden: Nomos
- Bosch, Aida/ Kraetsch, Clemens/ Renn, Joachim (2001): Paradoxien des Wissens-transfers. Die ‚neue Liaison‘ zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und sozialer Praxis durch pragmatische Öffnung und Grenzerhaltung. In: Soziale Welt 52 S.199-218

- Brie, Michael/ Klein, Dieter (1993): Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage. Berlin: Dietz
- van den Daele, Wolfgang (1997): Soziologische Beobachtung und ökologische Krise. In: Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt/New York 1997 Bd. 1 S.569-578
- Dierkes, Meinolf/ Biervert, Bernd (Hrsg.)(1992): European Social Science in Transition. Assessment and Outlook. Frankfurt/Boulder: Campus/Westview
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau, zitiert nach Taschenbuch 2004
- Esser, Hartmut (1997): Die Scheu der Soziologen vor dem Sonderforschungsreich. In Soziologie 1/97 S. 30-38
- Esser, Hartmut (Hrsg.) (2000): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Fleck, Christian (Hrsg.) (1996): Wege zur Soziologie nach 1945. Biographische Notizen. Opladen: Leske+Budrich
- Fritz-Vannahme, Joachim (Hrsg.) (1996): Wozu heute noch Soziologie? Ein Streit aus der ZEIT. Opladen: Leske+Budrich (Mit Beiträgen von W.Dettling, D.Käsler, R.Dahrendorf, H-P. Müller, P.Wagner, G.Schulze, R.Mayntz und P.Bourdieu)
- Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hrsg.) (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: Rotbuch (Konferenz am 12. Oktober 1990 in Gießen mit Beiträgen der Hrsg., von U.Beck, A.Meier, W.Zapf, A.Weymann, J.Weiss, R.Lepsius. C.Offe, K.U.Mayer, H.Hartmann, D.Segert, K.von Beyme, O.Kallscheuer)
- Glaeßner, Gert-Joachim (1995): Das Ende des Kommunismus und die Sozialwissenschaften. In: Deutschlandarchiv 1995 S. 920-936
- Glaeßner, Gert-Joachim/ Zimmermann, Hartmut (1987): Politische Soziologie der DDR –Forschungsfelder des Arbeitsbereichs DDR-Forschung und –Archiv. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr.1 Oktober 1987
- Hartwich, Hans-Hermann/ Weber, Göttrik (1990): Bericht über Entwicklungspotentiale für eine grundständige Forschung und Lehre, Schwerpunktbildungen, Wissenschaftsstrukturen und Studiengänge vom 20.Okt.1990 für DVPW, gefördert vom BMBF. Zusatz: Aktuelle Problemstellungen (Stand 3.11.1990) Bericht für den Arbeitskreis „Politikwissenschaft“. Ms. 62 und 9 Seiten
- Hauß, Friedrich/ Kollmorgen Raj (1993): Die KSPW im Transformationsprozeß. Geschichte, Aufgaben, Arbeitsweise und erste Ergebnisse. In: Berliner Debatte/ Initial 1993 Heft 3 S.35-53
- Henrich, Dieter (1991): Warnzeichen für die Wissenschaftspolitik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 29 S. 29 vom 4.2.1991

- Hradil, Stefan (1996a): Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland. In: Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hrsg): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S. 55-79
- Hradil, Stefan (1996b): Die Transformation der Transformationsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie 6. Jg. S. 299-303
- Hübner, Kurt (1994): Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation. In: Berliner Journal für Soziologie 4 S.345-363
- ISF München (1990): Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München 1965-1990. Vorträge zum 25jährigen Bestehen des ISF und zum 65. Geburtstag von Burkart Lutz
- Jahoda, Marie/ Lazarsfeld, Paul F./ Zeisel, Hans (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt:Suhrkamp 1975
- Jakowlew, Alexander (2003): Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie. Leipzig: Faber und Faber
- Joas, Hans/Kohli, Martin (Hrsg.) (1993): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt: Suhrkamp
- Kaase, Max (1994): Der Wissenschaftsrat und die Reform der außeruniversitären Forschung der DDR nach der deutschen Vereinigung. In: Reuband, Heinz/ Pappi, Franz Urban/ Best, Heinrich (Hrsg.) Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive. Festschrift für E.K.Scheuch zum 65 Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag S. 305-341
- Kaase, Max (1996): Von der inneren Einheit ist die Bundesrepublik noch weit entfernt. In: Frankfurter Rundschau Nr.230 vom 2./3. 10 1996 S. 15
- Kaase, Max (1997): Die Rolle der DFG für die Sozialwissenschaften. In: Soziologie 1/97 S. 12-18
- Kaase, Max / Lepsius, M.Rainer (1997): Transformationsforschung. In: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Perspektiven der Forschung und ihrer Förderung: Aufgaben und Finanzierung 1997-2000. Weinheim: VCH Verlag / wiederabgedruckt in: Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (Hrsg): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske+Budrich 2001 S.343-363 (zitiert nach Wiederabdruck)
- Klein, Dieter (1994): Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation. In: BISS public Nr. 13 S. 33-44
- Klein, Dieter (1996): Zwischen ostdeutschen Umbrüchen und westdeutschem Wandlungsdruck. In: Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hrsg): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S. 17-39
- Klein, Fritz (2000): Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen. Frankfurt: Fischer

- Kollentai, Vladimir (1999): Social transformations in Russia. In: ISSJ 159 p.103-121
- Kollmorgen, Raj (1994): Auf der Suche nach Theorien der Transformation. In: Berliner Journal für Soziologie 4 (1994) S. 381-399 und Tagungsbericht S.431-435
- Kollmorgen, Raj (1996a): Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien. In: Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S. 281-331
- Kollmorgen, Raj (1996b): Außeruniversitäre Soziologie und Einheit. In: Berliner Journal für Soziologie 6.Jg. S. 391-406
- Kollmorgen, Raj/ Lohr, Karin/ Simon, Dagmar/ Sparschuh, Vera (1997): Ohne Netz und doppelten Boden: Lage und Zukunftsaussichten sozialwissenschaftlicher Institute und Vereine in den neuen Bundesländern. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Opladen: Leske+Budrich S. 165-192
- Kollmorgen, Raj/ Bertram, Hans (2001): Das fünfte Rad am Wagen? Die (ost)deutschen Sozialwissenschaften im Vereinigungsprozeß. In: Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske+Budrich S.389-424
- Krause, Günter (1998): Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg: Metropolis
- Kreckel, Reinhard (1994): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Umbau. Der Hallesche Graureiher 94-3 (Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
- Kreckel, Reinhard/ Pollack, Detlef (1996): Theorien der Transformation. Einleitung. In: Verhandlungen des 27. Deutschen Soziologentages in Halle 1995. Frankfurt/ New York 1996 S. 211-213
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – Nichts Neues. In: Mayntz, Renate (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. Frankfurt: Campus S. 205-217
- KSPW (Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.) (1994): Theoretische Probleme der Transformationsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie Heft 3/ 1994 (Tagung des Diskussionskreises ‚Transformationstheorie‘ am 7./8. Mai 1993 in Halle mit Beiträgen von J.Weiß, W.Zapf, K-U.Mayer, R.Reißig, K.Hübner, B.Lutz und R.Kollmorgen und Bibliographie)
- KSPW (Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.) – Berichte 1 – 6 (1996): Sechs Bände . Opladen: Leske + Budrich
- KSPW (Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.) (1997): Stand und Perspektiven des sozialen und politischen Wandels in Ostdeutschland. In: Berliner Journal für Sozio-



- logie 7 Heft 4 (Abschlusskonferenz der KSPW am 17.3.1997 in Berlin mit Beiträgen von Bertram, Benz, Lutz, T.Hahn, Hauser, K-P Schwitzer, von Maydell, D. Neumann, R. Will, Kaase, Wollmann, Derlien, R. Brachmann, Hormuth, Silbereisen, Strubelt, H. Petzold, I. Reuther und M. Klein)
- Land, Rainer/Possekel, Ralf (1992): Intellektuelle aus der DDR. Forschungsbericht im Auftrag der KSPW. Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH Oktober 1992
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte INITIAL 14/6 S.76-95
- Lauermann, Manfred (1996): Transformation ohne Transformationstheorie. In: Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hrsg): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S.263-279
- Lay, Conrad (1990): Geistlose Langeweile und schwarze Flecken. Zur Lage der Soziologie in der ehemaligen DDR. In: Frankfurter Rundschau Nr.233 vom 6.10.1990 S.23
- Lay, Conrad (1993a): Fortschritt als Aufholjagd? Die Modernisierungsdebatte in Ostdeutschland. Ms. der Sendung des Hessischen Rundfunks 2.Programm vom 29.6.1993 21h
- Lay, Conrad (1993b): Aufholjagd endet in der Sackgasse. Die Kritik der ostdeutschen Soziologen an der ‚nachholenden Modernisierung‘. In: Frankfurter Rundschau Nr.243 vom 19.10.1993 S.11
- Lehmbruch, Gerhard (1995a): Die Politikwissenschaft und die deutsche Vereinigung. In: Berliner Debatte INITIAL 3/1995 S.84-115 (Eröffnungsvortrag DVPW-Kongreß Potsdam August 1994 mit Anlagen)
- Lehmbruch, Gerhard (1995b): Rationalitätsdefizite, Problemvereinfachung und unbeabsichtigte Folgewirkungen im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: WZB-Jahrbuch 1995. Berlin: Ed.Sigma
- Lepenies, Wolf (1992): Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung. Berlin: Corso bei Siedler
- Lepsius, M. Rainer (1990): Zur Lage der Soziologie an den Universitäten der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg 42 S.313-323
- Lepsius, M. Rainer (1991): Zur Entwicklung der Soziologie in den neuen Bundesländern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg 43, S.138-145
- Lepsius, M. Rainer (1993): Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 45 , S.305-337
- Lepsius, M. Rainer (2003): Die Soziologie ist eine Dauerkrise. Ein Gespräch mit Georg Voderberg. In: Soziologie 3/2003, S. 20-30
- Lötsch, Ingrid / Meyer, Hansgünter (Hrsg.) (1998): Die Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung: Beiträge

- zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch. Berlin:Trafo-Verlag Weist (WiSoS-Schriften Bd.11)
- Lötsch, Manfred (1990): Schwierigkeiten des Aufbruchs. Krise und Wende der DDR-Soziologie (Eine Skizze). In: Forum Wissenschaft 1/1990 S. 17-18
- Lutz, Burkart (1975): Zur Lage der soziologischen Forschung in der Bundesrepublik – Ergebnisse einer Enquete der DGS. In: Soziologie 1/75 S. 4-105
- Lutz, Burkart (1984/89): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus 1989
- Lutz, Burkart (1994a): Das „Projekt Moderne“ liegt noch vor uns! Zur Notwendigkeit einer neuen Makrotheorie moderner Gesellschaften. In: Derlien, Hans-Ulrich/
- Gerhardt, Uta/ Scharpf, Fritz (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse: Festschrift für Renate Mayntz. Baden-Baden: Nomos S.513 – 526
- Lutz, Burkart (1994b): Institutionen und Interessen - Erste Thesen und Überlegungen zum Prozeß der System-Transformation. In: Berliner Journal für Soziologie 4 S.365-379
- Lutz, Burkart (1996): Die gegenwärtige Lage der westlichen Industrienationen und der Zusammenbruch des Staatssozialismus – Eine Replik auf Dieter Klein. In: Kollmorgen, Raj/ Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S. 41-53
- Lutz, Burkart (2003): Verpasste Gelegenheiten und nachzuholende Lektionen. Einige (selbst)kritische Überlegungen zur deutschen Transformationsforschung der 90er Jahre. In: Brüssig, Martin/ Ettrich, Frank/ Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Konflikt und Konsens. Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Opladen: Leske+Budrich 2003 S.287-305
- Lutz, Burkart (2005): Gespräch: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. In: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte/ Heft 1+2/ 2005 S.43-48
- Lutz, Burkart / Schader-Stiftung (Hrsg.) (1997): Schaderpreis 1997. Burkart Lutz. Darmstadt: Schader Stiftung
- Markovits, Inga (1993): Die Abwicklung. Ein Tagebuch zum Ende der DDR-Justiz. München: C.H.Beck
- Mayntz, Renate (1994a): Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Frankfurt/New York: Campus
- Mayntz, Renate (1994b): Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften. In: BISS public Nr.13/1994 S.21-24
- Mayntz, Renate (1995a): Sektorale Unterschiede in der Transformation des Wissenschaftssystems der DDR. Referat in der ad-hoc-Arbeitsgruppe „Korporative Steuerung der sektoralen Transformation Ostdeutschlands“ am 4.4.1995

- beim 27. Deutschen Soziologentag in Halle. Ms., und in: Berliner Journal für Soziologie 5.Jg. (1995) S.443-453
- Mayntz, Renate (1995b): Historische Überraschungen und das Erklärungspotential der Sozialwissenschaften. Heidelberger Universitätsreden Band 9. Heidelberg: C.F.Müller
- Mayntz, Renate (1996): Gesellschaftliche Umbrüche als Testfall soziologischer Theorie. In: Verhandlungen des 27. Deutschen Soziologentages in Halle 1995. Frankfurt/New York 1996 S. 141-153
- Meyer, Hansgünter (Hrsg.) (1992): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation grosser gesellschaftlicher Systeme. Berlin: Akademieverlag, darin besonders Hansgünter Meyer, Soziologie und zeitgeschichtliche Orientierungen S.32-58
- Moore, Barrington (1958): Strategie in der Sozialwissenschaft (1958). In: Zur Geschichte der politischen Gewalt. Drei Studien. Frankfurt: Suhrkamp 1966 S. 85-120
- Müller, Klaus (1992): ‚Modernising‘ Eastern Europe. Theoretical problems and political dilemmas. In: European Journal of Sociology XXXIII, p.109-150
- Neidhardt, Friedhelm (1991): Würdigung. Karl Martin Bolte zum 65.Geburtstag. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 43 S.191-192
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993. in: Mayntz, Renate (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. Frankfurt: Campus S. 33-60
- Peter, Lothar (1990): Legitimitätsbeschaffung oder ‚machtkritische Subkultur‘? Marxistisch-leninistische Soziologie und Systemverfall in der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg.42 S.611-641
- Peter, Lothar (1992): Parsons in Ostdeutschland? In: Forum Wissenschaft Heft 4/1992 S.48-50
- Peter, Lothar (1994): Kritische Anmerkungen zur modernisierungstheoretischen Interpretation des Umbruch- und Transformationsprozesses in Ostdeutschland. In: BISS public Nr.13/1994 S. 11-20
- Pollack, Detlef (2001): Wie modern war die DDR? Frankfurter Institut für Transformationsstudien. Arbeitsberichte No.4/01
- Priewe, Jan/ Hickel Rudolf (1991): Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung. Frankfurt: Fischer
- Rehberg, Karl-Siegbert (1992): Auch keine Stunde Null. Westdeutsche Soziologie nach 1945. in: Pehle, Walter H./ Sillem, Peter (Hrsg): Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945. Frankfurt: Fischer S.26-44
- Reißig, Rolf (1994): Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: Berliner Journal für Soziologie Jg. 4 S. 323-343

- Reißig, Rolf (1996): Perspektivenwechsel in der Transformationsforschung: Inhaltliche Umorientierungen, räumliche Erweiterung, theoretische Innovation. In: Kollmorgen, Raj / Reißig, Rolf/ Weiß, Johannes (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. (KSPW: Transformationsprozesse Bd. 8) Opladen: Leske+Budrich S. 245-261
- Reißig, Rolf (1998): Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven. In: Politische Vierteljahresschrift 39.Jg S. 301-328
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft: Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung. Berlin: Dietz
- Reißig, Rolf/ Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.) (1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin: Dietz
- Richter, Edelbert (Hrsg.) (1997): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort. Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. In: hochschule ost special Juli 1997
- Sahner, Heinz (Hrsg.)(2000): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger als erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden: Nomos (mit Beiträgen von M.R.Lepsius, L.von Friedeburg, B.Lutz, H.Popitz, L.Rosenmayr, E.K.Scheuch)
- Schäfers, Bernhard (1993): Zur Lage des Fachs nach der Vereinigung. In: Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992. Frankfurt/New York 1993 S. 827-833
- Schlegel, Uta (1996): Außeruniversitäre soziologische Forschung in den neuen Bundesländern. In: Berliner Journal für Soziologie 6.Jg S. 428-431 (Bericht über KSPW-Tagung Mai 1996)
- Schluchter, Wolfgang (1996): Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Frankfurt: Suhrkamp
- Segert, Dieter (1998): Subjektiver Rückblick auf ein gescheitertes Unternehmen: die DDR-Politikwissenschaft im Jahre 1990. in: Meyer, Hansgünter/ Steiner, Helmut (Hrsg): Wissenschaft und Politik – Diskurs. Kolloquien-Beiträge zu aktuellen Problemen der F&T-Politik. Berlin: WiSoS S.328-340
- Seibel, Wolfgang (2003): Suchen wir an der richtigen Stelle? Einige Bemerkungen zur politikwissenschaftlichen Forschung nach dem Ende des Kalten Krieges. In: PVS 44 S.217-228
- Senghaas-Knobloch, Eva/ Lange, Hellmuth Hrsg (1992): DDR-Gesellschaft von innen. Arbeit und Technik im Transformationsprozeß. Friedrich-Ebert-Stiftung Forum humane Technikgestaltung Heft 5
- Simon, Dieter (1991): Evaluationssplitter. In: Simon, Dieter (Hrsg.): Rechtshistorisches Journal 10 S. 399-425. Frankfurt: Löwenklau Gesellschaft e.V.
- Simon, Dieter (1998): Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft. in: Kocka, Jürgen/ Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung: Dis-

- ziplinen im Umbruch. (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen Bd.6). Berlin: Akademieverlag S.509-523
- Steiner, Helmut (2002): Soziologie und Gesellschaft – ein widerspruchsvolles Verhältnis. Reflexionen zur deutsch-deutschen Soziologie-Entwicklung seit 1945. In: Friedrich, Walter (Hrsg.): Soziologie und Gesellschaft- ein widerspruchsvolles Verhältnis. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen S. 9-72
- Stucke, Andreas (1991): Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Wege zur deutschen Einheit. Vortrag auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung GWTF am 5.12.1991. Ms. der Vortragsfassung (später in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 51/92 vom 11.12.1992)
- Süß, Walter (1999): Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin: Ch. Links
- Thomas, Michael (1999): Neoinstitutionalismus, Economic Sociology und der Transformationsfall. Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT) Arbeitsberichte Nr.8/99
- Wagener, Hans-Jürgen (Ed.) (1998): Economic thought in communist and post-communist Europe. London/ New York: Routledge
- Wagener, Hans-Jürgen (2002): Demand and Supply of Economic Knowledge in Transition Countries. In: Kaase/Sparschuh (eds.) Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989 – 2001) S.195 – 203. Bonn/Berlin/Budapest
- Wagner, Gert G. (2002): Sozialberichterstattung und Politikberatung. In: Glatzer, Wolfgang/ Habich, Roland/ Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Für Wolfgang Zapf. Opladen: Leske+Budrich S.405-420
- Wagner, Peter (1996): Über den Westen wenig Neues. Soziologische Theorien des sozialen Wandels und der Moderne. In: Berliner Journal für Soziologie 6.Jg. S.419-427
- Walter, Franz/ Schlieben, Michael (2003): Von der roten Stadt zur toten Stadt? Das Beispiel Freital. In: Busse, Tanja/ Dürr, Tobias (Hrsg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance. Berlin: Aufbau S. 219-239
- Wiesenthal, Helmut (1995): Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation. In: Berliner Journal für Soziologie 5.Jg. S. 515-532
- Wissenschaftsrat (1992a): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. (Beschluß vom 13.3.1991)
- Wissenschaftsrat (1992b): Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin. (Beschluß vom 17.5.1991).

- in: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschul-  
landschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I S. 57-80
- Zapf, Wolfgang (1990): Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Ver-  
handlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990.  
Frankfurt/New York: Campus 1991 S. 23-39
- Zapf, Wolfgang (1994a): Die Transformation in der ehemaligen DDR und die  
soziologische Theorie der Modernisierung. In: Berliner Journal für Soziolo-  
gie Jg.4 S.295-305
- Zapf, Wolfgang (1994b): Zur Theorie der Transformationen. In: BISS public  
Nr.13/1994 S. 5-9
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade  
der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 1996 H.1 S. 63-77
- Zapf, Wolfgang (2002): Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung. WZB-  
Vorlesungen 5
- Zapf, Wolfgang/ Thurn, Georg (Hrsg.) (1990): Zur Lage der sozialwissenschaftli-  
chen Forschung in der ehemaligen DDR: Wissenschaftliche Interessen, For-  
schungserfahrungen, Strukturprobleme, Kooperationswege. (WZB-  
Konferenz vom 5./6. November 1990) WZB-Papiere P 90 - 008
- Zapf, Wolfgang/ Habich, Roland (1995): Die sich stabilisierende Transformation  
– ein deutscher Sonderweg? In: WZB-Jahrbuch 1995. Berlin: ed.sigma S.  
137-157
- Ziegler, Hansvolker (1993): Ein Stück Zukunft vertan. Der Niedergang der In-  
dustrieforschung Ost. In: Deutschlandarchiv 26.Jg. S. 689-702
- Ziegler, Hansvolker (1994): Europäische Herausforderungen für die Sozialwis-  
sensschaften. In: Köhler, Gerd/ Jahnke, Ulrich (Hrsg.): Auf dem Weg in die  
Europäische Union. Die Dokumentation der GEW-Sommerschule 94. Ge-  
werkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Materialien und Dokumente  
Hochschule und Forschung 77 S. 155-158

## Personen- und Institutionen-Register

- außer* – Mitglieder der KSPW-Arbeitsgruppen siehe in Fußnote 33 (Fn33)  
 – BMFT/BMBF  
 – Wissenschaftsrat  
 \* = Veröffentlichung nicht im Literaturverzeichnis (Aktenverweise nur im Text)

ABM	23,32,34,39,44,59
Adam Konrad	Fn47*
Adler Frank	19
Albrecht Ulrich	11
Austermann MdB	41,43
Bach Maurizio	50*
Bahro Rudolf	12*
Beck Ulrich	Fn47,54*,61*
Benz (WissRat)	45*
Berg Hermann von	12*
Berger Johannes	54
Bertram Hans	15,Fn18,Fn21,Fn22*,21f.*,24*,Fn25*,26*,Fn29,29f.*,35*, Fn39*,37f.*,40*,43*,Fn43*,58,Fn52-54,59f.,67*
Beyer J.	48*
Beyme Klaus von	5,Fn1-2,Fn12,18f.*,Fn22*,21*,25*,Fn51,Fn54
Biedenkopf Kurt	55*,61f.*
BISS	17*,37*,Fn40*,48*,Fn44*,Fn48*,Fn51*
Bleek Wilhelm	12,Fn12,12*,12,Fn20*,47,Fn51
BLK	Fn2,15
Bloch R/Pasternack P	Fn18
BMA/Min Blüm/PSt Günther	19,21,28f.,Fn28,31,33,35,38,40-42,45,51,60
Böckler-Stiftung	17
Bolte Karl Martin	Fn3,11*,11,18f.*,24f.*,Fn25,40f.*,50f.*,60*,67*
Bönninger Karl	Fn2
Bosch A./Kraetsch/Renn	49
Brie M/ Klein D	55
Brunner	20
Bude Heinz	53*
Budrich Edmund	57
Burlazki	13*
Buttler	40,51
Clausen Lars	Fn3,Fn53
Daele van den	54
Derlien Hans-Ulrich	22*
DFG	16f.,21f.,31,Fn34,39,46,49,60,66
DGS	Fn3,8,Fn6,Fn18,Fn33,46,48,Fn46,54,56

Dierkes M./Biervert Bernd	66
Diller MdB	41
DVPW	11
Eckart Jörg	Fn42*
Eckert J.	Fn1*
Eisen Andreas	58*
Engler Wolfgang	Fn24*,61,61*,62*,Fn55
Erichsen H.U.	Fn17*,40*,Fn37*,Fn47*
Esser Hartmut	17,21*,Fn22*,21*,Fn34*,49,Fn56*
Ettrich Frank	17
EU-Förderung	Fn21,23
Finzen A	59*
Fischbeck Joachim	28
Fleck Christian	50
Friedeburg Ludwig von	56
Friedrichs	Fn3*
Fritz-Vannahme	13,49f.,66
Fröhner Klaus	26,31,35
Geier Wolfgang	22
Genosko	Fn1
Gerhards J	50*
GESIS	8,Fn56
Giersch Herbert	Fn1*
Giesen B/Leggewie C	Fn2,Fn4-7,Fn20,Fn24,Fn47,
Glaeßner G.J	12,Fn20,22*
Glatzer Hartmut	Fn22*,21*,26*,37*
Goedicke	61*
Gorbatschow	13*
Grandke Anita	22
Gutmann	20
Gysi Jutta	16,19,28,34f.,38
Hahlen Johann	66
Hahn Toni	Fn53
Hanf Thomas	22,62
Harmsen Torsten	Fn17*
Hartmann Heinz	54
Hartwich H H	Fn3,11,Fn45
Hauser Richard	Fn1,22,26,63,Fn56,66
Hauß Friedrich (KSPW)	29,33,35,57
Heckmann Carsten	46*
Henrich Dieter	Fn23
Hilsberg St MdB	Fn41
Hinz	61*
Hoffmann (WissRat)	45



Hormuth Stefan	Fn52f.,64
Hradil Stefan	46,Fn53,61,64,66
Huber Josef	Fn50*
Hübner Kurt	Fn1,62
IGW Erlangen	18,26
INFAS/Teleskopie	43*
ISF München	56
ISS (AdW)	16f.,28
ITW (AdW)	9,38
Jahoda M/Lazarsfeld	Fn33,59
Jakowlew Alexander	13
Inifes Augsburg	Fn12*
Joas Hans/Kohli M	66
Jobst Eberhard	Fn11,19,Fn22,21
Kaase Max	Fn5*,9*,Fn7*,17f.*,20*,22*,25*,29*,33*,Fn36*,37f.*,40*, 43*,46,Fn43,47,Fn44,Fn45,51*,54,Fn49,57,61
KAI	28f.,39
Kallscheuer Otto	5,Fn2,9
Käsler Dirk	66*
Kaufmann Franz Xaver	20*
Kern Horst	65*
Keynes J.M.	13*,46*
Kielmannsegg Graf	18
Klein Dieter	12*,52*,Fn46,Fn48,54*,Fn51
Klein Fritz	Fn11
Kleinhenz	Fn1
Klenner	Fn1*
Koch Thomas	62*
Koch Willy	22
Kocka	Fn5*
Köhler Chr	46*
Kollentai Alexander	Fn1
Kollmorgen Raj	Fn8,47,57,Fn48,Fn54,53,59,66
König Heinz	18,Fn46*
König Klaus	43*
KOSOPOWA	19f.*,26,36,Fn36,35f.
KOWISOWA	19f.*,26,36,Fn29,35f.
Kraft Monika	28
Krause Günter	Fn1
Krebs Petra	53*
Kreckel Reinhard	6,Fn3,11,48,52,
Kreher (KSPW)	45
Krelle	Fn1
Kreyenfeld M	64*

Krüger Paul BMin	42,Fn56
Krull Wilhelm	15,49
Krupp Hans Jürgen	66*
KVI	66*
Land Rainer	Fn13,55,61,63,Fn55
Lauermann Manfred	47,Fn51
Lauterbach (IGW)	26
Lay Conrad	Fn2,55,61f.
Lehmbruch Gerhard	6,Fn3,9,Fn10,11,Fn12,13f.,Fn23,49
Leibfried Stephan	22,66
Lenk Kurt	54*
Lepenes Wolf	5,Fn1,8,13
Lepsius Rainer M.	Fn1,Fn3-5,13,15*,18*,Fn20*,20*,23*,Fn24,26*, Fn31*,40*,Fn43,47,Fn44, 48*,48,49f.*,51*,53f.,Fn49,61,67
Lischewski MdB	41
Lohr Karin	Fn18*
Lötsch Manfred	52
Lutz Burkart	6,Fn2f.,Fn21,25f.*,29*,Fn32,32*,Fn36*,34*-37*, 46,49,Fn45*,Fn48,55f.,Fn51,57*,Fn52,59,67f.*
Luxemburg Rosa	36*,55*
Maihofer Werner	11
Manz Günter	43*,Fn42*
Markmann Günter	18
Markovits Inga	Fn1
Marz Lutz	61*
Maydell von	40,51,57
Mayer Karl Ulrich	17,Fn20*,Fn24,Fn52*
Mayntz Renate	Fn3,9*,19*,36f.,48,Fn44,50
McKinsey	Fn1
Meißner	51
Merkel Wolfgang	Fn44*
Meyer Hansgünter	Fn3,Fn18,52*
Miegel Meinhard	62*
Milbradt Min.Sachsen	45
Mitter/Wolle	Fn20*
Möller Klaus Peter(Pestel)	Fn55*
Mollnau	Fn1*
Moore Barrington	Fn44,65
Most Edgar	63*
Mühler Kurt	22,26
Müller Klaus	Fn1,Fn49,62
Müller-Hartmann Irene	52*
Münz R/Ulrich R	63*
Neidhardt Friedhelm	Fn3,14,18*,24,49f.

Neumann PSt BMFT	29,Fn36,38,41,42*,44,65
Nickel Hildegard	Fn5,22,25f.,58
Nida-Rümelin	62*
Nitsch J. MdB	44,62
Oberreuter	Fn3
OECD	66*
Offe Claus	6,Fn2,Fn20
Opp K-D	60f.*
Ostner Ilona	18
Pappi Franz	Fn22,21,26
Pawelzig	58*
Peter Lothar	Fn12,Fn49
Picht	50
Pollack Dieter	48,55
Polyani Karl	55*
Possekel Ralf	Fn13
Priebe Hermann	20,Fn21
Priewe J/Hickel R	Fn1
Rehberg Karl-Siegbert	50
Reißig Rolf	12*,17*,37*,Fn46,Fn48,54*,66*
Richter Edelbert MdB	Fn53,65*,67*
Riege Gerhard	Fn1
Riesenhuber BMin	11,Fn21,29,41f.,64
Roggemann H	22
Rüttgers J BMin	44f.,Fn56
Sachsen-Anhalt Land	Fn4,Fn28,34,39,57
Sahner Heinz	50
Schäfers Berndt	Fn18
Scharpf Fritz	20
Scheuch Erwin	35-38*,Fn38-40*,47,55
Schlaffke	51
Schluchter Wolfgang	Fn3*
Schmidt (Halsbrücke)MdB	44
Schmidt Manfred	Fn21,21
Schmidt Rudi	46*
Schnell MdB	41
Schroeder Klaus	Fn20*
Schupp Jürgen	Fn32*
Schwitzer Klaus	Fn53*
Schworck A	5*,Fn12*
Segert Astrid	62*
Segert Dieter	Fn12
Seibel Wolfgang	47,Fn51
Senghaas-Knobloch/Lange	61*

Simon Dagmar	Fn18
Simon Dieter	Fn11,Fn47*,67
SOEP	8,Fn56
Solga Heike	Fn32*
Sommerkorn Ingrid	11
Sparschuh Vera	Fn18,52*
Staufenbiel Fred	16*
Stehr Nico	11
Steiner Helmut	Fn18,50,60*
Stoehr Jochen	Fn2
Stoop Paul	Fn5*
Stucke Andreas	14
Süss Walter	Fn13
Sydow	58*
Thiel Wera	22,26,52*
Thomas Michael	47,62*,62
Thurn Georg	Fn2,Fn20,30.
Treuhand	Fn40,38
Trommsdorf Gisela	Fn22,21,25f.,29,34,Fn37
Uhl Harald	20
UNESCO/MOST	Fn50
Valerius Gabriele	52*
Vogel Oskar	19
Voigt Peter	12,19,21,Fn22,52
Wagener Hans Jürgen	Fn1
Wagner Gert	Fn56
Wagner Peter	Fn44,53,55.
Waigel Theo BMin	40,42
Walter Franz/Schieber	61
Weinert (KSPW)	28
Weiß Fr.(KSPW)	28
Weiß Johannes	Fn3*,Fn33
Wendt(BI Bevolk.wiss)	Fn22,21
Wendt Fr.(KSPW)	28
Wernicke Petra	Fn21*
Werz N	61*
Weymann A	Fn20
Wielgohs	Fn44*,Fn51*
Wiesenthal Helmut	17*,Fn32*,60
WIP	10,14,Fn16,38f.
Wissmann BMin	42
Woderich R	62*
WZB	Fn2,10,17,38, 63
Zapf Wolfgang	Fn2,Fn3,Fn6*,Fn12,18*,Fn20,30,Fn40*,47,53,Fn49

Ziegler Hansvolker	Fn15,36*,60,Fn55
Ziegler Rolf	Fn16*
Ziller St	Fn7,26,Fn36,38-40
Zwahr Hartmut	19,Fn22
Zywietz MdB	41,44